ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 4. Juli 2013 | 64. Jahrgang | Nummer 13

BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss:

Bericht aus Europa

Einige Erfolgsmeldungen für die bayerischen Kommunen im Gepäck hatte die CSU-Europaabgeordnete Dr. Angelika Niebler beim Treffen mit dem KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss in München. Neben der Erörterung von Themen wie kommunale Wasserversorgung, Einheimischenmodell oder LEADER-Förderung ging es auch um die Frage, wie mehr Frauen für die Kommunalpolitik zu begeistern sind.

In einer Mitteilung vom 21. Juni hatte sich der zuständige EU-Kommissar Michel Barnier überraschend für eine Herausnahme der Wasserversorgung aus dem Anwendungsbereich der EU-Konzessionsrichtlinie ausgesprochen und erklärt, dies dem Kommissionspräsidenten Barroso und seinen Kommissionskollegen zur Billigung vorschlagen zu wollen. Laut Angelika Niebler ist politisch ein großer Wille vorhanden, „zu einer Lösung zu kommen, um diese Sache zu bereinigen". Im Herbst könne wohl Entwarnung gegeben werden.

Zwangsprivatisierung

Im Übrigen sei eine Zwangsprivatisierung der Wasserversorgung nie vorgesehen gewesen. Gleichwohl habe die EU-Kommission die Möglichkeit öffentlicher Ausschreibungen ins Auge gefasst. Letztlich, so Niebler, habe die Kommission die erfolgreiche europäische Bürgerinitiative namens „right2water", initiiert mit dem Ziel der „Durchsetzung des Menschenrechts auf den Zugang zu Wasser und sanitärer Grundversorgung", als Aufhänger dafür genommen, um ihren Sinneswandel zu begründen. 1,5 Mio. Unterschriften sprächen eine deutliche Sprache.

Eine weitere gute Nachricht gab es in punkto Einheimischenmodell zu vermelden: Kommunen dürfen dieses auch in Zukunft zur Vergabe von vergünstigtem Bauland nutzen – und damit verhindern, dass Ansässige aus Kostengründen ihre Heimatgemeinde verlassen, um woanders zu bauen. Ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs zu einem flämischen Dekret schafft Rechtssicherheit. Dieses Urteil werde für die Kommunen hierzulande eine starke Signalwirkung haben, prognostizierte die Europaabgeordnete, die ankündigte, bei der einen EU-Kommission einen Kriterienkatalog anzufordern.

Sozioökonomische Kriterien

Das Urteil legt im Wesentlichen fest, dass bei der Vergabe von vergünstigtem Bauland neben der Ortsansässigkeit vor allem sozioökonomische Kriterien eine entscheidende Rolle spielen müssen – unter anderem sollen also auch die Wohnbedürfnisse

(Fortsetzung auf Seite 4)

Bayerischer Städtetag 2013 am 10. und 11. Juli in Bayreuth

Am 10. und 11. Juli 2013 tagt der Bayerische Städtetag in Bayreuth unter dem Motto: „Ohne Städte ist kein Staat zu machen – Forderungen an Bund und Land". Zur jährlichen Verbandsversammlung werden ca. 330 Delegierte sowie Gäste aus der Europapolitik, Bundes- und Landespolitik erwartet.

Vertreten sein werden Oberbürgermeister, Bürgermeister und Stadträte der Mitgliedstädte und Mitgliedsgemeinden des Bayerischen Städtetags. Im Mittelpunkt steht am 11. Juli die Ansprache des Vorsitzenden des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly aus Nürnberg, der seit April auch als Präsident des Deutschen Städtetags fungiert.

Auf dem Podium diskutieren folgende Vertreter der im Landtag vertretenen Parteien: Innenminister Joachim Herrmann (CSU), Münchens Oberbürgermeister Christian Ude (SPD), Fraktionsvorsitzender Hubert Aiwanger (Freie Wähler), Fraktionsvorsitzende Margarete Bause (Grüne) und Fraktionsvorsitzender Thomas Hacker (FDP). Das Schlusswort spricht der erste stellvertretende Städtetagsvorsitzende Oberbürgermeister Hans Schaidinger (Regensburg). ❒

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss in München (v. l.): Josef Mederer, Gabriele Bauer, Dr. Angelika Niebler, Stefan Rößle und Theresa Flotzinger. Bild: DK

KPV-Bundeskongress 2013 in Berlin:

Klare Forderungen an Bundesregierung

Der zweitägige Kongress-kommunal der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV) in Berlin stand in diesem Jahr ganz im Zeichen der bevorstehenden Bundestagswahl. Vor rund 500 Teilnehmern stellte die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, ihren Kurs für die weitere Konsolidierung des Bundes und der Kommunen vor und die KPV hatte einen Leitantrag im Gepäck, der die wesentlichen Forderungen der kommunalen Familie an die nächste Bundesregierung enthält. Außerdem stand u. a. die Wahl eines neuen Bundesvorsitzenden auf der Agenda (siehe Kasten S. 4).

Der Leitantrag der KPV mit dem Titel „Starke Kommunen - starkes Deutschland" stand im Zentrum der diesjährigen Beratungen. So beschäftigte sich eine Podiumsdiskussion insbesondere mit den Forderungen im Themenfeld Arbeit und Soziales. Unter anderem geht es der KPV grundsätzlich darum, die sozialen Leistungen zu vereinfachen und stärker auf die Bedürftigen zu konzentrieren; die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe sollten verbessert und neue Modelle der Kooperation und Vernetzung erprobt werden. Zudem will die KPV ihre langjährige Forderung nach einem Ausbau der kommunalen Bildungslandschaften und einer stärkeren Einbeziehung der Kommunen in die Bildungsplanung endlich im neuen Regierungsprogramm verankert sehen.

Eingliederungshilfe

Ein weiterer Gesprächskreis erörterte die relevanten Aspekte zum Themenfeld „Finanzen". Die KPV setzt sich hier unter anderem für ein einheitliches bundesfinanziertes Leistungsgesetz für Menschen mit Behinderungen sowie die Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe ein. Weitere wesentliche Forderungen aus dem Leitantrag der KPV sind die Bewahrung der strengsten Form der Konnexität sowie die grundgesetzliche Präzisierung der Verantwortung der Länder zur auskömmlichen und aufgabengerechten

(Fortsetzung auf Seite 4)

Vormerken! 17. Juli 2013

Wasser.Kraft.Bayern.

GZ lädt zum Wasserkraft-Forum

Wasser. Kraft. Bayern. heißt es beim ersten Bayerischen Wasserkraftforum am 17. Juli 2013 auf der Festung Marienberg in Würzburg. Hochkarätige Referenten erläutern Potenziale und Grenzen der Wasserkraft, deren Einsatz für das Gelingen der angestrebten Energiewende unverzichtbar ist. Angesprochen werden u. a. Ausbaumöglichkeiten und ökologische Werthaltigkeit dieser grundlastfähigen, CO2-freien und im Höchstmaß nachhaltigen Energiequelle. Daneben spielen die Themen Natur-, Klima-, Umwelt- und insbesondere Hochwasserschutz eine wichtige Rolle.

Für Besucher ist die Teilnahme an diesem Symposium kostenfrei. Eingeladen sind vor allem politische und kommunale Entscheidungsträger, Behördenvertreter sowie Multiplikatoren, Wirtschafts- und Pressevertreter aus den Regionen entlang der bayerischen Flüsse. ❒

Präsidiumssitzung des Deutschen Landkreistags:

Finanzkraft der Kommunen stärken!

Das Präsidium des Deutschen Landkreistages hat auf seiner Sitzung im Hohenlohekreis Forderungen an Bundestag und Bundesregierung in der nächsten Legislaturperiode beschlossen. Im Mittelpunkt der Erwartungen der Landkreise steht eine strukturelle Verbesserung der Kommunalfinanzen.

Wie Präsident Landrat Hans Jörg Duppré erläuterte, „begrüßen wir die jüngsten Äußerungen von Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble, der zu einem neuen Anlauf einer Reform der Kommunalfinanzen bereit ist. Dabei ist von größter Bedeutung, die Finanzen von Städten, Landkreisen und Gemeinden unabhängiger von Finanzzuweisungen zu machen und für unabweisbar wichtige Zukunftsinvestitionen zu stärken. Neben der Entlastung von den Kosten der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen sind für die Landkreise eine Beteiligung an der Umsatzsteuer und die Zuweisung der Grunderwerbsteuer wesentlich. Gleichzeitig sollte die Finanzkraft der Städte und Gemeinden verbessert werden."

Kassenkredite

Bereits seit Jahren würden sich die Einnahmen der Landkreise und ihre besonders durch die sozialen Leistungen bestimmten Ausgaben immer weiter auseinander entwickeln. Die Kassenkredite der Landkreise hätten zuletzt rund 7,5 Mrd. Euro betragen. „Diese Lücke kann nicht nur durch Zuweisungen der Länder geschlossen werden, weil die Kommunen sonst nur noch abhängiger von den ohnehin klammen Landeshaushalten würden. Daher muss der Bundesgesetzgeber endlich eine eigengestaltbare und aufgabenangemessene Finanzausstattung der Landkreise schaffen, beispielsweise durch Beteiligung an der Umsatzsteuer und Zuweisung der Grunderwerbsteuer", erklärte Duppré. Diese Kreissteuerbeteiligung sei hierbei nicht aus dem bisherigen gemeindlichen Steueranteil zu finanzieren.

Gestaltungsmöglichkeiten

„Parallel dazu treten wir dafür ein, die Finanzen der Gemeinden zu stärken, wobei es verschiedene Möglichkeiten gibt. Beide Maßnahmen zusammen würden die Kommunen insgesamt sehr viel unabhängiger machen und Gestaltungsmöglichkeiten für Investitionen schaffen", machte der Präsident deutlich. Hinzu komme die bereits im letzten Jahr zwischen Bund und Ländern verabredete Entlastung der Landkreise von Kosten der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, die derzeit ein Finanzvolumen von 14,4 Mrd. Euro ausmache.

Investitionstätigkeit

Die Kommunen benötigten dringend wieder finanzielle Spielräume, um ihrer Investitionstätigkeit angemessen nachkommen zu können. Allein bei der Informationsinfrastruktur sei der Investitionsstau in den Kreishaushalten bereits auf 4,8 Mrd. Euro angewachsen. „Wir müssen uns als Landkreise auch unmittelbar um

(Fortsetzung auf Seite 4)

Neues von Sabrina

Alle Eltern kennen das Phänomen der Schuljahresendaktivititis. Auch eine Kollegin der Vorzimmerperle leidet darunter. Bei ihr schlägt der Blitz - bei immerhin drei Kindern - allerdings geballt ein. In so einem Fall sind viel Organisationstalent und Einfühlungsvermögen gefragt.

Seite 11

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - **B 1578**
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Postfach 825, 82533 Geretsried

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Konversionskonferenz: Betroffene Kommunen einbinden 2
Landesentwicklungsprogramm: Kein Wunschkonzert! 2
Schuldenbremse wird Verfassungsrecht 2
GZ-Kolumne Georg Huber: Aktives Netzwerk für Bildung 3
Ländliche Entwicklung: Zukunft durch Zusammenarbeit 3
Bayerische Krankenhäuser: Menschlich-moderne Medizin 3
GZ-Fachthemen:
Kommunale Finanzthemen 5-8
Abfall · Umwelt 9
Aus den bayerischen Kommunen 10-12

Konversionskonferenz in Berlin:

Betroffene Kommunen zeitig einbinden

Viele Kommunen werden in den nächsten Jahren vor großen städtebaulichen Handlungserfordernissen aufgrund militärischer Konversionsprozesse stehen. Durch die Bundeswehrstrukturreform und den angekündigten Abzug der ausländischen Gaststreitkräfte werden umfangreiche Flächen zur zivilen Nachnutzung frei. Mit den Nachnutzungen dieser Liegenschaften verbinden sich für die Kommunen und ihre Bürgerinnen und Bürger erhebliche Entwicklungschancen und Herausforderungen.

Angesichts der komplexen städtebaulichen Aufgaben wurde beim Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) Anfang 2012 die interministerielle Arbeitsgruppe „IMAG Konversion“ eingerichtet. Sie ist kontinuierlich im Gespräch über die Entwicklungen und Umsetzung des Konversionsprozesses und ressortübergreifende Fragestellungen. Um den an Konversionsprozessen Beteiligten Anregungen und Unterstützungen bei diesen Prozessen zu geben, wurde ein „Praxisratgeber Militärkonversion“ erarbeitet. Die Inhalte wurden nun im Rahmen einer Konversionskonferenz in Berlin vorgestellt und die „Gemeinschaftsaufgabe“ militärische Konversion aus unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchtet.

Praxisratgeber

Im Praxisratgeber werden Konversionsaufgaben erstmals ressortübergreifend abgehandelt. Beispielsweise werden Fragen zur Rückgabe und Bewertung von Militärliegenschaften, zur bauplanungsrechtlichen Einordnung, zur Behandlung von Altlasten und Kampfmitteln, zur Steuerung der Projektumsetzung, zur Öffentlichkeitsarbeit und Beteiligung, zur Finanzierung der Nachnutzung militärischer Liegenschaften, zum Grundstücks- und Vertragsmanagement sowie zu städtebaulichen Perspektiven und möglichen Nutzungsstrategien beantwortet. Die Erstzugriffsoption zugunsten des kommunalen Erwerbs von Konversionsgrundstücken wird transparent und anwenderorientiert dargestellt.

Vollzugsfragen

Die Schwerpunkte der Militärkonversion in Deutschland werden ab dem Jahr 2014 erwartet. Für die betroffenen Kommunen sind bereits jetzt Antworten auf Vollzugsfragen wichtig. Hierzu kann der Praxisratgeber Anregung und Entscheidungshilfe sein.

Laut Bundesbauminister Ramsauer werden das im Herbst 2011 veröffentlichte Konzept zur Stationierung der Bundeswehr in Deutschland und die angekündigte Rückkehr der Gaststreitkräfte in ihre Heimatländer bis zum Jahr 2020 zur Rückgabe von über 37.000 Hektar Militärfläche führen. Von der Neuausrichtung der Bundeswehr seien weit mehr als 100 Städte und Gemeinden betroffen. Sie hätten unter Nutzung ihrer kommunalen Planungshoheit für eine geordnete städtebauliche Entwicklung zu sorgen.

Frühe Einbindung

Wie der Minister betonte, „ist für mich die frühest mögliche Einbindung der betroffenen Kommunen wichtig. Transparente Verfahren und Entscheidungen zur Grundstücksverwertung und -entwicklung sowie ein fairer Interessenausgleich zwischen allen Beteiligten sind entscheidend für einen nachhaltigen Erfolg im Konversionsprozess.“

Konversionsvorhaben können vor allem in strukturstarken Regionen zu nachgefragten Stadtentwicklungsprojekten werden. Sie können beispielsweise zur Lösung von Wohnungsengpässen für Studierende beitragen. In strukturschwachen Regionen bedarf es besonderer Anstrengungen, geeignete Nachnutzungen zu finden.

Beispiel in München

Wie Militärkonversion in der Praxis aussehen kann, zeigt das neue Stadtquartier „Am Ackermannbogen“ in München mit ca. 2250 Wohnungen und ca. 500 Arbeitsplätzen. Wie Michael Hardi vom Referat für Stadtplanung und Bauordnung ausführte, befindet es sich in exzellenter Lage zwischen dem gründerzeitlichen Schwabing und dem Olympiagelände.

Nach der Freigabe der Waldmann- und der Stettenkaserne durch die Bundeswehr lobte die Stadt München einen städtebaulichen und landschaftsplanerischen Ideenwettbewerb aus. Die zentrale Entwurfsidee der Planergemeinschaft war die Schaffung eines breiten Angebots unterschiedlicher Wohnformen – vom Doppel- bzw. Reihenhaus bis zum Geschosswohnungsbau.

Der erhaltenswerte Baumbestand ist in das neue Konzept integriert. Es sind eine Reihe unterschiedlicher Grünflächen ausgewiesen, die den verschiedenen Bedürfnissen der Bewohner entsprechen sollen. Das Wohnungsangebot erfüllt alle Wünsche einer ausgewogenen Bevölkerungsstruktur, von Singles bis zur Großfamilie. Es gibt Wohnungen im freifinanzierten Wohnungsbau, aber auch Wohnungen, die nach dem München Modell oder im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus gefördert werden.

Das neue Konzept besteht aus vier Quartieren. Das Quartier Nord-Ost wurde im Rahmen der „Offensive Zukunft Bayern“, ein Wohnbau-Förderprogramm des Freistaates Bayern, als „Siedlungsmodell“ aufgenommen. Hier wurden bereits 654 Wohneinheiten, eine Kindertagesstätte sowie eine integrierte Kooperationseinrichtung für Kinder realisiert.

Projekt „Solare Nahwärme“

Das Quartier Nord-West wurde für das Modellprojekt „Solare Nahwärme“ gewählt, das Solarenergie und Fernwärme verbindet. Geladen über drei große Kollektordächer, versorgt die im Erdspeicher gesammelte Energie ca. 300 Wohneinheiten. Insgesamt sind hier 395 Wohnungen, eine Kindertagesstätte sowie eine integrierte Krippe entstanden.

Im Südosten wurden, ergänzend zum Wohnungsbau, höherwertige Gewerbeeinheiten sowie ein Ärztehaus errichtet. In die Wohnbebauung nördlich des Biotops, das erhalten bleibt, wurde eine Kindertagesstätte integriert.

Im letzten Bauquartier wird nicht nur überwiegend Wohnen stattfinden. Hier entsteht in der zentralen Mitte des Gesamtgebietes ein Supermarkt mit kleinen Läden, einer Gaststätte und einem Nachbarschaftstreff. Zudem werden Flächen für weitere Läden, Büros und einem Ärztehaus entwickelt. In diesem Quartier wird aber auch betreutes Wohnen für ältere Menschen und ebenfalls eine Kindertagesstätte realisiert werden. Ein bestehendes Gebäude wurde bereits zu einem Studentenwohnheim umgebaut. **DK**

Energiekommission zerfallen

Opposition boykottiert den Schlussbericht

Ohne Aussprache hat der Landtag die Arbeit der im Sommer 2011 eingesetzten neunköpfigen Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Energiewende in Bayern mit einem kurzen Schlussbericht der fünf Koalitionsabgeordneten beendet. Gefordert werden ein kraftvolles steuerliches Element zur Entlastung der Strompreise und Sofortmaßnahmen der Bundesregierung zur Einhaltung des Zeitplans für die volle Umschaltung auf erneuerbare Energien. Die Opposition boykottierte den Bericht.

Das kam nicht unerwartet. Schon bald nach Beginn war die Kommissionsarbeit für SPD, Grüne und Freie Wähler eine Kaffeeklatschrunde im Sinne der Regierungspolitik. Durch Sachverständigenanhörungen gewonnene Erkenntnisse seien keine Anstöße für Parlaments- und Regierungsarbeit gegeben worden; unter anderem für die Finanzierung von Kraft-Wärme-Kopplungsverfahren, die Forschung im Bereich Elektrochemie sowie für Anlagen und Gebäude im kommunalen Bereich.

Steuerelement nötig

Noch in der auslaufenden Wahlperiode wäre ein kraftvolles steuerliches Element zur Entlastung der Strompreise“ erforderlich. In der 24. Sitzung Mitte Februar dieses Jahres verließ die Opposition die Kommission und die Koalition tagte fortan alleine bis zum Schlussbericht.

Für den stellvertretenden Kommissionsvorsitzenden Ludwig Wörner (SPD) war dieses Verfahren eine juristische Schweinerei. Der Boykott sei kein Grund, die Minderheitsmeinung überhaupt nicht mehr anzuhören. Hubert Aiwanger (FW) befand, es sei CSU und FDP von Anfang an darum gegangen, dieses brisante Thema hinter verschlossene Türen zu verlegen. Ludwig Hartmann (Grüne) vermisste das konkrete Aufzeigen bayerischer Handlungsfelder.

Minderheitsbericht

Ausschussvorsitzender Tobias Reiß (CSU) und Tobias Thalhammer (FDP) wiesen dies zurück. Die Opposition habe sich durch ihren Boykott selbst ausgeschaltet. Erst ab- und plötzlich wieder aufzutauchen, sei politisches Kasperltheater“. Die Opposition konnte letztlich den Mehrheitsdurch einen Minderheitsbericht ordnungsgemäß ergänzen. **rm**

LEP ist kein Wunschkonzert!

Koalition beschließt Landesentwicklungsprogramm

Als gezielten Wegweiser zur künftigen Entwicklung des Freistaats hat der Landtag die Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP) beschlossen. Es soll nach dem LEP von 2006 in den kommenden Jahren überall gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen schaffen, sei jedoch kein Wunschkonzert für alle“. So Wirtschaftsminister Martin Zeil (FDP) nach heißen Auseinandersetzungen im federführenden Wirtschaftsausschuss in dem rund 100 Oppositionsanträge abgelehnt wurden. Der Minister fasste zusammen, es gehe um jeden Arbeitsplatz und man habe insbesondere den Kommunen viel Raum zur Eigeninitiative geschaffen. Dazu werde bis 2015 das Zentrale-Orte-System überprüft.

Eine zeitgemäße Entwicklung müsse die Leitlinie bleiben. Bayern soll wirtschaftlich erfolgreich bleiben, ohne dass unsere Landschaft auf eine neue und für manche vielleicht ungewohnte Grundlage gestellt werde . Der Minister nannte beispielhaft den Widerstreit zwischen Einkaufszentren auf der grünen Wiese und der Verödung von Innenstädten oder Ortszentren. Großprojekte sollen künftig nur mehr 25 % der örtlichen Kaufkraft abschöpfen können. Im Regierungsentwurf waren noch 30 % vorgesehen. Es werde keinen seelenlosen Siedlungsbrei“ geben. Das neue LEP legt Grundlagen für die Entwicklung von Verkehr, Wirtschaft und Bebauung fest.

Für die CSU wertete Martin Schöffel das neue LEP als Paradigmenwechsel“. Bei den wirklich wichtigen Themen werde an Ausbau und Erhalt der Infrastruktur nicht gerüttelt. Zu Überhitzungstendenzen in den Ballungsräumen werde es nicht kommen. Den Oppositionsvorwurf, die Staatsregierung betreibe mit der Verlagerung von Kompetenzen auf die Kommunen keine echte Hilfe, sondern eine Flucht aus der Verantwortung, wies Schöffel zurück. Dietrich von Gumppenberg (FDP) warf der Opposition vor, jegliche Landesentwicklung verhindern zu wollen.

Annette Karl (SPD) gab den Tenor der Oppositionskritik: ‚Dieses LEP ist Murks im Quadrat“. Sie zitierte die Aussagen und Forderungen sowohl der Fach- als auch der Kommunalverbände. Mit dem abgespeckten“ Entwurf verabschiede sich der Staat aus seinem Gestaltungsauftrag für das Land. Sie räumte ein, man könne es nicht allen Recht machen. Doch das LEP dürfe nicht alle fünf Jahre vom Wahltermin geprägt werden. Alexander Muthmann (FW) sprach von einer Ansammlung hohler Phrasen’. Die Bürger wirklich interessierende Fragen wie Schul- und Krankenhausstandorte oder wie die soziale und kulturelle Infrastruktur im ländlichen Raum blieben unbeantwortet. Thomas Mütze (Grüne) sah im neuen LEP gerade nach der aktuellen Hochwasserkatastrophe falsche Ausnahmeregelungen für Bodenversiegelung und Flächenfraß.

Die Opposition war sich einig, bei einer Regierungsübernahme nach der Landtagswahl ein völlig neues LEP vorzulegen. Dass auch in der Koalition nicht volle Übereinstimmung mit dem Regierungsentwurf herrschte, zeigte sich in der namentlichen Abstimmung. **rm**

Schuldenbremse wird Verfassungsrecht

Bei der Landtagswahl am 15. September werden Bayerns Bürgerinnen und Bürger nicht nur über den neuen Landtag sondern auch über eine Verfassungsänderung abstimmen. Mit Zweidrittelmehrheit hat das nach fünf Jahren abtretende Parlament dazu einen Gesetzentwurf von vier der fünf Fraktionen beschlossen, der auf Initiativen von Ministerpräsident Horst Seehofer aus dem Jahr 2011 zurückgeht. Ziel ist, Zukunftsfähigkeit und Gewicht des Freistaats im Bund und in Europa zu stärken.

Gleichwertige Arbeits- und Lebensbedingungen

In fünf Bereichen soll die Verfassung von 1946 ergänzt werden: Gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie Sicherung der Finanzen. Staat und Kommunen sollen ihre Ausgaben grundsätzlich ohne Nettokredite bewältigen. Nur bei ungewöhnlichen konjunkturellen Entwicklungen oder Notlagen kann davon abgewichen werden. Größeres Gewicht soll die finanzielle Souveränität des Freistaats auch bei Bund und Europäischer Gemeinschaft finden. Aufwertung soll das Ehrenamt finden und damit würdigen.

Zweifel an Notwendigkeit

Mit 133 Stimmen von CSU, SPD, FDP und Freien Wählern erreichte der Gesetzentwurf die notwendige Mehrheit, es hätten mindestens 125 sein müssen. Die Grünen stimmten als einzige nicht zu. Christine Stahl monierte den in Form gegossenen Populismus“ des CSU-Vorsitzenden und Ministerpräsidenten Horst Seehofer. Das Ganze sei bei genauer Befolgung des bewährten Textes gar nicht notwendig. Die Änderungen seien „Regierungslyrik mit Null-Antwort auf aktuelle Fragen“. Auch SPD und Freie Wähler waren bei den internen Diskussionen nicht überzeugt, erachteten jedoch die Vorteile der Änderungen als stärker. **rm**

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Peter König
95700 Neusorg
am 8.7.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Jakob Scharf
92449 Steinberg am See
am 4.7.

Bürgermeister
Günther Knoblauch
84453 Mühldorf a. Inn
am 8.7.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Klaus Habermann
86551 Aichach
am 9.7.

Bürgermeister Eduard Moser
94136 Thyrnau
am 15.7.

Bürgermeister Georg Zipfel
96132 Schlüsselfeld
am 17.7.

Bürgermeister
Peter Wittmaak
86938 Schondorf a. Ammersee
am 17.7.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Stephan Heckel
95361 Ködnitz
am 13.7.

Bürgermeister Georg Wagner
94345 Aholfing
am 13.7.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Peter Nößner
92720 Schwarzenbach
am 8.7.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Helmut Zech
85235 Pfaffenhofen a. d. Glonn
am 7.7.

Bürgermeisterin Claudia Schuster
86459 Gessertshausen
am 10.7.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Jörg Fritsch
91224 Pommelsbrunn
am 14.7.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister Jonas Merzbacher
96163 Gundelsheim
am 14.7.

Hinweis in eigener Sache:
Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Gäste weiter willkommen

Kommunale Spitzenverbände und Deutscher Tourismusverband zum Hochwasser

Die Bilder der überstandenen Flutkatastrophe haben sich bei vielen Urlaubern eingeprägt und den Eindruck hinterlassen, dass weite Teile von Ostdeutschland, Niedersachsen, Bayern und anderen Bundesländer noch unter Hochwasser stünden. Verunsicherungen bei Reisenden sind die Folge.

Die kommunalen Spitzenverbände und der Deutsche Tourismusverband beobachten mit Sorge Stornierungen und eine zögerliche Reisenachfrage auch in Orten, die nicht vom Hochwasser betroffen oder die schon wieder instand gesetzt sind. Flutbedingte Einschränkungen bestehen noch, allerdings nicht flächendeckend.

Vor Reiseantritt informieren

Die Hauptgeschäftsführer Dr. Stephan Articus (Deutscher Städtetag), Prof. Dr. Hans-Günter Henneke (Deutscher Landkreistag), Dr. Gerd Landsberg (Deutscher Städte- und Gemeindebund) und Claudia Gilles (Deutscher Tourismusverband) riefen daher dazu auf, sich vor Reiseantritt genau über die Lage am Urlaubsort zu informieren. „Selbstverständlich sind die Beeinträchtigungen aufgrund der Flut mancherorts noch erheblich, allerdings betrifft dies nur einzelne Ortschaften bzw. Urlaubsgebiete, die meisten Reiseziele können jedoch ohne Einschränkungen besucht werden. Es besteht also kein Grund für übereilige Stornierungen. Für die betroffenen Tourismusgebiete sind außerdem Urlaubsgäste die beste Fluthilfe überhaupt“, so die Geschäftsführer.

Situation bessert sich täglich

Die Situation in den von der Flut betroffenen Gebieten bessere sich täglich, das Wasser gehe zurück und die Orte bereiteten sich auf die Feriensaison vor. „Die Urlauber sollten sich am besten direkt bei den jeweiligen Anbietern vor Ort informieren, ob Einschränkungen bestehen. Insofern gilt nichts anderes, als sonst vor der Fahrt in die Ferien.“ Derzeit werde mit Hochdruck daran gearbeitet, die touristische Infrastruktur wieder fit zu machen. ❐

Fachtagung Ländliche Entwicklung in Bayern:

Zukunft durch Zusammenarbeit

Immer mehr Gemeinden bauen darauf, Herausforderungen und Probleme gemeinsam mit anderen Gemeinden besser und effizienter zu meistern. So wollen sie für die Regionen und Dörfer Lebensqualität schaffen, Kosten sparen und neue Wertschöpfung durch attraktive Standortqualitäten erschließen. Über 400 Teilnehmer widmeten sich diesem gemeinsamen Ziel unter dem Motto „Zukunft durch Zusammenarbeit" bei einer Fachtagung der Verwaltung für Ländliche Entwicklung in Eichstätt.

Die interkommunale Zusammenarbeit ist nach Überzeugung von Landwirtschaftsminister Helmut Brunner der Schlüssel für eine erfolgreiche Zukunftsgestaltung der ländlichen Räume Bayerns. „Nur über Gemeinde- und Fachgebietsgrenzen hinweg können wir langfristig eine bezahlbare Infrastruktur und ein flächendeckendes Netz an Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen", erklärte der Minister.

Enge Kooperation

Eine enge Kooperation von Staat, Verwaltungen und Gemeindeallianzen könne am effizientesten für attraktive Wohn-, Arbeits- und Lebensbedingungen der Bürger sorgen. Denn die Stärken und Potenziale einer Region müssten gebündelt und die Standortvorteile herausgestellt werden. Dabei ist laut Brunner die Verwaltung für Ländliche Entwicklung ein kompetenter Ansprechpartner und Ratgeber für ländliche Gemeinden. Sie habe mit Dorferneuerung, Gemeindeentwicklung und Integrierter Ländlicher Entwicklung die passenden Instrumente.

„Wir setzen gezielt auf Kreativität und Eigeninitiative der Gemeinden und ihrer Bürger, um maßgeschneiderte Lösungen für jedes Dorf und jede Region zu entwickeln", betonte Brunner. Denn demographische Entwicklung, Strukturwandel, gesellschaftliche Veränderungen und Klimawandel stellten die ländlichen Gemeinden und Regionen vor große Herausforderungen. Nach Angaben des Ministers gibt es im Freistaat mittlerweile 80 kommunale Allianzen mit insgesamt 600 Gemeinden, die im Rahmen einer Integrierten Ländlichen Entwicklung gemeinsam an ihrer Zukunft arbeiten.

Praxisbeispiele

Im Rahmen der Fachtagung zeigten Praxisbeispiele, wie durch Kooperation die Versorgung älterer Mitbürger zu Hause gewährleistet, die Wertschöpfung erhöht, die Ortskerne gestärkt, die Ressourcen geschützt und die Energiewende vorangebracht werden können.

Beispiel Bürgerservice Bachtal: Seniorinnen und Senioren sollen möglichst lange ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben in ihrem vertrauten Umfeld führen können. Kern des 2010 ins Leben gerufenen Projeks „Bügerservice Bachtal" ist nach Darstellung von Ingrid Krämmel, 1. Bürgermeisterin der Gemeinde Bachhagel, eine zentrale Anlauf-, Informations-, und Beratungsstelle für Seniorinnen und Senioren und deren Angehörige. Dabei erfolgt eine Zusammenarbeit mit bestehenden örtlichen und überörtlichen Trägern wie Landratsamt, Rentenversicherung, Krankenkassen, Bayerisches Rotes Kreuz, Caritas sowie Pflegediensten.

Vermittlung einer Vielzahl von Diensten

Die Angebotspalette umfasst derzeit u. a. die Vermittlung von Fahr- und Begleitdiensten zu Arzt, Apotheke, Kirche, Behörden, die Vermittlung von haushaltsnahen Dienstleistungen, Vermittlung von Schneeräumdiensten oder Gartenpflege, Einkaufsservice, Besuchsdienste wie Begleitung beim Spazierengehen, Vorlesen, Zuhören, die Unterstützung bei der Kontaktaufnahme zu Institutionen sowie die Beratung rund um alle Anliegen der Alltagsbewältigung.

Beispiel Ökomodell Achental e. V.: Im 1999 gegründeten Verein haben sich laut Vereinsvorsitzendem Josef Loferer, 1. Bürgermeister der Gemeinde Schleching, die Gemeinden Bergen, Grabenstätt, Grassau, Marquartstein, Reit im Winkl, Schleching, Staudach-Egerndach, Übersee und Unterwössen zusammengeschlossen. Sie fördern eine umweltverträgliche und zukunftsorientierte Entwicklung der Region. Da das Achental nicht vor Landesgrenzen halt macht, arbeitet das Ökomodell von Beginn an auch eng mit den Tiroler Nachbargemeinden Kössen, Schwendt und Kirchdorf zusammen. Das Ökomodell Achental koordiniert die gemeindeübergreifenden Aufgaben und gibt neue Impulse: Der Verein möchte die Region nach innen stärken und nach außen imagebildend wirken.

Neue Perspektiven

Wie Loferer erläuterte, eröffnet kommunale Zusammenarbeit neue Perspektiven und fördert die regionale Identität. Viele innovative Projekte konnten/können auf den Weg gebracht werden. Investitionen wie beispielsweise in die Fernwärmeversorgung erfolgten durch die Gemeinden, dadurch entstünden Arbeitsplätze und die Wertschöpfung bleibe zu 100 Prozent in der Region. Große Herausforderungen wie z. B. der Umbau der Energieversorgung oder die demographische Entwicklung könnten gemeinsam besser bewältigt werden.

Beispiel Gemeinde-Allianz Hofheimer Land: Laut Wolfgang Borst, 1. Bürgermeister der Stadt Hofheim i. Ufr., wurde die Gemeinde-Allianz Hofheimer Land im Jahre 2008 gegründet und entstand ursprünglich aus einem Förderprogramm für Investitionen zur Erhaltung und Nutzung vorhandener Bausubstanz. Mit diesen Zuwendungen soll eine Abwanderung in die Siedlungsgebiete und eine Verödung der Altorte verhindert werden.

Die Gemeinden der Verwaltungsgemeinschaft Hofheim (Aidhausen, Bundorf, Burgpreppach, Hofheim i. UFr., Riedbach, Ermershausen), die bereits eine traditionelle Verbindung besitzen, hätten sich sehr schnell zusmammengefunden, um mit einer gemeinsamen Strategie Wege in eine gemeinsame Zukunft zu gehen. Die im Osten angrenzende Marktgemeinde Maroldsweisach habe sich aus Überzeugung der Notwendigkeit der Maßnahme diesem Bündnis angeschlossen.

Heute stellt die Gemeinde-Allianz weit mehr als ein gemeinsames Programm zur Förderung von Bausubstanz dar. Gemeinsam erklärtes Ziel ist es, die weitere Entwicklung des „Hofheimer Landes" selbst zu beeinflussen. Die Gemeinde-Allianz will in einem Prozess Ideen entwickeln, die diese Region auch in Zukunft noch lebensfähig erhält. Der attraktive Wohn- und Lebensraum am Rande der Ballungsgebiete Schweinfurt, Bamberg, Coburg und Haßfurt soll für die Menschen, die hier leben, weiterhin bewahrt werden.

Enge Partnerschaft

Beispiel Initiative boden:ständig: Wie Norbert Bäuml, Bereich Zentrale Aufgaben der Bayerischen Verwaltung für Ländliche Entwicklung und Georg Riedl, 1. Bürgermeister der Stadt Pfarrkirchen und Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Modellprojekt Rottauensee ausführten, ist „boden:ständig" eine im Rottal begonnene Initiative der Bayerischen Verwaltung für Ländliche Entwicklung, die sich zunehmend auf Bayern ausgeweitet habe. Sie setze auf eine enge Partnerschaft von Landwirten, Gemeinden und Fachverwaltungen.

Hauptaufgabe der Initiative ist es, Probleme und Lösungsmöglichkeiten bewusst zu machen, zum Handeln zu aktivieren und durch gelungene Umsetzungsbeispiele zum Mitmachen anzuregen. Zusammen mit Landwirten und Gemeinden werden im Dialog einzelne konkrete Umsetzungsprojekte auf den Weg gebracht.

Dabei engagieren sich die beteiligten Landwirte insbesondere im Bereich innovativer erosionsvermindernder Bewirtschaftungsmethoden und die Gemeinden vor allem bei der Verbesserung der Bäche und der Ufer. Gemeinsam aktiv sind Landwirte und Gemeinden, um die „kritischen Stellen" in der Landschaft anzugehen und mit einem „Sicherheitsnetz" aus Puffersystemen das Hochwasserrisiko und den Bodenabtrag zu verringern. **DK**

Ab in die Sonne!
Buchen Sie Last-Minute-Schnäppchen direkt im Internet unter
www.1a-preisvergleichreisen.de

Forum bayerische Krankenhäuser in München:

Für menschlich-moderne Medizin

Bayerns Krankenhäuser sind das Rückgrat der medizinischen Versorgung im Freistaat. Beim „Forum bayerische Krankenhäuser – für unsere Gesundheit" machten das Bayerische Gesundheitsministerium und die Bayerische Krankenhausgesellschaft (BKG) das hochwertige und vielfältige Leistungsspektrum der Bayerischen Kliniken deutlich – von der Geburts- bis zur Palliativmedizin.

Die bayerische Gesundheitsstaatssekretärin Melanie Huml und der BKG-Geschäftsführer Siegfried Hasenbein eröffneten gemeinsam das Krankenhaus-Forum. Anschließend boten verschiedene Gesprächsrunden zu den Themen „Grundversorgung und High-Tech-Medizin", „Menschliche Medizin – der Stellenwert psychosozialer Betreuungsangebote" und „Das Krankenhaus – mehr als ein Arbeitsplatz" Gelegenheit, sich über die bayerische Krankenhausversorgung zu informieren und sich mit Experten auszutauschen.

„Bereits ab August können die Kliniken mit zusätzlichem Geld aus Berlin rechnen", betonte Bayerns Gesundheitsminister Dr. Marcel Huber. Die Entscheidung des Bundestags hierzu trage klar die Handschrift Bayerns. Die bayerischen Krankenhäuser könnten mit rund 165 Millionen Euro rechnen. Für viele Kliniken sei es fünf vor zwölf. Die Mittel müssten aus diesem Grund schnell und unbürokratisch ausgezahlt werden.

In den vergangenen Wochen und Monaten hatte sich Bayern vehement für zusätzliche Mittel für die Kliniken stark gemacht. Mit Erfolg: Der Bundestag hat nunmehr ein Gesetz verabschiedet, das dem zunehmenden Missverhältnis zwischen Kosten- und Einnahmeentwicklung in den Krankenhäusern entgegenwirkt. Bundesweit gibt es insgesamt rund 1,1 Milliarden Euro mehr für die Krankenhäuser. Auch der Bundesrat wird sich noch mit dem Gesetzesvorhaben befassen.

Gestiegene Kosten

„Endlich wird der kollektive Zwangs-Mengenrabatt der Krankenhäuser finanziell aufgefangen. Es kann nicht angehen, dass alle Krankenhäuser darunter zu leiden haben, wenn einzelne Häuser mehr Patienten versorgen", stellte Huber fest. Zudem würden die diesjährigen Tarifsteigerungen anteilig refinanziert und gestiegene Kosten im Hygienebereich aufgefangen. Für die kommenden beiden Jahre sei die volle Berücksichtigung des sogenannten Orientierungswerts möglich, einer Messgröße, durch die die tatsächlichen Kostensteigerungen der Krankenhäuser ausgedrückt werden.

Huber zufolge ist es mit Einmalzahlungen nicht getan. Langfristig sei das Vergütungssystem so zu verbessern, dass die Kliniken dauerhaft schwarze Zahlen schreiben können. „Wir wollen eine menschlich-moderne Medizin und keine kalte Apparatemedizin, die dem Spardiktat unterworfen ist. Der Freistaat steht dabei zum Wohle der Patienten Seite an Seite mit den bayerischen Kliniken." **DK**

GZ Kolumne Georg Huber

Liebe Leserinnen und Leser,

der amerikanische Politiker Benjamin Franklin hat einmal gesagt: „Eine Investition in Wissen bringt immer noch die besten Zinsen." Diesen Gedanken, diesen Leitsatz leben wir hier im Landkreis Mühldorf a. Inn. Wir sehen Bildung als wichtigste Ressource unserer Gesellschaft! Wir sehen Bildung als größte Chance für die Zukunft! Und wir handeln danach!

Das Recht auf Bildung und den uneingeschränkten Zugang zur Bildung, auch über die Schule hinaus, soll jeder Bürgerin und jedem Bürger in allen Lebensphasen ermöglicht werden. Es ist meine und unsere tägliche Motivation, die Bildungslandschaft im Landkreis attraktiv, transparent und zugänglich zu gestalten.

Aktives Netzwerk für Bildung

Doch diese Aufgabe kann die Verwaltung nicht alleine bewältigen. Diesen großen Anspruch einer hohen Bildungsqualität vor Ort erreichen wir nur durch und mit einem aktiven und engagierten Netzwerk für Bildung. Genau aus diesem Grund war es uns wichtig, uns als Bildungsregion in Bayern zu bewerben. Mit dieser Bewerbung würdigt der Landkreis alle Menschen, die sich in Bildungseinrichtungen, als Bildungsträger, in der Wirtschaft, in der Verwaltung und in den Kommunen des Landkreises gemeinsam mit Eltern und Ehrenamtlichen unermüdlich und nachhaltig für unsere Bildungsregion - im Sinne des Lernens vor Ort - engagieren.

Es war und ist mir eine große Freude, das Qualitätssiegel zur Bildungsregion in Bayern als einer der ersten Landkreise am 19. April 2013 von Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle, stellvertretend für den Landkreis Mühldorf a. Inn, entgegenzunehmen. Das ist eine Auszeichnung für unsere gemeinsame Arbeit mit den Bildungsakteuren vor Ort und eine Motivation, genau so weiterzumachen. Dieses Siegel ist ein weiterer wichtiger Meilenstein für das gemeinsame Ziel, Bildung für alle zu schaffen.

Patricia Rieder, Leiterin des Kinderhauses St. Antonius in Gars: „Wir hier im Landkreis Mühldorf sind wirklich auf einem guten Weg. Mit der Ausarbeitung der Qualitätsstandards für Kindertagesstätten, der Fortbildung für Leitungskräfte und Krippenpädagogen sowie der Vernetzung interdisziplinärer Arbeitskreise sind wir gut aufgestellt, um den Herausforderungen der Familienförderung zu begegnen. Dies ist nur ein Bruchteil, den ich nennen möchte, bei dem ich aber persönlich mitwirken durfte. Ich freue mich auf die Zukunft hier im Landkreis, auf ein funktionierendes Netzwerk, weitere gemeinsame Strategien und einen konstruktiven Austausch mit der Unterstützung Aller."

Der Landkreis ist stolz auf diese hohe Auszeichnung, denn sie ist das äußerst positive Ergebnis unserer umfassenden Investitionen und Anstrengungen im Bereich der regionalen Bildung. Wir setzen uns seit Jahren für ein umfangreiches Bildungs- und Ausbildungsangebot im Landkreis ein. Das Förderprogramm des Bundesministeriums für Bildung und Forschung „Lernen vor Ort" war hierbei eine wichtige Basis und ein Katalysator für die Bildung in der Region. Ziel ist die Entwicklung eines lokalen Bildungsmanagements in der Kommune, das allen Bürgerinnen und Bürgern erfolgreiche Bildungsbiografien ermöglicht.

Dr. Karl Dürner, Sprecher der Bürgermeister im Landkreis Mühldorf a. Inn: „Hand in Hand können wir die Zukunft unserer Heimat festigen, deshalb unterstütze und begrüße ich ausdrücklich die Initiative des Landkreises zum Auf- und Ausbau eines kommunalen Bildungsmanagements für unsere Region. Ohne Bildung keine Zukunft. Darum muss Bildung dort hin, wo die Menschen sind!"

Dr. Ludwig Spaenle begründet die Entscheidung, den Landkreis Mühldorf a. Inn als Bildungsregion in Bayern auszuzeichnen, vor allem damit, dass die hier geschaffenen Strukturen die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen, aber auch Erwachsenen, tatsächlich verbessern können. Insbesondere das Bildungsmonitoring, das datenbasierte Entscheidungen für Verwaltungs- und Politikhandeln vor Ort ermöglicht, als auch das Projekt Integrationslotsen, die Zuwandererfamilien bei Fragen zu Schule und Bildung beraten, hebt der Staatsminister hervor.

Neben den aktuellen Planungen und Projekten gibt es auch immer wieder neue Anlässe und Herausforderungen, die bearbeitet und umgesetzt werden wollen. So eröffnet der Landkreis gemeinsam mit der Hochschule Rosenheim neue Karrierewege in der Heimat - dies mit einem berufs- und ausbildungsbegleitenden Studienangebot im Bereich Maschinenbau ab dem Wintersemester 2014/15. Der Studiengang Maschinenbau wurde in Abstimmung mit den regionalen Unternehmen konzipiert und auf deren spezifische Anforderungen angepasst.

Mit dem Landkreis Altötting und der IHK für München und Oberbayern führen wir eine Absolventenbefragung des Schuljahres 2007/08 durch und vergleichen die Nachfrage der regionalen Wirtschaft mit dem Leistungsangebot und den Berufszielen der Schulabgänger. Die Ergebnisse werden uns helfen, für regionale Bedarfe auch regionalspezifischere Lösungen zu finden. Dies ist enorm wichtig, um ausreichende und auch passende Aus- und Weiterbildungsangebote sowie genügend Arbeitsplätze vorhalten zu können.

Es gibt immer viel zu tun! Gemeinsam können wir jedoch mehr leisten und effizienter wirken! Ganz besonders bedanke ich mich deshalb bei allen Bildungsakteuren. Sie haben sich gemeinsam mit uns auf den Weg zur Bildungsregion gemacht, uns langjährig in unserer Netzwerkarbeit vor Ort begleitet und uns bei der Erstellung der Bewerbung für das Qualitätssiegel „Bildungsregionen in Bayern" unterstützt. Ich bin stolz und geehrt, dazuzugehören!

Ihr Georg Huber
Landrat Mühldorf a. Inn

Finanzkraft der...

(Fortsetzung von Seite 1)
den Breitbandausbau kümmern. Allerdings sind unsere finanziellen Möglichkeiten begrenzt. Deshalb muss ein neues, bundesfinanziertes Förderprogramm aufgelegt werden, um gezielt den Ausbau von NGA-Internet voranzubringen“, so Duppré. Auch im Straßenbau bestünden erhebliche Investitionsbedarfe. Insgesamt umfasse der Investitionsstau in den Kreishaushalten mehr als 22,8 Mrd. Euro.

Schließlich sei eine Einbindung der kommunalen Spitzenverbände in die Föderalismuskommission III von immenser Bedeutung, wenn in der kommenden Legislaturperiode die künftigen Bund-Länder-Finanzbeziehungen neu geordnet würden, stellte der Verbandschef fest. „Denn die Schuldenbremse vor allem in den Ländern hat erhebliche Auswirkungen auf die Finanzzuweisungen an Städte, Landkreise und Gemeinden, so dass die drei kommunalen Spitzenverbände unbedingt mit von ihnen bestimmten Vertretern an der Kommissionsarbeit mit Sitz und Stimme beteiligt werden müssen.“

Darüber hinaus begrüßte das Landkreistags-Präsidium Überlegungen der Länder zur Ausgestaltung des neuen Bundesleistungsgesetzes für behinderte Menschen, die eine Reihe von Forderungen des Deutschen Landkreistages aufgreifen. Die Landkreise versprechen sich davon sowohl eine inhaltliche Weiterentwicklung als auch eine finanzielle Entlastung. Duppré zufolge „bedarf es insbesondere einer klaren Zusage des Bundes zur Finanzierung“. Das Ausgabevolumen betrage derzeit ca. 14,4 Mrd. Euro jährlich. Zugleich sei sicherzustellen, dass die Landkreise die Aufgabe weiter selbstbestimmt und im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung ausführen können und nicht zu bloßen Ausführungsgehilfen des Bundes werden.

„Der Deutsche Landkreistag fordert, dass per Saldo eine Entlastung der Kommunen auch tatsächlich erfolgt. Ein gangbarer Weg hierfür ist die Erhöhung der kommunalen Beteiligung am Steueraufkommen in Deutschland“, sagte Duppré. Jedenfalls würden die Landkreise eine inhaltliche Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe ohne Lösung des Finanzproblems strikt ablehnen.

Wichtig sei, dass die Landkreise hierbei nicht zu bloßen Ausführungsstellen des Bundes werden. „Daher ist der Finanzierungsweg besonders bedeutsam, weil sonst möglicherweise eine Bundesauftragsverwaltung droht, die den Kommunen die vor Ort erforderlichen Handlungs- und Entscheidungsspielräume empfindlich einengen würde. Wichtig ist uns, die Eingliederungshilfe im Interesse der höchst individuellen Lebenssituation der Menschen kommunal zu verantworten. Das hat sich bewährt, dabei sollten wir bleiben“, meinte der Präsident.

Bei einem Treffen des Landkreistagspräsidiums mit dem Präsidenten des Deutschen Bauernverbandes Joachim Rukwied wurde allgemein vor allem die fruchtbare Zusammenarbeit beider Spitzenorganisationen, vor allem in Bezug auf die Entwicklung des ländlichen Raumes, gelobt. Wie Duppré und Rukwied betonten, „setzen wir uns gemeinsam dafür ein, dass wichtige Zukunftsfragen in der Fläche wie z. B. der Breitbandausbau vorangetrieben werden. In den vergangenen Jahren haben wir bereits intensiv zusammengearbeitet und werden diese Kooperation weiter verstärken. Dies ist gerade in Zeiten zurückgehender EU-Förderung und unabweisbarer Investitionserfordernisse in der Fläche wichtiger denn je.“

Laut Duppré sind mit Blick auf die Demografiestrategie der Bundesregierung und die Ergebnisse der Koalitionsarbeitsgruppe „Ländliche Räume, regionale Vielfalt“ derzeit viele Initiativen im Gange, die sich im Wesentlichen mit den Zukunftsperspektiven außerhalb der großen Ballungszentren beschäftigen. „Gerade der demografische Wandel trifft den ländlichen Raum auf unterschiedliche Weise und regional sehr differenziert. Daher verbieten sich schematische Lösungen, die die jeweiligen Bedingungen vor Ort nicht hinreichend in den Blick nehmen. Wichtig sind stattdessen günstige Rahmenbedingungen, flexible Standards und zusätzliche Investitionsmittel, so dass sich Kommunen, Bürger und weitere Akteure möglichst kraftvoll im Sinne einer gemeinsamen Gestaltung der zukünftigen Entwicklung im ländlichen Raum engagieren können.“ Dafür brauche es engagierte Bürger, Unternehmer, aber und vor allem auch leistungsfähige Landkreise und Gemeinden, die letztlich verantwortlich seien für die Lebensbedingungen der Menschen in Bezug auf Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge. **DK**

Bericht aus...

(Fortsetzung von Seite 1)
der weniger betuchten Bevölkerung gesichert werden.

Der Richterspruch war mit Spannung erwartet worden, denn seit Jahren gibt es zwischen Deutschland und der EU-Kommission Streit um das Einheimischenmodell. Schon 2007 hatte die Kommission ein „Vertragsverletzungsverfahren“ eingeleitet. Betroffen waren in Bayern unter anderem Bernried und Seeshaupt am Starnberger See sowie die Stadt Weilheim.

Zur Abstimmung im Europäischen Parlament steht aktuell der mehrjährige EU-Finanzrahmen (MFR) der EU in Höhe von 960 Mrd. Euro für die Periode 2014 bis 2020 an. Angelika Niebler zufolge wird es hier wohl eine „breite Mehrheit“ geben. Im Vergleich zum laufenden Finanzrahmen komme es real, also bei Nichtberücksichtigung der Preisniveau-Steigerungen, erstmals zu einem leichten Rückgang der Ausgaben. „Besser“ statt „mehr“ ausgeben soll nach Wunsch des Europäischen Rates die neue Devise in der Sieben-Jahres-Periode des neuen MFR sein. Konkret gehe es um die Verteilung von Kürzungen auf die einzelnen Rubriken, wobei die Bereiche Forschung und Technologie, Strukturpolitik sowie Agrarpolitik den größten Anteil am Gesamtumfang bilden.

Flexibilität im Haushalt

„Für uns Parlamentarier war es wichtig, auch eine gewisse Flexibilität in den Haushalt zu integrieren“, betonte Niebler. „Wenn also Mittel nicht abgerufen werden, muss auch die Möglichkeit bestehen, diese Mittel für andere Zwecke entsprechend einzusetzen.“ Nicht jeder nicht abgerufene Cent müsse somit – wie bislang vorgesehen - sofort wieder in die nationalen Haushalte zurückgehen.

Gedanken sollte man sich in Europa auch machen über bereits jetzt unterfinanzierte Programme wie das europäische Satellitennavigationssystem Galileo, fuhr die EU-Politikerin fort. Hier sei linear heruntergekürzt worden.

Mit Blick auf den noch nicht abgestimmten Agrarhaushalt erklärte Niebler: „Die Agrarminister haben sich in Luxemburg getroffen. Deren Meinungen stimmen nicht mit allen Positionen und Forderungen aus dem Europäischen Parlament überein.“ Beim Thema Milchpreis beispielsweise vertrete das EP die Meinung, „dass wenn dieser schon im Keller ist, es dann weiterhin eine staatliche Stützung geben muss“.

Als einen der „großen Aufreger“ bezeichnete Niebler auch das „Greening“, d. h. die Leistung eines Umweltbeitrags durch Landwirte. Das heißt: Grünland soll nicht einfach in Ackerland umgewandelt werden, Fruchtsorten sollen sich auf den Flächen abwechseln, um Monokulturen zu verhindern, die den Boden auslaugen. Thema war die in der ersten Säule verpflichtende Vorgabe auch von Umweltmaßnahmen. In diesem Rahmen wurde auf die stark diskutierte, verpflichtende 7 %-Flächenstilllegung verzichtet. „Somit ist das Greening keine Stilllegungsverpflichtung mehr, wie es die EU-Kommission zunächst vorgeschlagen hatte. Hier hat es auch eine gute Lösung gegeben“, machte Niebler deutlich.

„Viel Verdruss und Unmut“ verursacht bei den Kommunalpolitikern dagegen die Leader-Förderung. Bei zahlreichen Gesprächen mit Projektverantwortlichen in Oberbayern sei deutlich geworden, dass die Durchführung von Projekten, die mit Leader-Mitteln gefördert werden, optimiert werden könnte, sagte die Europaabgeordnete. Sie plädierte für eine unbürokratischere, sprich pragmatischere Handhabung nach österreichischem Vorbild. Sinnvoll wäre eine effiziente Inanspruchnahme der Mittel. Auch könnte bei der Antragstellung mehr differenziert werden. Grundsätzlich müsse mehr Verständnis dafür geschaffen werden, Projekte gemeinsam durchzuführen.

„Verrückter Aufwand“

Von einem „himmelschreienden Controlling aus Brüssel“ sprach diesbezüglich Alois Scherer, 1. Bürgermeister der oberpfälzischen Gemeinde Deining. Beim dortigen Bau eines Naturbades müsse ein geradezu „verrückter Aufwand“ betrieben werden, monierte Scherer. Seiner Ansicht nach sollte sich die EU zurücknehmen; die „Aufplusterung des Apparats“ sei gigantisch. Auch der Fürther Landrat Matthias Dießl kritisierte die „permanente Erbringung von Nachweisen“, die mit einem enormen Aufwand einher gingen. Aus diesem Grunde habe er veranlasst, von ESF-Mitteln der Stufen 2 und 3 Abstand zu nehmen.

In ihrer Eigenschaft als Vorsitzende der Frauen-Union der CSU ist es für Angelika Niebler ein „Herzensanliegen“, mehr Frauen in die Kommunalpolitik zu bringen. Die Kommunen seien die Herzkammer der gesamten Politik. „Und wenn wir nicht dort anfangen, mehr Frauen zu motivieren, auf die Liste zu gehen und sie im Wahlkampf entsprechend unterstützen, werden wir es nie schaffen, ein Potenzial an Frauen aufzubauen, die dann in die Verantwortung hineinwachsen.“

Die Zahlen hierzu sind ernüchternd, wie KPV-Landesvorsitzender Landrat Stefan Rößle mitteilte. Bayernweit gebe es keine CSU-Landrätin und mit Gabriele Bauer in Rosenheim verfüge die CSU über nur eine Oberbürgermeisterin. Von 498 hauptamtlichen Bürgermeistern, die die CSU stellt, seien 5 % Frauen, ebenso gering sei der weibliche Anteil bei den ehrenamtlichen Bürgermeistern. Bei den CSU-Stadträten betrage der Frauenanteil knapp 25 %, bei den Kreisräten knapp 20 % und bei den Gemeinderäten 15 %.

Die CSU, ergänzte Niebler, habe für die Bezirksvorstände und den Landesvorstand eine gesetzliche Quote von 40 Prozent eingeführt. Dies sei ein klares politisches Signal an die Bezirksvorstände und ein klares Signal an Frauen, das ihnen Mut machen soll, Verantwortung in der Partei zu übernehmen. Prozesse könnten sich nur verändern, wenn Frauen selber handeln.

Benötigt würden Persönlichkeiten, die bekannt sind, fuhr Niebler fort. Es sei wichtig, in den Orts- und Kreisverbänden Frauen gezielt anzusprechen und zu versuchen, sie im Laufe der Jahre in Funktionen zu bringen, z. B. Arbeitskreise leiten zu lassen. „Es geht darum, die Sichtbarkeit von Frauen festzustellen.“

„Extrem gut angelaufen“ seien von der FU in einigen Kreisverbänden angestoßene kommunale Mentoringprogramme, berichtete die Politikerin, denn: „Die höchste Motivation auch von Frauen in die Politik zu gehen ist, wenn sie einer Kommunalpolitikerin oder einem Kommunalpolitiker über die Schulter schauen.“ Ein kommunales Mentoringprogramm sei schnell organisiert. In diesem Zusammenhang bat die Europaabgeordnete den KPV-Vorstand, hier unterstützend zu wirken.

„Patentrezept“, so Angelika Niebler, „habe ich keines.“ „Wir sind aber wild entschlossen, etwas zu ändern. Dazu müssen die Frauen viel massiver und transparenter werden.“ In Neuried im Landkreis München ist diese Diskussion nahezu obsolet. Laut Bürgermeisterin Ilse Weiß, amtierend seit 2002, haben sich die Frauen dort vernetzt und ihre Position dadurch gestärkt. Das Ergebnis: Auf der Kreistagsliste sind 50 % Frauen, zudem sind neun von 20 Gemeinderäten weiblich. **DK**

Klare Forderungen...

(Fortsetzung von Seite 1)
rechten Finanzierung ihrer Kommunen. Darüber hinaus will die KPV eine ressortübergreifende, aus dem Bundeskanzleramt koordinierte Task Force, die im Rahmen der Gesetzesfolgenabschätzung einen Katalog von kommunalrelevanten Gesetzen und Verordnungen erarbeitet, die zeitlich befristet, ersatzlos wegfallen oder modifiziert werden können.

„Die Bilanz der Legislaturperiode ist und bleibt gut. Als ich das Finanzministerium 2009 übernommen habe, lag die Nettoneuverschuldung noch bei 86,1 Mrd. Euro, jetzt stehen wir wirtschaftlich gut da. Auch die Flutkatastrophe wird uns finanziell nicht aus der Bahn werfen, deshalb ist die Diskussion um Steuererhöhungen jetzt vor der Bundestagswahl höchst überflüssig. Wir werden keine Substanzsteuern einführen“, machte Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble deutlich.

Der Minister zählte Erfolge wie die Entlastung der Kommunen durch den Bund – die Grundsicherung im Alter und die Finanzierung des Ausbaus der Kinderbetreuung – auf. Er wies aber auch mit Blick auf die nächste Legislaturperiode darauf hin, dass Bund, Länder und Kommunen eine gemeinsame Verantwortung haben und diese auch wahrnehmen müssen.

Schäuble würdigte zudem die Leistungen von Peter Götz MdB, dem scheidenden Bundesvorsitzenden der KPV und kommunalpolitischen Sprecher der CDU/CSU Bundestagsfraktion als beharrlichen Kämpfer für die Kommunen. Der Minister versprach, dass die Kommunen auch in Zukunft nicht allein gelassen werden. Er betonte, dass er mit großer Überzeugung für Europa kämpfe. „Ich bin für Markt und Wettbewerb, wir müssen aber aufpassen, dass wir nicht alles deregulieren. Die kommunale Selbstverwaltung muss auf jeden Fall erhalten bleiben“, so Schäuble.

Schuldenbremse

Im Anschluss moderierte das Geschäftsführende Präsidialmitglied des Deutschen Landkreistages, Prof. Dr. Hans Günter Henneke, eine Diskussionsrunde zum Thema „Kommunalfinanzen“, an der neben Wolfgang Schäuble Georg Fahrenschon, Präsident des Sparkassen- und Giroverbandes, Prof. Dr. Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft und der Oberbürgermeister der Stadt Regensburg, Hans Scheidinger, teilnahmen. Die spannende Frage war, ob die Schuldenbremse eingehalten werden kann. Außerdem wurde diskutiert, ob die Kommunen ausreichend mit finanziellen Mitteln ausgestattet sind. Auch die Zukunft des Länderfinanzausgleichs war ein Thema.

Die Verabschiedung weiterer Beschlüsse der Bundesvertreterversammlung zu den Themen Rekommunalisierung von Strom- und Gasnetzen, Kreislaufwirtschaftsgesetz, kommunale Wasserversorgung und Abwasserabgabe bildete einen weiteren Tagesordnungspunkt.

Laut KPV schreibt das Energiewirtschaftsgesetz bei der Vergabe von Konzessionen für Strom- und Gasnetze nur eine „wirtschaftlich angemessene Vergütung“ vor. Ein Grundsatzurteil des Bundesgerichtshofes und auch die Leitlinien der Bundesnetzagentur und des Bundeskartellamtes legen fest, dass der sogenannte Ertragswert angesetzt werden soll. Dieses besagt, dass ein Strom- oder Gasnetz nicht mehr kosten soll, als über die Dauer des abzuschließenden Konzessionsvertrages unter Berücksichtigung der Netzentgeltregulierung voraussichtlich erwirtschaftet werden kann. Als Vertragslaufzeit wurde bisher überwiegend das gesetzliche Maximum von 20 Jahren gewählt. Die Konzerne fordern aber häufig den wesentlich höheren Sachzeitwert der Netze.

Am Beispiel Berlins zeige sich, so die KPV, wie weit Sachzeitwert und Ertragswert auseinanderliegen können. Hier schwankt der Preis zwischen 400 Mio. Euro (Ertragswert) und einer Summe von 1 Mrd. Euro (Sachzeitwert). Lange Rechtsstreitigkeiten verhindern häufig, dass Kommunen die Netze übernehmen wollen, da ihnen das Risiko zu groß ist. In den Jahren 2007 bis 2012 sind mehr als 60 Stadtwerke neu gegründet worden.

Energiewirtschaftsrecht

Um das kommunale Engagement weiter zu erhöhen, fordert die KPV den Deutschen Bundestag auf, den Ertragswert der Netze verpflichtend im Energiewirtschaftsrecht zu verankern. Ein weiteres Regelungsproblem betrifft die Weiterzahlung der Konzessionsabgabe nach Ablauf des Vertrages. In der Praxis kommt es hierbei nicht selten zu langwierigen Verhandlungen, die die Ein-Jahres-Frist des § 48 Abs. 4 EnWG überschreiten können, innerhalb derer die Konzessionsabgabe weiterzuzahlen ist. Die KPV fordert die zeitliche Begrenzung zu streichen, um den abgebenden Unternehmen das Druckmittel der Nichtzahlung aus der Hand zu nehmen.

Beim Thema Kreislaufwirtschaftsgesetz ruft die KPV die Bundesregierung auf, den eingeschlagenen Weg, der mit Inkrafttreten des Kreislaufwirtschaftgesetzes am 1. Juni vergangenen Jahres festgelegt wurde, auch bei der gesetzlichen Regelung zur Einführung einer „einheitlichen Wertstofftonne oder einer einheitlichen Wertstofferfassung in vergleichbarer Qualität“ uneingeschränkt fortzusetzen. Die CDU-Fraktionen in den Landtagen werden gebeten, einen Antrag bzw. Gesetz einzubringen, der die Länder verpflichtet, im Bundesrat einem „Gesetz zur Einführung einer einheitlichen Wertstofftonne oder einer einheitlichen Wertstofferfassung in vergleichbarer Qualität“ nur zuzustimmen, wenn darin die Steuerungsverantwortung der Kommunen als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger festgelegt wird.

In punkto Wasserversorgung appelliert die KPV an die Bundesregierung, sicherzustellen, dass die EU-Konzessionsrichtlinie, die in nächster Zeit in Kraft treten soll, keine Privatisierung der kommunalen Wasserversorgung durch die Hintertür zulässt. Erreicht werden müsse eine Ausnahmeregelung für die Wasserversorgung.

„Mit einem flächendeckenden Anschlussgrad von nahezu 100 % werden heute alle kommunalen Abwässer durch Kläranlagen entsorgt, die nicht nur dem anspruchsvollen Stand der Technik nach § 57 Wasserhaushaltsgesetz, sondern vor allem auch den höchsten Anforderungen der EU-Kommunalabwasserrichtlinie von 1991 entsprechen“, heißt es in einem weiteren Beschluss. Die Abwasserabgabe habe somit ihr Ziel erreicht, sei gegenstandslos geworden und deshalb ersatzlos abzuschaffen. **DK**

Ingbert Liebing neuer KPV-Bundesvorsitzender

Zum Nachfolger von MdB Peter Götz, der nicht mehr zur Wahl antrat und sich auch nach dieser Legislatur aus dem Bundestag zurück zieht, wurde MdB Ingbert Liebing mit 92,1 Prozent der Delegiertenstimmen zum neuen Bundesvorsitzenden der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands gewählt. Mit Liebing kommt einer der profiliertesten Interessenvertreter für kommunale Belange an die Spitze des Verbandes.

Dem Landesvorstand der KPV Schleswig Holstein gehört Ingbert Liebing seit 20 Jahren an, seit acht Jahren führt der gebürtige Flensburger den Verband als Vorsitzender und ist Mitglied des Bundestages. In der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vertritt der 50-Jährige als stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik und stellvertretender Vorsitzender des Unterausschusses Kommunalpolitik erfolgreich die Interessen der Kommunalen. Auch im Ehren- und Hauptamt verfügt Liebing über langjährige Erfahrungen. So war er Ratsherr und Fraktionsvorsitzender der CDU in Neumünster sowie hauptamtlicher Bürgermeister auf Sylt.

Als Bundesvorsitzender der KPV hat sich Ingbert Liebing hohe Ziele gesteckt: „Wir haben viel erreicht, aber es bleibt noch viel zu tun in der nächsten Wahlperiode. Die Kommunen müssen weiter finanziell gestärkt werden, das gilt auch für die fest zugesagte Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung. Ziel muss es sein, dass die vereinbarten Bundesleistungen auch sicher bei den Kommunen ankommen.“

Neben der Wahl zu einem neuen Bundesvorsitzenden wurden auch 6 stellvertretende Bundesvorsitzende sowie 20 Beisitzer und der Bundesschatzmeister bestimmt. Dem Bundesvorstand gehören auch bayerische Vertreter an: Regensburgs Bürgermeister Gerhard Weber und Georg Huber, Landrat von Mühldorf, fungieren erneut als Beisitzer. Als stellvertretender Landesvorsitzender wird auch für die kommenden zwei Jahre wieder Landrat Dr. Ulrich Reuter (Aschaffenburg) entsendet. Der stellvertretende Landesvorsitzende aus Bayern wird nicht von der Bundesdelegiertenversammlung gewählt, sondern vom KPV-Landesvorstand ernannt. **DK**

Neue Prognosedaten zur kommunalen Finanzlage:

Licht und Schatten

Bei der Vorlage neuer Prognosedaten zur kommunalen Finanzlage haben die Präsidenten des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly (Nürnberg), des Deutschen Landkreistages, Landrat Hans Jörg Duppré (Südwestpfalz) und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Oberbürgermeister Christian Schramm (Bautzen), auf zunehmende Probleme und besorgniserregende Entwicklungen in vielen Kommunen verwiesen. Dazu zählten die nach wie vor steigenden Soziallasten, das niedrige Niveau der Investitionen und der weitere Anstieg der Kassenkredite.

Für die Jahre 2013 bis 2016 prognostizieren die kommunalen Spitzenverbände einen Überschuss der kommunalen Kernhaushalte in der Größenordnung von jeweils 4 bis 4,5 Milliarden Euro. „Das setzt allerdings voraus, dass Deutschlands Wirtschaft weiter auf Wachstumskurs bleibt und nicht neue Rückschläge zum Beispiel bei der Stabilisierung des Euro die Erwartungen zunichte machen“, so die Präsidenten. Die Jahre 2009 und 2010 hätten schon einmal gezeigt, welche Milliardendefizite die Auswirkungen einer Konjunkturkrise in den kommunalen Haushalten haben können.

Höhere Einnahmen

Die kommunalen Spitzenverbände gehen im Jahr 2013 von kommunalen Einnahmen von 196 Milliarden Euro aus – das sind plus 4,1 Prozent. Sie rechnen mit Ausgaben von 192 Milliarden Euro, was einem Anstieg um 2,9 Prozent entspricht. Für 2013 wird eine Steigerung der kommunalen Steuereinnahmen um 3,5 Prozent erwartet, im Jahr 2014 von 3,9 Prozent. Das Aufkommen erreicht somit im Jahr 2014 das Volumen von 80 Milliarden Euro. Der Anteil der Steuereinnahmen an den Gesamteinnahmen beträgt etwa 40 Prozent.

Gestiegene Kassenkredite

Der Finanzierungssaldo der Kernhaushalte der Städte, Landkreise und Gemeinden für die Jahre 2013 bis 2016 liegt nach der Prognose in der Größenordnung von 4,0 bis 4,5 Milliarden Euro. Im Jahr 2013 wird ein Saldo von 4,1 Milliarden Euro erwartet. Die Kassenkredite der Kommunen belaufen sich mittlerweile auf 47,5 Milliarden Euro. Sie stiegen im Zeitraum eines Jahres bis Ende 2012 um ca. 3,6 Milliarden Euro.

Höhere Sozialausgaben

Bei den kommunalen Ausgaben für soziale Leistungen sind trotz der positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt insgesamt wachsende Ausgaben aufgrund der ungebremsten Dynamik der konjunkturunabhängigen sozialen Leistungen zu erwarten. Die Sozialausgaben erhöhen sich in diesem Jahr gegenüber dem Vorjahr voraussichtlich um 3,6 Prozent – das sind rund 1,6 Milliarden Euro – auf 46 Milliarden Euro. Bis zum Jahr 2016 wird ein Anstieg auf rund 50 Milliarden Euro erwartet.

Die kommunalen Spitzenverbände weisen darauf hin, dass sich die bisherigen und zusätzlichen Mittel des Bundes zur Finanzierung sozialer Leistungen in der Kommunalfinanzstatistik nicht als Rückgang auf der Ausgabenseite auswirken. Sie erhöhen vielmehr die kommunalen Einnahmen. Das gilt sowohl für die schrittweise Übernahme der Kosten der Grundsicherung im Alter durch den Bund als auch für die Finanzierung des Bildungs- und Teilhabepakets.

Rückgang bei Investitionen

Bei den Investitionen war 2012 ein scharfer Rückgang von 10,6 Prozent auf 19,7 Milliarden Euro zu verzeichnen. 2013 wird ein Anstieg auf 20,4 Milliarden Euro erwartet und 2014 eine Summe von 20,9 Milliarden Euro. Die Investitionstätigkeit der Kommunen reicht damit bei weitem nicht aus, um den auf kommunaler Ebene bestehenden erheblichen Investitionsstau mittelfristig abbauen zu können. Nach Auffassung der kommunalen Spitzenverbände „zeigen diese Fakten leider, dass in den vergangenen Jahren die kommunale Investitionsschwäche durch das Konjunkturprogramm lediglich überdeckt, aber nicht grundsätzlich behoben werden konnte. Das wird beispielsweise bei der Verkehrsinfrastruktur sichtbar, die vielerorts seit Jahren nicht instand gesetzt werden konnte.“

Drohende Abwärtsspirale

Problematisch aus Sicht der Kommunen ist außerdem, dass die Unterschiede zwischen den finanzstarken und finanzschwachen Kommunen größer werden. Eine Vielzahl von Kommunen sei vom Haushaltsausgleich oder gar Überschüssen weit entfernt. „In mehreren Regionen droht den Kommunen eine finanzielle Abwärtsspirale aus mangelnden Einnahmen, steigenden Sozialausgaben und fehlenden Geldern für zukunftsträchtige Investitionen, die einen Ausweg bieten könnten. Diese Entwicklung führt teilweise zu erheblichen Einschnitten bei kommunalen Angeboten, die direkt den Alltag der Menschen betreffen und nachteilig verändern“, betonten Maly, Duppré und Schramm.

Mögliche finanzielle Folgen der Flutkatastrophe sind in der aktuellen Prognose im Übrigen ebenso noch nicht berücksichtigt wie die Folgewirkungen des Zensus, die sich aufgrund von Verschiebungen im Länderfinanzausgleich insbesondere zwischen den Stadtstaaten und den Flächenländern ergeben können. **DK**

Dr. Jürgen Michels neuer Chefvolkswirt bei der BayernLB

Mit Wirkung ab Oktober 2013 wird Dr. Jürgen Michels neuer Chefvolkswirt und Leiter des Bereichs Volkswirtschaft & Research bei der BayernLB.

Michels kommt von Citigroup, London, wo er seit 2008 als Chefvolkswirt für den Euro-Raum zuständig war. Der 40-Jährige folgt bei der BayernLB auf Dr. Jürgen Pfister, der die Bank nach über zehn Jahren erfolgreicher Tätigkeit verlassen und künftig als selbstständiger Berater arbeiten wird.

Michels absolvierte ein Volkswirtschaftsstudium an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und promovierte bei Prof. Dr. Axel A. Weber an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Seine Berufslaufbahn startete er 1997 als Volkswirt bei Sal. Oppenheim in Köln, von wo er 2002 zur Citigroup nach London wechselte. Dort war er mehrere Jahre zuständig für die Länderanalyse in der Euro-Zone.

Im Jahr 2008 übernahm er die Position des Chefvolkswirts für die Euro-Zone bei Citigroup und war verantwortlich für die Analyse der europäischen Geld- und Fiskalpolitik. Er betreute mit seinem Team weltweit Kunden in den Bereichen Renten, Währungen und Aktien. ❐

Förderung von Genossenschaften:

Europäische Kommission gründet Arbeitsgruppe

Mit dem Ziel, Genossenschaften in Europa zu stärken und ihnen – besonders in Krisenzeiten – den Zugang zu Märkten und ein nachhaltiges Wachstum zu erleichtern, hat die Europäische Kommission die Arbeitsgruppe „Fostering cooperatives` potential to generate smart growth“ (Förderung des Genossenschaftspotentials zur Generierung nachhaltigen Wachstums) ins Leben gerufen. Die Gruppe soll eine Plattform für den Austausch und die Verbreitung guter Genossenschaftsbeispiele bieten und Handlungsempfehlungen für die europäischen Mitgliedstaaten erarbeiten.

Die erste Arbeitsgruppensitzung wird am 10. Juli 2013 im Hauptsitz der Europäischen Kommission im Brüsseler Berlaymont-Gebäude stattfinden. Ziel dieses ersten Termins ist es, die besonderen Bedürfnisse genossenschaftlicher Unternehmen vor allem hinsichtlich gesetzlicher Rahmenbedingungen sowie finanzieller und wirtschaftlicher Unterstützung herauszuarbeiten.

Diskutierte Themen

Darüber hinaus werden Themen wie beispielsweise die Bekanntmachung des genossenschaftlichen Modells unter Jugendlichen oder die zunehmende Internationalisierung diskutiert. In den kommenden zwölf Monaten sollen dann Lösungsvorschläge für diese Themen erarbeitet werden.

Hochrangige Arbeitsgruppe

Die Arbeitsgruppe ist hochrangig besetzt. Auf Einladung von Antonio Tajani, Vizepräsident der Europäischen Kommission, nehmen die Präsidenten der genossenschaftlichen Dachorganisationen aller EU-Mitgliedstaaten, der europäischen Sektorenverbände sowie der europäischen Dachorganisation Cooperatives Europe teil.

Der DGRV wird die deutsche Genossenschaftsorganisation vertreten. DGRV-Vorstandsmitglied Dirk J. Lehnhoff wird zudem in seiner Funktion als Präsident von Cooperatives Europe in der Arbeitsgruppe mitarbeiten. ❐

Zahlen und Fakten 2013

Genossenschaftliche Banken, Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften

Wer sich über Genossenschaften informieren und anderen fundierte Auskünfte geben möchte, findet in der neuen Ausgabe von „Zahlen und Fakten“ alle wesentlichen Informationen und aktuellen Daten. Auf 36 Seiten werden mit Hilfe von Tabellen, Schaubildern und Karten die genossenschaftlichen Bereiche der Wirtschaft vorgestellt sowie einzelne Themenfelder informativ aufbereitet.

Mit kurzen und aufschlussreichen Beiträgen über die Volksbanken und Raiffeisenbanken, die Raiffeisengenossenschaften, die gewerblichen Kooperationen und die Konsumgenossenschaften gewinnt der Leser einen tiefen Einblick in die einzelnen genossenschaftlichen Sparten. Weitere Rubriken sind den Genossenschaftsverbänden sowie den internationalen Entwicklungen gewidmet. Aktuell stehen insbesondere die Themen Genossenschaften als Gewinn für die Region sowie Energiegenossenschaften im Fokus.

Eine starke Organisation

Das Zahlenwerk belegt in seiner aktuellen Ausgabe erneut, dass der genossenschaftliche Verbund die mit Abstand mitgliederstärkste Wirtschaftsorganisation bundesweit ist. Derzeit gibt es 18,7 Millionen Genossenschaftsmitglieder. 5.669 genossenschaftliche Unternehmen geben der gesamten Volkswirtschaft positive Wachstums- und Beschäftigungsimpulse.

Die Broschüre „Zahlen und Fakten“ kann beim Deutschen Genossenschafts-Verlag eG unter der Artikelnummer 960 860 bestellt werden. Im Mitgliederbereich auf www.dgrv.de steht eine Powerpoint Präsentation zum Download bereit. ❐

GVB-Verbandstag am 11. Juli

Bundesbankpräsident Jens Weidmann ist Hauptredner beim Verbandstag 2013 des Genossenschaftsverbands Bayern am 11. Juli im Internationalen Congress Center in München. Er wird über die Finanzsystemstabilität in der europäischen Währungsunion sprechen.

Darüber hinaus werden Professor Dr. Udo Di Fabio, Bundesverfassungsrichter a. D., über den „Wert der Genossenschaften für Wirtschaft und Gesellschaft“ und GVB-Präsident Professor Dr. h.c. Stephan Götzl über „120 Jahre GVB – wandlungsfähig, mitgliederfokussiert, leistungsstark“ referieren. Der Verbandstag beginnt um 10 Uhr. ❐

nhow-Hotel am Berliner Osthafen:

BayernLB und Aengevelt vermitteln Verkauf

München - Der Berliner Projektentwickler NDC Nippon Development Corporation hat das „nhow“-Hotel der spanischen nh-Hotelgruppe am ehemaligen Berliner Osthafen im Stadtbezirk Friedrichshain an eine Gruppe internationaler Privatinvestoren veräußert. Verkäufer und Käufer wurden bei der Transaktion vom Immobilien-M&A-Team der BayernLB in Zusammenarbeit mit den Investmentspezialisten von Aengevelt Immobilien aus Berlin beraten.

Die BayernLB konnte dabei besonders ihr Netzwerk an spezialisierten Kanzleien und ihr besonderes Know-how im Bereich von Immobilien-M&A einbringen und damit zum Erfolg der Transaktion beitragen.

Junge Marke

Das Ende 2010 eröffnete Hotel der First-Class-Kategorie ist langfristig an die NH Hotels Deutschland GmbH verpachtet und wird unter der relativ jungen Marke „nhow“ betrieben. Es umfasst 304 Zimmer sowie 124 Pkw-Stellplätze, große Tagungs- und Eventflächen und einen Spa- und Wellnessbereich.

Markantes Gebäude

Der Entwurf für das markante Gebäude direkt an der Spree stammt vom Architekturbüro nps Tchoban Voss. Das außergewöhnliche und einzigartige Innendesign wurde vom New Yorker Designer Karim Rashid entworfen. Das Hotel hat sich binnen kurzer Zeit erfolgreich am Berliner Markt etabliert und gilt als beliebter Veranstaltungsort speziell bei den im direkten Umfeld ansässigen Musik-, Medien- und Modefirmen. ❐

Kommunalkundenbetreuer bayerischer Sparkassen:

Erfahrungsaustausch in Weiden

Weiden. Mehr als 70 Kommunalkundenbetreuer bayerischer Sparkassen trafen sich zwei Tage lang zum 16. Erfahrungsaustausch. Aus allen bayerischen Regierungsbezirken waren sie nach Weiden gekommen.

Den Einstieg in die Tagung machte nach der Tagungseröffnung durch den Vorstandsvorsitzenden der Sparkasse Oberpfalz-Nord, Ludwig Zitzmann, und die Begrüßung durch Landrat Wolfgang Lippert ein Vortrag des 1. Bürgermeisters der Stadt Tirschenreuth, Franz Stahl. Er referierte zum Thema „Unternehmen Kommune im Hinblick auf Stadtentwicklung und demografische Herausforderungen – Erwartungen an die Sparkassenfinanzgruppe“.

Leistungsprofil

Im Anschluss erläuterten Andrea Bastian, SVB, und Tanja Mönkhoff, BayernLB, das Leistungsprofil der S-Finanzgruppe im Themenfeld Demografie, den Zukunfts-Kompass der LBS, den Leitfaden für die Finanzierung von Versorgungsnetzen sowie das Thema „Kommunalunternehmen und kommunale Bürgschaften in der Praxis“. Den ersten Veranstaltungstag beschloss ein Rundgang mit Geschäftsführer Franz Häring (Natur in der Stadt) über das Gartenschaugelände als Praxisbeispiel für „Stadtentwicklung im Rahmen des Projektes Natur in der Stadt“.

Ihren Fortgang nahm die Veranstaltung in der Weidener Max-Reger-Halle. Michael Zehnter, SVB, eröffnete den zweiten Programmtag. Zehnter ging kurz auf das Schwerpunktthema des Erfahrungsaustauschs, den demografischen Wandel und seine Auswirkungen, ein. Die Veränderungen wirkten sich aus auf eine Region in ihrer Gesamtheit, das Gemeinwohl, das Kunden- und Kommunalgeschäft sowie auch auf den Personalbestand der Sparkassen.

Nord-Süd-Gefälle

Oberbürgermeister Kurt Seggewiß betonte, dass die demografische Entwicklung vor allem den Norden Bayerns treffe, auch in der Oberpfalz gebe es ein Nord-Süd-Gefälle. Die Situation verlange es, dass sich die Stadt auf die Entwicklung einstellen müsse. „Handeln hat in der Regel auch einen Kostenfaktor. Nur durch das Zusammenspiel zwischen Geldinstitut und Stadt wird eine erfolgreiche Stadtentwicklung zum Wohle für den Bürger erfolgen.“ Seggewiß nannte einige Beispiele, wie sich die Stadt Weiden den Anforderungen stelle und betonte die Bedeutung der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den Sparkassen bei der Bewältigung der Zukunftsanforderungen.

Der Vorstandsvorsitzende der Sparkasse Oberpfalz Nord, Ludwig Zitzmann, stellte die geschäftspolitische Bedeutung, Organisation und Ergebnisse des Kommunalgeschäfts der Sparkasse Oberpfalz Nord vor. Er betonte, dass die Sparkasse in der Fläche weiterhin vertreten bleibe. Auch wenn es Veränderungen geben müsse, werde es keine Rückzugsstrategie geben. „Wir bekennen uns klar zur Nähe zum Kunden und werden auch in Zukunft durch den digitalen Vertrieb mit individuellen Lösungen stets vor Ort sein.“ In der Zusammenarbeit mit der Kommune stellte Zitzmann den Wert spezialisierter Mitarbeiter für eine aktive und bedarfsorientierte Betreuung heraus. Sparkasse und Kommune seien engagierte Partner.

Operativer Ansprechpartner

Kommunalkundenbetreuerin Sandra Koos (Weiden) schilderte die aktive, bedarfsorientierte und partnerschaftliche Begleitung, die Sparkasse sei operativer Ansprechpartner im Kommunalgeschäft. „Kommunen sind auf immer größeren Spielwiesen tätig. Und wir unterstützen sie dabei.“

Es folgte ein Referat von Prof. Dr. Ing. Lothar Koppers (Direktor des Instituts für angewandte Geoinformatik und Raumanalysen (www.institut-agira.de), Waldsassen-Dessau) und Dipl. Geogr. Volker Höcht (Hochschule Anhalt (FH) Institut für Geoinformatik und Vermessung) über „Demografische Entwicklung und die Folgen für das (kommunale) Sparkassengeschäft“.

AGIRA analysiert die Standortgemeinden der Sparkasse Oberpfalz Nord. Bei der Veranstaltung in Weiden stellte AGIRA die Analyseergebnisse für den Landkreis Tirschenreuth vor. Die Standorte wurden nach einer gleichmäßigen Raumaufteilung nach Entfernung betrachtet. Basierend auf belastbarem Datenmaterial aus der Analyse der Veränderung der Gesamtbevölkerung zwischen 2000 und 2009 prognostiziert das Institut die Bevölkerungsvorausberechnung bis 2030, insbesondere die Entwicklung der Altersstruktur der Bevölkerung. Es analysiert die individuelle Mobilität sowie die Erreichbarkeiten der Standorte mit dem ÖPNV.

Elektronischer Bankverkehr

Im Fokus der Analyse steht auch die Fähigkeit der Bevölkerung zum elektronischen Bankverkehr. Hierbei spielen die DSL-Verfügbarkeit nach Haushalten und die bewilligten Initiativen in die Breitbandinfrastruktur in den Filialgebieten eine große Rolle. Untersucht werden eine geographische Aufarbeitung konkurrierender Bankstandorte und die Analyse von Kundenstrukturen. Daraus wird ein Modell zur Abschätzung möglicher Kundenabwanderungen entwickelt. Ziel der Untersuchung ist die Schaffung einer aussagekräftigen Datengrundlage sowie die Analyse der Konkurrenzsituation bzw. Kundenstrukturen.

S-Kompass und SEPA

Vera Claas, SIZ GmbH, stellte den S-Kompass vor, Wolfgang Schmidt, BayernLabo, beleuchtete im Anschluss die Zusammenarbeit von Sparkasse und BayernLabo, eine anschließende Diskussion diente dem Erfahrungsaustausch zu den neuen Kreditverträgen. Nach der Mittagspause präsentierten Josef Klaus, Kommunalkundenbetreuer Sparkasse Landshut, und Heribert Lautenschlager, Kommunalkundenbetreuer Sparkasse Schwandorf, die SEPA-Praxis-Erfahrungen „Die Sparkasse begleitet die kommunalen Kunden auf dem Weg zur SEPA-Migration“. Zum Anschluss gab es Regionalworkshops der bayerischen Kommunalkundenbetreuer. ❐

Die Kommunalkundenbetreuer beim Erfahrungsaustausch. ❐

LBS
Bausparkasse der Sparkassen

LBS-Bausparen für Kommunen

Dauerhaft günstige Zinsen, planbar und flexibel!

Die wirtschaftlich sinnvolle Finanzierungsalternative.

www.lbs-bayern.de

Wir geben Ihrer Zukunft ein Zuhause.

Sparkassen-Finanzgruppe

LBS-Verbraucher-Service:

Neue Regeln für Wohnriester seit 1. Juli

Was sich für Sparer und Eigenheimfinanzierer ändert

Ab 1. Juli 2013 tritt das Altersvorsorge-Verbesserungsgesetz, das mehrere Änderungen bei der Wohnriester-Förderung bringt, in Kraft. Die staatliche Förderung zielt darauf ab, Menschen beim Bau oder Kauf von selbstgenutztem Wohneigentum zu unterstützen und so ihre Altersvorsorge zu stärken. Die LBS Bayern erklärt die wichtigsten Neuerungen im Überblick.

Wer selbstgenutztes Wohneigentum baut oder kauft, kann dafür künftig jederzeit bis zum Beginn der Auszahlungsphase Kapital aus seinem Riester-Sparvertrag entnehmen. Dies gilt ebenso für die Tilgung eines Immobiliendarlehens. „Bislang musste ein direkter zeitlicher Zusammenhang zum Erwerb der Immobilie bestehen, und eine Entschuldung war nur zu Beginn der Auszahlungsphase möglich“, betont die LBS Bayern.

Barrierefreier Umbau

Riester-Guthaben kann künftig auch für alters- und behindertengerechte Umbaumaßnahmen verwendet werden. Voraussetzungen: Die Hälfte der Summe wird für Maßnahmen eingesetzt, die den gesetzlichen Vorgaben für einen barrierefreien Umbau entsprechen. Der übrige Kostenanteil muss ebenfalls der Reduzierung von Barrieren in oder außerhalb der Immobilie dienen. Beides ist von einem Sachverständigen zu bestätigen, und der Sparer kann keine weiteren Zuschüsse oder Steuererleichterungen in Anspruch nehmen. Wurde die Immobilie vor weniger als drei Jahren angeschafft, müssen mindestens 6000 Euro entnommen werden. Liegt der Erwerb länger zurück, sind es mindestens 20.000 Euro.

Mögliche Einmalbesteuerung

Die Riester-Beiträge und Zulagen werden auf einem fiktiven Wohnförderkonto erfasst und verzinst. Zu Beginn der Auszahlungsphase mussten sich Sparer bislang zwischen einer Besteuerung der dort aufgelaufenen Summe in gleichen Raten bis zum 85. Lebensjahr oder einer rabattierten Einmalbesteuerung von 70 Prozent des geförderten Kapitals entscheiden. Durch die Gesetzesänderung besteht die Möglichkeit zur Einmalbesteuerung während der gesamten Auszahlungsphase.

Bis dato durften Sparer für den Erwerb von Wohneigentum bis zu 75 Prozent oder die komplette Summe aus ihrem Riester-Vertrag entnehmen. Diese Einschränkung entfällt. Künftig kann jeder Betrag ab 3.000 Euro entnommen werden, bei Teilentnahmen müssen mindestens 3.000 Euro im Vertrag verbleiben.

Verlängerte Frist

In Zukunft haben Riester-Sparer beim Verkauf oder der Vermietung ihres Wohneigentums mehr Zeit, den geförderten Betrag in gleicher Höhe in eine andere Immobilie zu investieren. Professor Thomas Dommermuth vom Institut für Vorsorge und Finanzplanung: „Die Frist dafür verlängert sich auf zwei Jahre vor und fünf Jahre nach Ablauf des Veranlagungszeitraums, in dem die Wohnung letztmals selbst genutzt wurde.“

Die LBS Bayern ist mit 1,6 Millionen Kunden und einem Marktanteil von rund 40 Prozent beim Neugeschäft die führende Bausparkasse im Freistaat. Im Verbund mit den Sparkassen ist das Unternehmen seit mehr als 80 Jahren ein bewährter Partner für Erwerber und Besitzer von Wohnimmobilien.

Mit ihrer Expertise trägt die LBS Bayern wesentlich zu einer verlässlichen und krisenfesten Altersvorsorge der Menschen im Freistaat bei. Im Jahr 2012 vermittelte sie rund 270.000 neue Bausparverträge mit einer Bau-sparsumme von 8,4 Milliarden Euro. Zum Jahresende 2012 befanden sich 2,1 Millionen Bausparverträge mit einer Bausparsumme von 59 Milliarden Euro im Bestand. ❐

Zielgerichtetes kommunales Schuldenmanagement:

Neue EDV–Initiative der Sparkassen

Mit einer neuen Software-Lösung hilft der Deutsche Sparkassen- und Giroverband (DSGV) den Kommunen beim Schuldenmanagement. S Kompass ist ab sofort bundesweit für Städte Landkreise und Gemeinden sowie deren Eigenbetriebe nutzbar. Mit der webbasierten Softwarelösung S-Kompass können kommunale Schuldenportfolios gesteuert und deren Risiken besser eingeschätzt werden.

„Ein professionelles Schuldenmanagement ist für jede Kommune in Deutschland unabdingbar. Gerade in kleinen und mittleren Kommunen besteht oft hoher Bedarf an einer detaillierten Liquiditäts- und Risikosteuerung, insbesondere wenn es um Zins- und Prolongationsrisiken geht. Durch die große und in allen Regionen unseres Landes vorhandene Kundenkenntnis der Sparkassen ist das neue Instrument für alle kommunalen Ebenen von hohem Nutzen“, so Georg Fahrenschon, Präsident des DSGV in Berlin.

Für die Schuldenverwaltung sind beispielsweise Sicherungsbeziehungen mit einem Mausklick definiert und in der Portfolioanalyse schnell berücksichtigt, Zinsfeststellungen variabler Darlehen werden automatisch vom Marktdatenanbieter gezogen, Auszahlungsanweisungen und Sollstellungen einfach erstellt. Mit Modellrechnungen wird die Portfoliosteuerung vereinfacht: Welche Auswirkungen hat ein Zinsanstieg des 3-Monats Euribor auf mein Portfolio? Auf welche Kreditgeber entfallen welche Nominalbeträge? Wie entwickelt sich der Durchschnittszinssatz meines Portfolios in einem Schockszenario? Diese und zahlreiche weitere Fragen beantwortet der umfangreiche Analysebereich spielend - in grafischer Form und selbstverständlich auch in exportierbarer Tabellendarstellung.

S-Kompass basiert auf den Erfahrungen der „Kommunalen Verschuldungsdiagnose“, mit der die Sparkassen-Finanzgruppe in den vergangenen drei Jahren über 1.000 Kommunen dabei unterstützt hat, ihre Kommunalfinanzen zu analysieren, strukturieren und im Ergebnis auch zu optimieren. S-Kompass ist über alle Sparkassen erhältlich. ❐

Bayerischer Sparkassentag in Bad Gögging:

Sparkassen als Vertrauensgeber für Menschen und Wirtschaft

Aus Anlass der 150-Jahr-Feierlichkeiten der Befreiungshalle begingen die bayerischen Sparkassen ihren Sparkassentag 2013 im Landkreis Kelheim, genauer in Bad Gögging. Der Präsident des Sparkassenverbandes Bayern Theo Zellner bezeichnete das Kelheimer Denkmal der Befreiungskriege von 1813 als „ein Symbol für die Geschlossenheit und den gemeinsamen Erfolg der damaligen deutschen Staaten". 18 Kolossalstatuen an der Außenfassade stünden als Allegorien für die deutschen Volksstämme bzw. Regionen. Ähnlich verstehe sich die „Marke Sparkasse", stehe doch auch sie für Regionalität und den gemeinsamen Erfolg der Sparkassen in Bayern und in Deutschland.

Beim Sparkassentag 2013 zeigte sich Präsident Zellner „in erster Linie froh darüber, „dass es uns nach langwierigen Verhandlungen mit der EU-Kommission im Sommer 2012 gelungen ist, die Restrukturierung der BayernLB abzuschließen und ein mögliches EU-Beihilfeverfahren, das lange Zeit wie ein Damoklesschwert über uns geschwebt ist, abzuwenden". Damit hätten einige Unsicherheiten für die bayerische Organisation aus dem Weg geräumt werden können.

Anteilseignervertrag

Im Rahmen der Einigung mit der EU-Kommission hätten die Sparkassen zum Jahresbeginn ihren langjährigen und erfolgreichen Partner in Bausparfragen, die LBS Bayern, erworben. Zudem werde aktuell die Kapitalerhöhung bei der BayernLB Holding AG vorgenommen. Die Beteiligung der bayerischen Sparkassen an der Bank werde sich damit auf 25 % erhöhen. Das Verhältnis zwischen den Eigentümern sei jetzt in einen Anteilseignervertrag gegossen. Zellner hofft, in der Kooperation mit der Bank wieder in ruhigere Fahrwasser zu kommen.

Die bayerischen Sparkassen mussten in den vergangenen zwölf Monaten einige Belastungen stemmen. Auch der konjunkturelle Rückenwind habe sich abgeschwächt. Dennoch sei die wirtschaftliche Lage in den Häusern gut. Stabil stehe auch der bayerische Mittelstand da mit einer weiterhin guten Ertragslage. Er sei auch künftig der zentrale Erfolgsfaktor der deutschen und bayerischen Wirtschaft.

Anhaltende Niedrigzinsphase

Nachdenklich stimme die anhaltende Niedrigzinsphase mit der erst kürzlich erfolgten Zinssenkung der EZB auf nahe Null, fuhr Zellner fort. Zum einen führe sie im gesamten Bankensektor, und damit natürlich auch im Sparkassenlager, zu einer Belastung der Ertragssituation. Beunruhigender aber sei, dass ein dauerhafter Zins unterhalb der Inflationsrate gravierende volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Schäden mit sich bringt.

„Nachdem nun der Scheitelpunkt der Finanzkrise überwunden zu sein scheint, fordern wir, dass die Zinsen wieder auf Normalniveau zurückkehren", so Zellner. „Unsere Position ist hier sehr deutlich: Ja zur Solidarität, aber nicht zulasten der Stabilität und der Soliden." Die „Förderung des Spargedankens in der Bevölkerung" sei ein fast schon archaischer Aspekt des öffentlichen Auftrags als Sparkassen. Sparen habe nach wie vor für die persönliche Zukunftsgestaltung eine herausragende Bedeutung. Zellner: „Das zu vermitteln, ist unsere Aufgabe als Sparkasse. Wir müssen den Menschen ein Finanzkonzept anbieten, insbesondere mit Verbundpartnern!"

Erschwerte Kommunalfinanzierung

Anfang 2014 wird die EU-Kapitalrichtlinie CRD IV in Kraft treten. Letztendlich werden Zellner zufolge die Besonderheiten der Sparkassen-Finanzgruppe berücksichtigt, indem Mittelstandskredite nicht mit zusätzlichen Kapitalanforderungen belegt werden. „Damit sind wir sehr zufrieden. Was uns allerdings ein wenig Sorge macht, ist die Tatsache, dass die Basel III-Regeln die Kommunalfinanzierung erschweren und für eine stärkere Zurückhaltung bei der Kreditvergabe sorgen."

Für stabilitätsorientierte Geldpolitik

Erneut mahnte der Verbandspräsident eine stabilitätsorientierte europäische Geldpolitik an. „Wir halten es für einen Irrglauben, zu erwarten, dass weitere Zinssenkungen positive Wirtschaftsimpulse hervorrufen", so Zellner. Die Europäische Zentralbank müsse eine Geldpolitik betreiben, die Stabilitätsrisiken für die Zukunft vermeide und die Niedrigzinsphase beende.

Um die Sparer in Deutschland zu schützen, warnte er erneut, dass es eine gemeinsame Einlagensicherung nicht geben dürfe, denn sie würde das Vertrauen in die deutsche Einlagensicherung erheblich beschädigen und damit auch die EU-Finanzarchitektur destabilisieren. „Nationale Institutssicherungssysteme müssen erhalten bleiben, jeder Mitgliedsstaat muss die Sicherheit der Einlagen auf einem europäischen Mindestniveau aus eigener Kraft sicherstellen", erklärte der Sparkassenchef.

Die derzeitigen Pläne zur Umsetzung eines einheitlichen Abwicklungssystems bezeichnete Zellner als heikel. Mit einer gemeinsamen Bankenaufsicht durch die EZB, der Rekapitalisierung durch den ESM, einer Bankenabwicklung bei der EU-Kommission – finanziert durch alle Euro-Staaten – entstehe ein Kompetenzwirrwarr auf europäischer Ebene, das beseitigt werden müsse, damit Glaubwürdigkeit für das Gesamtkonzept der Bankenunion entstehen könne.

Auf sicherem Pfad

Vor dem Hintergrund europäischer Politik und internationaler Regulierungsfragen sieht Zellner die bayerischen Sparkassen auf einem sicheren Pfad als stabile Vertrauensgeber für die Menschen und die Wirtschaft in ihren Regionen. Auch aktuelle Umfragen bescheinigten den Sparkassen hohe Vertrauenswerte: So sind die Sparkassen mit 84 Prozent Zustimmung beim Thema „Vertrauen" Spitzenreiter innerhalb der Bankenbranche (GPRA-Vertrauensindex 5/2013). Die Sparkassen werden auch im Firmenkundengeschäft als vertrauenswürdigstes Kreditinstitut in Bayern anerkannt (Sersch-Studie).

Die Sparkassen genießen das ihnen entgegengebrachte Vertrauen und geben ihren Erfolg stets zurück in ihre Heimatregionen. Aktuell ist der Bedarf nach Unterstützung und Förderung am größten im Bereich der Hochwasserhilfe. Hier haben die gemeinwohlorientierten, regional engagierten Sparkassen aus ganz Bayern ein Spendengesamtvolumen von mehr als einer Million Euro bereitstellen können.

Klare Verhältnisse

Bayerns Finanzminister Dr. Markus Söder wies an Theo Zellner gerichtet darauf hin, dass man gemeinsam „ein nicht einfaches Stück Wegstrecke" zurückgelegt habe. Bei seinem Amtsantritt als Finanzminister habe die Kernherausforderung darin bestanden, das EU-Beihilfeverfahren abzuwenden. Mit Erfolg: „Wir haben uns klug aufgestellt und uns ist es gelungen, ein Finanzierungsmodell dauerhaft zu stabilisieren."

Mit Blick auf den neuen Anteilseignervertrag sprach Söder von nunmehr klaren Verhältnissen zwischen den Eigentümern der Bayerischen Landesbank. Es handle es sich hier um eine „saubere, vertragliche Vereinbarung". Freistaat und Sparkassen rückten noch enger zusammen.

Wichtiger Schritt für BayernLB

Künftig sind der Freistaat zu 75 % und die Sparkassen zu 25 % an der Landesbank beteiligt. Nach dem erfolgreich abgeschlossenen EU-Beihilfeverfahren sei die Unterzeichnung nun ein weiterer wichtiger Schritt für die erfolgreiche Weiterentwicklung der BayernLB. Im neuen Anteilseignervertrag seien unter anderem ein Gewinnvorzug des Freistaats Bayern bezüglich Beihilferückzahlungen der BayernLB und die Neubesetzung des Aufsichtsrats (Sparkassen bekommen zusätzlichen Vertreter im Aufsichtsrat) geregelt. Die Sparkassen bekommen demzufolge nicht nur einen zusätzlichen Vertreter im Aufsichtsrat; auch wird der künftige Stellvertreter des Aufsichtsrats der Landesbank ein Vertreter der Sparkasse sein. Für den Minister eine „selbstverständliche Maßnahme".

Söder zeigte sich froh darüber, dass Einlagenfonds verhindert wurden. Seiner Ansicht nach wäre dies ein Blankoscheck gewesen für diejenigen Staaten, die keine Reformen auf den Weg bringen. Zudem riet der Minister zur Vorsicht bei der Bankenaufsicht.

„Selbst wenn wir lokal arbeiten, sind wir international vernetzt", fuhr Söder fort. Deutschland sei in Europa die Nummer eins und der Stabilitätsanker innerhalb Europas. Bayern wiederum stelle den Stabilitätskern dar. Somit gelte es auch weiterhin, die Konjunktur zu stabilisieren, die Wirtschaft zu stimulieren und Deutschland zu stärken.

Diverse Aufsichtsstrukturen

Aus der unmittelbaren Arbeit an den Gesetzesvorlagen in Brüssel berichtete schließlich der CSU-Europaabgeordnete Markus Ferber. Seinen Ausführungen zufolge habe sich herausgestellt, „dass es nicht sinnvoll ist, zwar einen gemeinsamen Markt für Finanzprodukte zu haben, das Ganze aber mit 27, zum Teil sehr unterschiedlich ausgestalteten Aufsichtsstrukturen, zu bewerkstelligen". Dieser Aufgabe müsse man sich in dieser Legislaturperiode auf europäischer Ebene stellen.

Ferber sprach von der Notwendigkeit, „einheitliche Spielregeln auf europäischer Ebene nicht nur zu verabreden, sondern auch zu etablieren". Es gelte, Gleiches in ganz Europa gleich zu bewerten. „Wenn der Markt für Finanzprodukte ein gemeinsamer ist, muss auch eine gemeinsame Aufsichtsstruktur vorhanden sein."

Basel III bezeichnete der Europaabgeordnete als „eine Trendwende zu all dem, was in den vergangenen Jahren regulatorisch stattgefunden hat". Basel III werfe die Frage auf, wie man dafür sorgen kann, „dass die Banken selbst ihre Risiken besser tragen können, damit nicht der Steuerzahler sofort gerade stehen muss". Das Europaparlament habe dafür gesorgt, „dass dies nicht zu Lasten derer geht, die in der Krise bewiesen haben, nicht krisenanfällig zu sein".

Das Ringen um eine Lösung bei der Bewertung von Mittelstandskrediten sei zwar schwierig gewesen, letztlich aber doch erfolgreich verlaufen. „Entscheidend ist, dass es am Ende nicht bei jenen zu einer Kreditklemme kommt, die die Triebfeder sein sollten, um wieder Wachstum zu generieren." Zudem habe das Europäische Parlament mit dafür gesorgt, dass Kommunalkredite weiterhin freigestellt sind. Eigenkapitalunterlegung bei öffentlichen Anleihen als nötig, bei Staatsanleihen jedoch als nicht notwendig zu erachten, wäre Ferber geradezu absurd erschienen. **DK**

Sparkassen stärken ihr Engagement bei der BayernLB

Mit der Unterzeichnung einer Vereinbarung zwischen dem Freistaat Bayern und dem Sparkassenverband Bayern wurden die Rechtsbeziehungen zwischen den Anteilseignern auf eine neue Grundlage gestellt. Nach der darin vereinbarten Kapitalerhöhung werden die bayerischen Sparkassen künftig wieder mit rund 25 Prozent an der BayernLB beteiligt sein.
Staatsminister Dr. Markus Söder (l.) und Sparkassenpräsident Theo Zellner unterzeichneten die Vereinbarung der BayernLB-Anteilseigner. Mit der Kapitalmaßnahme wird die letzte Zusage gegenüber der EU-Kommission im Beihilfeverfahren zur BayernLB erfüllt. Bereits zum Jahreswechsel 2012/2013 hatten die Sparkassen die LBS Bayerische Landesbausparkasse von der BayernLB erworben. ❐

Dr. Ulrich Netzer wird nächster SVB-Präsident

Der Verbandsverwaltungsrat des Sparkassenverbands Bayern hat in seiner jüngsten Sitzung die Nachfolge von Präsident Theo Zellner geregelt, dessen Amtszeit am 30. April 2014 endet. Als neuer Präsident wird zum 1. Mai 2014 Dr. Ulrich Netzer, Oberbürgermeister der Stadt Kempten, den Vorsitz im Vorstand des Sparkassenverbands Bayern übernehmen.

Finanzpolitische, steuerliche und betriebswirtschaftliche Inhalte prägen die Berufslaufbahn des promovierten Juristen. Als Verwaltungsratsvorsitzender der Sparkasse Allgäu, langjähriges Mitglied des Verbandsverwaltungsrats des Sparkassenverbands Bayern und Mitglied des Sparkassenbeirats der Bayerischen Sparkassenstiftung ist Ulrich Netzer bereits heute intensiv in die Entscheidungen der Sparkassen-Finanzgruppe Bayern eingebunden.

Laut Theo Zellner „wird mit Dr. Netzer ein ausgewiesener Finanzfachmann mit hervorragender regionalpolitischer Erfahrung die Aufgabe übernehmen, die dann 71 kommunal verankerten bayerischen Sparkassen zu fördern und innerhalb wie außerhalb des Verbunds der Sparkassen-Finanzgruppe zu vertreten". **DK**

Kommunen und öffentliche Betriebe SEPA-sicher machen

Nötige Umstellungen im Zahlungsverkehr verursachen deutlichen Aufwand

Ob Abfallgebühren, Hundesteuer oder Musikschulbeiträge - Kommunen und öffentliche Einrichtungen nutzen bisher die aufwandsarme und bewährte Einzugsermächtigung. Was bislang ein bequemes und einfaches Verfahren war, stellt jetzt viele Gebietskörperschaften vor große Herausforderungen. Denn die Umstellung des Zahlungsverkehrs auf das neue SEPA-Verfahren zum 1. Februar 2014 legt gerade denjenigen, die Lastschriften einziehen, eine Vielzahl neuer Pflichten auf.

Das Gesetz will es so - und es gibt keinerlei Übergangsfrist: Ab dem Stichtag werden sämtliche deutschen Banken nur noch dann Zahlungen per Lastschriftverfahren durchführen, wenn die Zahlungsempfänger zuvor schriftliche Einzugsermächtigungen nach SEPA-Standard vorliegen haben. Im öffentlichen Bereich hat diese Form der Zahlungsabwicklung eine lange Tradition und eine breite Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern. Viele Lastschriften aber bedeuten schlichtweg viele Umstellungsschritte. Will die Kommune oder der Kommunale Betrieb Risiken auf der Einnahmenseite minimieren, sind einige Dinge zu tun.

SEPA-sichere Einzugsermächtigungen einholen

Wer weiterhin Geld einziehen möchte, für den gilt: Ohne eine schriftlich vorliegende Einverständniserklärung des Schuldners ist dies nicht (mehr) möglich. Für Kommunen und öffentliche Betriebe bedeutet dies, dass sie zuerst überprüfen müssen, ob die bisherigen Einzugsermächtigungen in schriftlicher Form vorliegen. Liegt die Einzugsermächtigung mit Unterschrift vor, dann kann diese in ein SEPA-Mandat „gewandelt" werden. Über diese Umwandlung ist der Kunde schriftlich zu informieren. Für diesen Zweck gibt es Vorlagen nach den Vorgaben der Deutschen Bundesbank, die beispielsweise die DATEV eG für ihre Kunden aus dem Public Sector bereitstellt.

Formanforderungen

Bei den mit den bisherigen Abbuchungsaufträgen vergleichbaren SEPA-Firmenlastschriften gelten allerdings andere Vorgaben. Für diese müssen immer neue SEPA-Lastschriftmandate eingeholt und vom Zahlungspflichtigen der Bank vorgelegt werden. Liegt die Einzugsermächtigung nicht in Papierform mit Unterschrift vor, dann muss der Kunde erneut angeschrieben und ein unterschriebenes SEPA-Mandat eingeholt werden. Hierbei sind einige Formanforderungen zu beachten.

So muss das SEPA-Lastschriftmandat neben der Unterschrift des Kunden einen verbindlichen Text enthalten - das Muster dafür findet sich auf der Seite der Deutschen Bundesbank. Zudem müssen eine so genannte Gläubigeridentifikations- und eine Mandatsreferenznummer auf dem Schriftstück ausgewiesen werden.

Mit dem Vorliegen des korrekten Lastschriftmandats allein ist noch nicht allen Formalia Genüge getan. Vielmehr müssen Kommunen im SEPA-Lastschriftverfahren künftig sowohl ihren Kunden als auch der Bank ankündigen, dass sie Abbuchungen vornehmen werden - den Kunden mindestens 14 Tage im Voraus. Durch eine Vereinbarung mit dem Kunden über die Allgemeinen Geschäftsbedingungen, die Satzung oder eine andere Form der Bekanntmachung haben Kommunen und öffentliche Betriebe aber die Möglichkeit, diese Frist auch kürzer zu gestalten.

Abbuchungen formal korrekt ankündigen

Beim Kunden bzw. Bürger genügt es nach entsprechender Vereinbarung, diese so genannte Pre-Notification als Textbaustein in die Rechnung oder den Bescheid einzutragen. Bei den Kreditinstituten muss die Vorankündigung beim ersten Einzug mindestens fünf Tage vorher vorliegen. Dies geschieht, in dem der Auftrag entsprechend früher an die Bank übersandt wird.

Die Pre-Notification muss eine Reihe von Angaben enthalten, darunter die Gläubiger-ID, die Mandatsreferenz, den oder die Beträge, die abgebucht werden sollen sowie den oder die Termine, zu denen abgebucht werden soll. Die Gläubigeridentifikationsnummer vergibt die Deutsche Bundesbank; sie kann online dort beantragt werden. Die Mandatsreferenznummer definiert dagegen jede Kommune selbst. Letzteres klingt erst einmal harmlos und sympathisch, wird aber für Städte und Gemeinden schnell kompliziert. Angesichts der Fülle an Abgaben und Gebühren, die sie einziehen, belasten sie bei ein und demselben Einwohner dazu häufig verschiedene Konten. Das verpflichtet sie gemäß SEPA nun dazu, unterschiedliche Mandatsreferenznummern für denselben Bürger zu verwenden. Die Herausforderung besteht darin, für diese Nummern ein plausibles System zu entwickeln.

Kompetente Hilfestellung leisten - nicht nur an dieser Stelle - die Steuerberater: Sie kennen zum einen die Zahlungsströme der von ihnen beratenen Kommunen und öffentlichen Betriebe und wissen zum anderen, welche Anforderungen der SEPA-Zahlungsverkehr mit sich bringt. Zudem kann der Steuerberater gegebenenfalls eine Beratung der DATEV zu SEPA einbeziehen. Der IT-Dienstleister bietet zudem unter www.datev.de/sepa nutzwertig aufbereitete Informationen zu den vielen Details rund um SEPA.

Die automatisierte Kontenumstellung überprüfen

Neben der Aufbereitung der SEPA-Lastschriftmandate und der Ergänzung ihrer Prozesse um die standardisierte Pre-Notification sollten Kommunen und öffentliche Betriebe zudem zeitnah prüfen, ob ihre eingesetzten Programme etwa für das Rechnungswesen oder den Zahlungsverkehr bereits SEPA-fähig sind, das heißt unter anderem mit den neuen internationalen Kontonummern und Bankleitzahlen umgehen können. Im Idealfall bieten sie außerdem eine automatische Umstellung der Kontendaten. So sorgt in den von Kommunen eingesetzten kaufmännischen Softwarelösungen der DATEV eG der IBAN-Assistent bereits seit Anfang dieses Jahres dafür, dass Nutzer in den relevanten Anwendungen alle Kontodaten per Knopfdruck in das neue Format transferieren können.

Eine Prüfung automatisiert umgestellter Kontodaten ist aber anschließend in jedem Fall notwendig, wie Frank Billet, zuständig für die SEPA-Umstellung der Kunden der DATEV eG im Public Sector, weiß: „Es können immer Ausnahmefälle auftauchen, die sich nicht automatisch übertragen lassen. So gibt es von der Bundesbank zurzeit noch für eine ganze Reihe von Sonderkonten keine Möglichkeit der automatischen Umstellung, beispielsweise für Spendenkonten mit einprägsamen Formaten à la 4444."

Die manuelle Überprüfung der umgewandelten Daten ist nicht zuletzt deshalb wichtig, weil die Banken mit der Einführung von SEPA nicht mehr verpflichtet sind, einen sogenannten Namen-Nummern-Vergleich durchzuführen. Durch diesen Haftungsausschluss trägt am Ende jede Kommune selbst dafür die Verantwortung, dass ihre Daten korrekt sind - und kann bei Falschzahlungen niemanden in Regress nehmen.

Die eigenen neuen Kontodaten kommunizieren

Um auch den Bürgern die Möglichkeit zu geben, sich beizeiten an die neuen Kontodaten ihrer Kommune zu gewöhnen, tun Städte und Gemeinden gut daran, ihre IBANs und BICs schon jetzt auf sämtlichen Veröffentlichungen anzubringen und darauf hinzuweisen. Die Nummern finden sich schon seit geraumer Zeit auf allen Kontoauszügen und Karten, die die Banken ausstellen. ❐

Die Umstellung des Zahlungsverkehrs auf das neue SEPA-Verfahren zum 1. Februar 2014 wird viele Gebietskörperschaften vor enorme Herausforderungen stellen. ❐

Genossenschaftsverband Bayern:

Konrad Irtel als Vorsitzender des Verbandsrats bestätigt

Der Verbandsrat des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB) hat Konrad Irtel einstimmig als seinen Vorsitzenden wiedergewählt. Mit dem Vorsitz ist auch das Amt des ehrenamtlichen GVB-Verbandspräsidenten verbunden. Die turnusgemäße Wahl bildet den Abschluss der verbandsinternen Gremienwahlen für die Amtsperiode 2013 bis 2017.

Irtel ist Vorstandssprecher der VR Bank Rosenheim-Chiemsee eG. Der 59-Jährige gehört dem Verbandsrat des GVB seit 1996 an. Seit 2008 ist er Vorsitzender des Gremiums. Dem Verbandsrat obliegt die Überwachung der Geschäftsführung des Vorstands.

Konrad Irtel. ❐

Neu zum stellvertretenden Vorsitzenden des GVB-Verbandsrats wurde Manfred Geyer, Vorstandsvorsitzender der Raiffeisen Volksbank eG Gewerbebank Ansbach, gewählt. Er folgt damit auf Manfred Nüssel, Präsident des Deutschen Raiffeisenverbands, der satzungsbedingt durch das Erreichen der Altersgrenze aus dem Gremium ausschied. Zusammen mit dem wiedergewählten stellvertretenden Vorsitzenden Rainer Schaidnagel, Vorstandsmitglied der Raiffeisenbank Kempten eG, komplettiert Geyer das GVB-Präsidium.

Der GVB repräsentiert 1.237 Mitgliedsunternehmen. Dazu gehören 292 Kreditgenossenschaften mit einer Bilanzsumme von 132,9 Milliarden Euro sowie Genossenschaften aus dem landwirtschaftlichen und dem gewerblichen Bereich mit mehr als 11,4 Milliarden Euro Gesamtumsatz (Stand: 1. Januar 2013). Die genossenschaftlichen Unternehmen in Bayern haben rund 2,8 Millionen Mitglieder. ❐

Zappeln in der Schuldenfalle

Aktionswoche Schuldnerberatung: Warnung vor Kreditvermittlern

Main-Spessart. Uwe Burkert (Name geändert) ist keiner, dem das Geld durch die Finger rinnen würde. Dennoch hat sich der 43 Jahre alte Metallarbeiter verschuldet. „Weil er längere Zeit kurzarbeiten musste, konnte er die Raten der Eigentumswohnung nicht mehr zahlen", erklärt Christian Maltry, Leiter der kommunalen Schuldnerberatungsstelle. Ähnlich wie ihm geht es vielen Menschen im Landkreis, so der Berater im Zuge der „Aktionswoche Schuldnerberatung", die vor kurzem stattfand.

Burkert hat gute Chancen, sein Girokonto bald zu füllen. Soll er doch in Kürze wieder normal arbeiten und verdienen können. Die Bank macht dennoch immensen Druck. Sie will, dass die Schulden wie vereinbart abbezahlt werden.

„Soll ich mir denn das Geld aus den Rippen schneiden?", klagte der Main-Spessart-Bürger gegenüber Maltry. Dem sind solche Fälle gut bekannt. 553 verschuldete Menschen aus dem Landkreis werden aktuell von ihm und seinen beiden Kollegen betreut. Die Zahl ist trotz guter wirtschaftlicher Lage in Main-Spessart hoch. Maltry: „Die viel propagierte positive Entwicklung kommt nun mal nicht bei jedem an." Dass so viele Menschen ihren finanziellen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen können, liege nicht zuletzt an der wachsenden Zahl prekärer Arbeitsverhältnisse.

Wer etwa Pakete oder Pizzas ausfährt, um sich aus der Arbeitslosigkeit zu retten, wird oft mit Stundenlöhnen von acht Euro oder noch weniger abgespeist. Durch solche schlecht bezahlten Jobs können Menschen, die sich diesmal niemals hätten träumen lassen, in die Verschuldung hineingeraten.

Anlässlich der „Aktionswoche Schuldnerberatung 2013" warnte Maltry davor, sich in seiner Not an Kreditvermittler oder unseriöse Schuldenregulierer zu wenden. Die Versuchung ist groß. Auch Uwe Burkert war nahe daran, das Angebot eines Kreditvermittlers in Anspruch zu nehmen. Denn er kam nicht nur wegen seiner Eigentumswohnung in die Bredouille. Er hatte auch noch Ratenzahlungen bei einem Handyanbieter zu leisten. Das Auto war ebenfalls noch nicht abbezahlt. „Viele unserer Klienten müssen, wie er, gleich mit mehreren Bällen jonglieren", so Maltry. Was sie überfordert. Doch Kreditvermittler machen das Übel meist noch schlimmer.

Hoher Zulauf

Wer sich an sie wendet, riskiert, auch noch um die letzten hundert Euro gebracht zu werden. Ein Trick unseriöser Kreditvermittler ist zum Beispiel, unnütze Unterlagen per Nachnahme zu verschicken. Dass verschuldete Menschen mit 400 oder gar 800 Euro in Vorkasse gehen, um an schnelles Geld zu kommen, sei keine Seltenheit. Deutschlandweit wuchs die Problematik. Maltry: „Inzwischen gibt es rund 1.100 Schuldnerberatungsstellen und mindestens so viele gewerblich Kreditvermittler und Schuldenregulierer." Die erfahren auch deshalb hohen Zulauf, weil die Schuldnerberatungsstellen aufgrund knappen Personals lange Wartelisten haben.

Wegen dieser Wartelisten kommt zwar niemand in Teufels Küche: „Es gibt eine Krisenintervention, die sofort greift, wenn jemand in echte Not geraten ist." Wenn etwa Zwangsräumung oder die Vollstreckung drohen. Doch auf ein ausführliches Beratungsgespräch muss man derzeit bis zu neun Monaten warten.

Wobei Anfang Mai personell aufgestockt wurde, weshalb die Wartezeit in Kürze sinken wird. Für diejenigen, die zum Erstgespräch kommen, nehmen sich die Schuldnerberater im Landratsamt auch viel Zeit. Mindestens eine, oft sogar eineinhalb Stunden Zeit. Bei diesem Gespräch geht es um den Abbau der abgelaufenen Schulden, oft aber auch prinzipiell um den Umgang mit Geld im Alltag.

Dass Menschen umziehen müssten, weil sie die Miete nicht mehr bezahlen können, jedoch keine Wohnung finden, ist ein in größeren Städten derzeit gravierendes Problem. Teilweise sind aber auch Bürger aus Main-Spessart betroffen. Maltry: „Besonders dramatisch ist momentan die Situation in Marktheidenfeld." Anders als etwa in Würzburg finden Main-Spessart-Bürger zwar meist irgendwo im Landkreis eine Wohnung, die sie sich leisten können. Jedoch dann oft in einer Gemeinde, in die sie nie hinziehen wollten. Wer gar nicht fündig wird, den versuchen die Schuldnerberater zu unterstützen: „Zum Beispiel, in dem wir Wohnungsbaugenossenschaften kontaktieren." **Pat Christ**

Etwa 6,6 Millionen Bundesbürger sind laut der Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung der Verbände in Deutschland von Überschuldung betroffen. Die Zahl der Beratungsstellen sowie die der Berater reiche bei weitem nicht aus, um den Beratungsbedarf zu decken. Überschuldete oder von Überschuldung bedrohte Menschen aus Main-Spessart können sich an die Schuldnerberatung des Landkreises im Landratsamt wenden.
Kontakt: 09353/793-1134 oder Schuldnerberatung@Lramsp.de. pat

Preisexplosion bei Architekten- und Ingenieurleistungen:

Bürger zahlen die Zeche

Bayerischer Gemeindetag: Sparsamer Umgang mit Steuergeldern wird torpediert

Empört äußerten sich die Mitglieder des Landesausschusses des Bayerischen Gemeindetags über die Zustimmung der Bayerischen Staatsregierung zur Reform der Honorarverordnung der Architekten- und Ingenieurleistungen (HOAI) auf ihrer Sitzung in München.

„Auf Bayerns Gemeinden und Städte rollt eine Preisexplosion gewaltigen Ausmaßes zu. Die beschlossenen Honorarsteigerungen werden dringend notwendige Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen, wie den Bau von Straßen, Schulen oder Kindergärten, deutlich erschweren" sagte Erster Vizepräsident Josef Mend.

„Die Staatsregierung kann nicht von uns sparsames Haushalten einfordern, wenn sie selbst im Bundesrat für solch unglaubliche Honorarsteigerungen grünes Licht gibt. Wichtige Baumaßnahmen können nun nicht begonnen oder erst verzögert in Angriff genommen werden, weil viele Kommunen wegen der desolaten Haushaltssituation die Belastungen durch doppelt und dreifach überhöhte Honorare nicht schultern können. Letztlich zahlen die Bürgerinnen und Bürger die Zeche", so Mend..

Zustimmung des Bundesrats

Kürzlich hat der Bundesrat mit den Stimmen Bayerns den Verordnungsentwurf der Bundesregierung zur Reform der Honorarordnung für Architekten- und Ingenieurleistungen (HOAI) zugestimmt. Nach vier Jahren Vorbereitung in Arbeitsgruppen und Gutachten hat das federführende Bundeswirtschaftsministerium eine Verordnung durchgeboxt, die zweistellige Honorarerhöhungen unter anderem bei der Flächenplanung beinhalten. Entgegen dem Rat der Sachverständigen wurden die Bezugsgrößen verändert und die Honorarwerte erhöht, so dass ein Bauleitplan mit einfachen Anforderungen bei einem Gebiet von zehn Hektar jetzt statt bisher 8.400 Euro künftig 24.300 Euro kosten wird. Selbst das Mindesthonorar bei einfachen Plänen steigt von 472 Euro auf 5.000 Euro. ❐

Lebenshilfe-Schule in Schonungen:

Grundstück frei von Altlasten

Landrat übergibt Sanierungsdokumentation

Landkreis Schweinfurt - Was die einen in diesem Jahr noch vor sich haben, hat die Schule der Lebenshilfe in Schonungen bereits hinter sich: Das komplette Areal der Schule ist nach der Sanierung frei von Altlasten. Die Bestätigung dafür haben die Schüler und Schuldirektor Thomas Kötzel nun auch schwarz auf weiß. Im Rahmen des Sommerfestes hat Landrat Florian Töpper dem Schuldirektor die amtliche Sanierungsdokumentation überreicht.

Die Sanierungsdokumentation beschreibt die getroffenen Maßnahmen und bestätigt die Altlastenfreiheit des Schulgrundstücks. Im Rahmen der Sattler-Altlast wurde im vergangenen dreiviertel Jahr das Grundstück der Lebenshilfe nicht nur von Altlasten befreit, sondern ebenso wieder hergerichtet. Landrat Töpper war besonders erfreut, dass trotz mancher Verzögerungen und daraus resultierender erheblich längerer Bauzeit mit der Schulleitung stets eine direkte und offensive Kommunikation herrschte.

Schnelle Problemlösungen

Selbst in manchmal kritischen Situationen sei stets ein sachliches Gespräch möglich gewesen, das jeweils zu schnellen Problemlösungen beigetragen habe, so Landrat Töpper. „Ein besonderer Dank geht hier auch an den Schulhausmeister Erwin Stark, der als guter, manchmal auch fordernder Geist, vieles vor Ort und vor allem auf kurzem Wege geregelt hat“, sagte Töpper.

Neugestaltung

Darüber hinaus zeigte sich der Landrat vom wiederhergestellten Gelände, das als eine Vorschau für das gesamte Sanierungsgebiet in Schonungen angesehen werden kann, beeindruckt. Am Beispiel der Lebenshilfe könnten die betroffenen Bürger bereits sehen und sich darauf freuen, was in der nächsten Zeit entstehen wird, so Landrat Töpper. Nach Abschluss der notwendigen Altlastensanierung wird in Schonungen durch die städtebauliche Neugestaltung ein Quartier mit hoher Lebensqualität entstehen.

Von links: Hausmeister Erwin Stark, Direktor Thomas Kötzel, Thomas Benz vom Landratsamt Schweinfurt und Landrat Florian Töpper. Bild: Landratsamt Schweinfurt

Kompetente Ansprechpartner

Als Erinnerung an die Altlast und deren Bewältigung, aber vor allem als kleinen Beitrag zur weiteren Verschönerung des Grundstücks übergab Landrat Töpper Schuldirektor Thomas Kötzel noch einen schnell wachsenden Baum.

Thomas Kötzel bedankte sich ausdrücklich für die Bemühungen des Landratsamtes während der Sanierung. „Auch bei Problemen haben wir stets einen kompetenten Ansprechpartner vorgefunden, der innerhalb eines Tages vor Ort war und die Probleme, sofern dies möglich war, schnell gelöst hat“, erinnerte sich Kötzel. Einen Dank richtete er auch an die Bauleitung und die Mitarbeiter der Baufirma vor Ort, die für die Wünsche der Schule stets ein offenes Ohr hatten. ❒

Ein Jahr Kreislaufwirtschaftsgesetz

VKU: Solide Grundlage für eine nachhaltige Abfallwirtschaft
BDE: Stillstand statt Fortschritt

Vor etwa einem Jahr, am 1. Juni 2012, war das Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) nach einem über zwei Jahre andauernden Gesetzgebungsverfahren und einer bis zuletzt scharfen Auseinandersetzung in Kraft getreten. Trotz einiger Änderungen, die vielfach auf eine Umsetzung der europäischen Abfallrahmenrichtlinie 2008/98/EG (AbfRRL) zurück zu führen sind, blieben die bekannten Grundstrukturen des Abfallrechts auch im neuen KrWG erhalten.

Hans-Joachim Reck, Hauptgeschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU), zieht eine positive Bilanz: „Der Gesetzgeber hat mit der Novelle eine solide Grundlage für eine nachhaltige Abfallwirtschaft geschaffen. Wichtig und richtig war es, dass die kommunale Überlassungspflicht für Haushaltsabfälle, einschließlich der darin enthaltenen Wertstoffe, bestätigt wurde. Die Rosinenpickerei von Wertstoffen durch private Entsorger kann so wirksam unterbunden werden, und die Erlöse kommen den Gebührenzahlern zugute.“

Rechtsunsicherheit

Ganz anders sieht das BDE-Präsident Peter Kurth: „Wir vermissen einerseits ambitionierte Recyclingquoten, die – weil es um das Ziel 2020 geht – über das bereits heute in Deutschland erreichte Maß von 65 Prozent hinausgehen, sowie ein klares Bekenntnis zur stofflichen Verwertung durch strikte Umsetzung der fünfstufigen Abfallhierarchie. Andererseits sind unsere Befürchtungen hinsichtlich gestiegener Rechtsunsicherheit und der weitgehenden Verdrängung der gewerblichen Sammlung leider begründet gewesen. Insbesondere etliche kleinere Sammler von Schrott und Alttextilien sind bereits jetzt in ihrer Existenz bedroht. Eine Durchführungsverordnung wäre zur Verringerung der Rechtsunsicherheit unverändert hilfreich“

Der VKU hatte sich gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden in den Verhandlungen um das KrWG insbesondere dafür eingesetzt. Der BDE Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft e. V. hat nach einem Jahr Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) eine kritische Bilanz gezogen. Der Verband geht zwar davon aus, dass die von sechs Umwelt- und fünf Wirtschaftsverbänden in Brüssel eingereichten Beschwerden gegen das KrWG erfolgreich sein werden. Die Frage, ob im Rahmen eines Vertragsverletzungsverfahrens das KrWG im Bundestag neu zu verhandeln ist, wird von der EU-Kommission erst nach Bewertung der Umsetzungsakte aller Mitgliedsstaaten entschieden.

Kompromiss

„Aus Sicht des VKU stellt das geltende KrWG einen soliden Kompromiss zwischen kommunalen und privaten Entsorgern dar“, so Reck. Kommunale Überlassungspflichten bedeuten nicht, dass private Entsorger vom Markt ausgeschlossen sind. Reck weiter: „Die Kommunen vergeben rund 60 Prozent der Entsorgungsleistungen an private, meist mittelständisch geprägte Unternehmen. Gerade diese werden durch die neuen Regelungen geschützt, weil Ausschreibungsverfahren durch gewerbliche Sammler nicht mehr unterlaufen werden dürfen.“ Auch an der Europarechtskonformität der Regelung zu den Überlassungspflichten gibt es aus Sicht des VKU keinen Zweifel: „Wir können uns darauf verlassen, dass das KrWG in der Form, wie es Bundestag und Bundesrat verabschiedet haben, europarechtskonform ist. Die EU-Kommission hat die Beschwerden der privaten Entsorgerverbände nicht aufgegriffen.“

Recyclingquote

Das Gesetz sieht zudem ab 2020 eine gesetzlich vorgeschriebene Recyclingquote von 65 Prozent vor. Derzeit werden in Deutschland etwa 63 Prozent der Haushaltsabfälle recycelt. „Bei der Vorgabe der Recyclingquote hätte man ein wenig mutiger sein können. Viele Kommunen übertreffen diese Quote heute schon und werden die Getrennterfassung von Wertstoffen weiter ausbauen“, so Reck.

Die Bereitschaft und die Möglichkeit der Betriebe der Sekundärrohstoffwirtschaft, vor diesem Hintergrund in neue Anlagen zu investieren, nimmt deutlich ab. Peter Kurth: „Wir erwarten, dass Verordnungen, die in der nächsten Zeit auf Basis des KrWG erlassen werden müssen, den Schwächen des KrWG entgegenwirken. Dazu brauchen wir vor allem hohe Quoten für die stoffliche Verwertung von mineralischen, Bio- und Gewerbeabfällen sowie Elektroaltgeräten.“ „Das KrWG war die einzige gesetzgeberische Initiative dieser Legislaturperiode. Angesichts der immer wieder zu Recht betonten Bedeutung der Sekundärrohstoffwirtschaft für den Klima- und Ressourcenschutz ist dies leider etwas wenig“, so der BDE-Präsident.

Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) vertritt über 1.400 kommunalwirtschaftliche Unternehmen in den Bereichen Energie, Wasser/Abwasser und Abfallwirtschaft. Mit 235.000 Beschäftigten wurden 2010 Umsatzerlöse von rund 95 Milliarden Euro erwirtschaftet und etwa 8 Milliarden Euro investiert. Die VKU-Mitgliedsunternehmen haben im Endkundensegment einen Marktanteil von 49,1 Prozent in der Strom-, 58,4 Prozent in der Erdgas-, 77,2 Prozent in der Trinkwasser-, 60,0 Prozent in der Wärmeversorgung und 16,5 Prozent in der Abwasserentsorgung.

Der BDE Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft e. V. wurde am 20. September 1961 in Offenbach gegründet – als Verband des privaten Städtereinigungsgewerbes (VPS). Mit rund 750 Mitgliedsunternehmen jeder Größe – viele von ihnen seit Generationen familiengeführt – ist er der stärkste Interessenverband der privaten Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft in Deutschland und Europa. Der Verband steht für Nachhaltigkeit beim Umgang mit Ressourcen, für Klima- und Umweltschutz. Die Größe und Erfahrung fließen in ein branchenübergreifendes Netzwerk aus über 500 Experten, die in mehr als 30 Arbeitskreisen aktuelle Entwicklungen diskutieren und Lösungen vorantreiben. **Quelle: europaticker**

Berliner Schlackenkonferenz

Die Berliner Schlackenkonferenz am 23. und 24. September 2013 im Seminaris Campus Hotel Berlin fokussiert auf Aschen, Schlacken und Stäube aus der Metallurgie und Abfallverbrennung. In der Plenarsitzung am ersten Tag werden einschlägige Rechtsnormen im deutschen Raum vorgestellt sowie zu technischen und wirtschaftlichen Themen referiert (u. a. zu Nebenprodukten aus Stahlwerken, zertifizierten Flugaschen aus Steinkohlekraftwerken, Rückständen aus thermischen Prozessen und Verwertung mineralischer Sekundärrohstoffe in der Zementindustrie). Am zweiten Tag wird in zwei Parallelveranstaltungen zu Nebenprodukten aus der Metallurgie sowie zu Rückständen aus der Verbrennung von Abfällen und Biomassen berichtet. ❒

Recycling:

Die Stadt als künftige Rohstoffmine

Industrie verarbeitet seit Jahrzehnten Schrott immer wieder zu neuem Metall

Die Nachfrage nach mineralischen Rohstoffen war noch nie so hoch wie heute. Grund ist der angestiegene Verbrauch in den Schwellenländern, aber auch die Entwicklung neuer Technologien. Eine Lösung für zu erwartende Engpässe hierfür bietet das Urban mining.

Das Urban mining soll Rohstoffe, die in unseren Städten verbaut und benutzt werden, identifizieren, wiedergewinnen und in den Kreislauf zurückführen. Diese Methode soll nicht nur auf die bereits vorhandenen Rohstoffe in unseren Städten angewendet werden, sondern vor allem auf die in der Zukunft genutzten Materialien übergreifen. Und dies scheint auch notwendig, denn die globale Nachfrage nach Spezial-Metallen oder seltenen Erden wird sich nach Schätzung von Experten bis 2030 verdreifachen. Und mit dem Recycling unterschiedlicher Abfälle, so haben Forscher im Auftrag des Naturschutzbundes errechnet, ließen sich seit 1990 über 46 Millionen Tonnen Kohlendioxid einsparen.

Materialien aus Bauschutt gewinnen

So verarbeitet die Industrie seit Jahrzehnten Schrott immer wieder zu neuem Metall. Ebenso lassen sich aus Bauschutt Materialien für weitere Bauzwecke gewinnen. Und jedem ist das Recycling von Glas, Papier und Kunststoff in Deutschland bekannt. Folglich können Städte als wahre Rohstoffmine betrachtet werden, und diese gilt es natürlich zu nutzen. Um das Konzept des Urban mining erfolgreich umzusetzen sind nicht nur Städteplaner und Produktentwickler gefragt, sondern auch Architekten, Anlagenbauer und Ingenieure sind für die Reduktion des ökologischen Rucksacks, den jedes Produkt mit sich trägt, verantwortlich. Der ökologische Rucksack nämlich kumuliert sämtliche Auswirkungen, die ein Produkt auf seine Umwelt hat: von der Rohstoffgewinnung, über Herstellung und Logistik bis hin zu Nutzung und anschließender Entsorgung.

„Urban mining“

Beispielhaft an die Methode des Urban mining herangehen möchte jetzt das Management Institut Dortmund (MID). Für das Ruhrgebiet zeichnet sich hierbei eine Chance ab, wirtschaftlich wieder zu wachsen, Unternehmen anzuziehen und damit den Strukturwandel von einer Industrieregion zu einer IT- und Medienregion zu vollenden. Doch das Projekt kostet zunächst viel Zeit, Energie und Umweltbewusstein, wie auch die Etablierung des Urban mining in allen Städten. Wird diese Hürden genommen, so lässt sich durch die neue Methode der befürchtete Rohstoffmangel nicht nur bremsen, sondern auch Städte autark und wirtschaftlich unabhängiger machen. **Quelle: europaticker**

Grüner Wirtschaftskongress diskutiert über Umweltpolitik in Bayern

VBS: Politik muss richtige Rahmenbedingungen setzen

Unter dem Motto „Wohlstand ist mehr als Wachstum" veranstaltete die Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen einen Wirtschaftskongress im Bayerischen Landtag. In einer von Dr. Christian Magerl moderierten Podiumsdiskussion ging es dabei auch um Fragen der Abfallpolitik. Der Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e.V. (VBS) beteiligte sich an dieser Diskussionsrunde und sprach sich für einen weiteren Ausbau der Kreislaufwirtschaft sowie für faire Wettbewerbsbedingungen aus.

Vorgestellt wurde eine neue Studie zum „Regionalen Wohlfahrtsindex Bayern“, welche eine umfassende Branchenanalyse zur Umweltwirtschaft im Freistaat enthält. Hierzu VBS-Geschäftsführer Rüdiger Weiß: „Es freut uns sehr, dass der Bereich Kreislaufwirtschaft als eine besondere Stärke der bayerischen Umweltwirtschaft ausdrücklich hervorgehoben wird. Um noch höhere Verwertungsquoten zu erreichen, bedarf es aber der richtigen politischen Rahmenbedingungen.“

Forderungen des VBS

So sollte sich die Politik aus Sicht der im VBS organisierten privaten Entsorgungsunternehmen nach den anstehenden Wahlen in Bund und im Freistaat mit folgenden Themen befassen:

Einführung der Biotonne

1. Nach wie vor gibt es auch im Freistaat noch Landkreise, die keine Biotonne eingeführt haben. Alle privaten Haushalte in Deutschland sind bis spätestens 2015 an ein System zur Getrenntsammlung von Bioabfällen anzuschließen, so wie dies das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz fordert. Die Biotonne ist ein Beitrag zum Ressourcenschutz, bekämpft den Klimawandel und dient dem Ausbau erneuerbarer Energien.

2. Der VBS fordert ein Wertstoffgesetz, das die in der Verpackungsverordnung enthaltenen Schwachstellen beseitigt und die Produktverantwortung stärkt. Die Vergabe der Aufträge für Sammlung und Sortierung einer künftigen Wertstofftonne sollten in einem fairen Wettbewerbsverfahren vergeben werden. Pilotprojekte und mehrere aktuelle Studien gehen davon aus, dass mit der Einführung einer Wertstofftonne zusätzlich rund 7 Kilogramm Wertstoffe pro Einwohner und Jahr erfasst und dem Materialkreislauf wieder zugeführt werden.

3. Notwendig wäre eine exakte Umsetzung der fünfstufigen Abfallhierarchie im Kreislaufwirtschaftsgesetz, mit klarem Vorrang der stofflichen vor der thermischen Verwertung. Weiterhin fordert der VBS, die gewerbliche Sammlung zu stärken durch Korrektur der im KrWG angelegten Wettbewerbsverzerrungen. Das Gesetz führt zu einer europarechtlich unzulässigen Begünstigung kommunaler Unternehmen sowie zu einer Schwächung des Recyclings.

Stoffliche Verwertung

4. Im Bereich der Gewerbeabfälle sind hohe Recyclingquoten notwendig. Denn angesichts der durch Überkapazitäten geprägten Preissituation bei der Müllverbrennung sichert nur eine ambitionierte Recyclingquote die stoffliche Verwertung. Ferner sollte nur dort, wo tatsächlich Beseitigungsabfälle anfallen, künftig eine Verpflichtung zur Vorhaltung einer Tonne für Beseitigungsabfälle bestehen.

5. Der VBS setzt sich dafür ein, Unternehmen unabhängig von der Rechtsform umsatzsteuerrechtlich gleich zu behandeln. Das Umsatzsteuerprivileg kommunaler Eigenbetriebe stellt eine Wettbewerbsverzerrung zwischen kommunaler und privater Entsorgungswirtschaft dar. Bei der Frage, ob eine Kommune ihre Abfallentsorgung an einen Dritten vergibt, konkurriert das steuerpflichtige private Unternehmen mit einem steuerbefreiten kommunalen Entsorger. Das Steuerprivileg wirkt quasi als ein Anreiz zur Rekommunalisierung. ❒

Regionaler Planungsverband München:

Starnberger Landrat Roth neu im Verbandsvorsitz

Wohnungsbau ist wichtigstes Zukunftsthema im RPV

Mit überwältigender Mehrheit wählte die Verbandsversammlung des Regionalen Planungsverbands München (RPV) auf ihrer Verbandsversammlung Karl Roth, Landrat im Landkreis Starnberg, als ersten Stellvertreter des Verbandsvorsitzenden. RPV-Geschäftsführer Christian Breu forderte in seinem Bericht ein gesamtregionales Wohnbaukonzept.

In der 57. Verbandsversammlung des RPV im Juni 2012 wurde Erster Bürgermeister Rainer Schneider als Vorsitzender, Landrat Gottlieb Fauth als erster Stellvertreter und Oberbürgermeister Christian Ude als zweiter Stellvertreter gewählt. Da Landrat Fauth mit Ablauf des 30. April 2013 aus seinem kommunalen Amt ausgeschieden ist, musste der erste Stellvertreter des Verbandsvorsitzenden neu gewählt werden.

Pro Regionalplan

Anlässlich des 40-jährigen Bestehens des Regionalen Planungsverbands München referierte Dr. Reinhold Koch, Ministerialrat im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie zum Thema: „40 Jahre Wachstum plus X. Der demographische Wandel in der Region München". Verbandsvorsitzender Schneider machte sich in seiner Begrüßungsrede für den kommunal verfassten Regionalplan stark und lobte ihn als Garant für die kommunale Planungshoheit sowie das Subsidiaritätsprinzip. Auch mit einem Vorurteil räumt Schneider in seiner Rede auf: „Über 98 Prozent aller kommunalen Planungen kollidieren nicht mit regionalplanerischen Zielen. Das spricht einmal für die sorgfältige Aufstellung dieser Ziele, zum anderen dafür, dass wir Kommunen bereit sind, diese gemeinsamen Entwicklungsziele der Region München als unsere eigenen zu betrachten."

Passende Plattform

RPV-Geschäftsführer Christian Breu betonte in seinem Bericht die Dringlichkeit eines gesamtregionalen Wohnbaukonzepts: „Bis 2030 müssen in der Region München etwa 250.000 neue Wohnungen gebaut werden. Das ist eine gesamtregionale Aufgabe, die alle Kommunen in der Region betrifft. Der RPV ist für die Erarbeitung eines solchen Konzepts für die Region die richtige Plattform." ❐

Älter werden im Landkreis Passau

Workshop in Vilshofen zur Zukunft der Seniorenarbeit

Der medizinisch und technische Fortschritt sowie die Veränderungen in der Altersstruktur stellen die Kommunalpolitik vor neue Herausforderungen. Sie rücken die Altenhilfe mit ihren unterschiedlichen Leistungsangeboten und Versorgungsarten immer mehr in den Mittelpunkt.

Der Landkreis Passau stellt sich dieser Herausforderung und erarbeitet derzeit zusammen mit der Arbeitsgemeinschaft Sozialplanung in Bayern, einem Zusammenschluss der renommierten Institute AfA und SAGS, das „Seniorenpolitische Gesamtkonzept" für den Landkreis. Unterstützt wird das Projekt von einem Begleitgremium, in dem unter anderem die Wohlfahrtsverbände, die Pflegedienste, Bürgermeister und Behörden sowie die Vertreter aller Fraktionen des Kreistags mitwirken.

Umfassendes Konzept

Zusammen mit den Landkreisgemeinden soll ein umfassendes Altenhilfe-Konzept erstellt werden. Da dies nur mit vereinten Kräften gelingen kann, wurde nun gemeinsam in einem zweiten Workshop weiter intensiv an diesem Konzept gearbeitet. An dem Termin, der im Atrium des Gymnasiums Vilshofen stattfand, nahmen zahlreiche Vertreter von Verbänden, Gemeinden und ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger teil.

Dabei ging es auch darum, die bestehenden Angebote für Seniorinnen und Senioren zu bewerten und Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgungssituation zu erarbeiten. So sollten die bestehenden Ressourcen im Landkreis herausgearbeitet und Ansätze zur künftigen Verbesserung der Situation entwickelt werden.

In einem ersten Workshop im März 2013 wurden bereits einige Handlungsfelder bearbeitet, so dass in diesem zweiten Arbeitstermin die weiteren zentralen Themen behandelt wurden, z. B. wie sieht es mit der Hospiz-Versorgung im Landkreis aus oder wie steht es um die Mobilität der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger. Diskutiert wurde auch die Frage, wie sich die Gesundheitsregion Passau noch besser auf die künftige Situation einstellen kann.

Alle Teilnehmer waren sich einig, dass eine intensive Vernetzung der vorhandenen Angebote und auch der Informationfluss weiter zu optimiren sind. Es herrschte auch Übereinstimmung darüber, dass jede Gemeinde einen bestellten Seniorenvertreter haben sollte. ❐

Landrat Franz Meyer, Projektleiter Alois Kreipl und Miriam Baumann (v. l.) diskutierten die Ergebnisse der Arbeitsgruppen. ❐

Die Übertragung von Videos auf einem Tablet-PC demonstrierte E-Plus-Pressesprecher Jörg Borm (Mitte). Zweckverbandsgeschäftsleiter Richard Salzinger (links) und Zweckverbandsvorsitzender Franz Stephan (rechts) beobachten gemeinsam mit Stefan Schuhbauer (E-Plus, 2. v. r.) und GZ-Chefin vom Dienst, Doris Kirchner, die Vorführung. Foto: Markus Bauer

Ortstermin am Mobilfunkstandort Kumpfleite:

Tempo im E-Plus-Netz

Zweckverband Jachenhausener Gruppe informierte sich über die technischen Möglichkeiten mobiler Datennetze

Der Durchbruch des mobilen Internets ist mittlerweile weithin sichtbar. Am Mobilfunkstandort Kumpfleite bei Haid im Landkreis Regensburg informierte der Mobilfunkanbieter E-Plus Mitglieder des Zweckverbandes Jachenhausener Gruppe über die technischen Möglichkeiten mobiler Datennetze. Die umliegenden Kommunen Beilngries, Dietfurt, Hemau und Beratzhausen gehören seit wenigen Wochen allesamt zu den High-Speed-Orten im E-Plus-Netz.

Laut E-Plus Pressesprecher Jörg Borm „baut E-Plus das Datennetz seit 2010 bundesweit sehr aktiv aus". Dies habe vor allem mit der Verbreitung von Tablet-PCs und Smartphones zu tun. Der Düsseldorfer Mobilfunkanbieter habe hierfür schon bisher jährlich eine mittlere dreistellige Millionensumme investiert und werde dies auch in den kommenden Jahren tun. Auf Jahressicht sollen weitere Standorte des Unternehmens bei Greding, Berching, Kipfenberg und Painten an das mobile High-Speed-Netz gebracht werden.

Abgestimmt auf die Kundenbedürfnisse liefern die Mobilfunkstationen im E-Plus-Netz der Region mittlerweile mobile Daten mit bis zu 21,6 MBit/s aus. „Das ist deutlich über dem DSL-Standardniveau", bemerkte Borm. Das High-Speed-Netz verfüge somit über mehr als genug Geschwindigkeit und Kapazität für alle Ansprüche des Massenmarktes. Kapazitäten im Mobilfunknetz erhöhten sich und Staus auf der Datenautobahn gehörten der Vergangenheit an. Zugleich biete das Netz zwischen Beilngries und Beratzhausen ausreichende Reserven für die künftig verstärkte Nutzung durch den Verbraucher, beispielsweise aufgrund des zunehmenden Echtzeit-Streamings von Videos oder Musikangeboten.

Unterwegs nützliche Apps aufrufen, E-Mails schreiben und mobil im Internet surfen, seien nur einige der zahlreichen Dienste, die Smartphone-Nutzer inzwischen täglich nutzten. „Unsere Erfahrung und die Nachfrage unserer Kunden zeigen, dass für den größten Teil der heutigen Anwendungen Geschwindigkeiten von rund drei Megabit pro Sekunde vollkommen ausreichen", erklärte Borm. Selbst bewegte Bilder in Form von Videos in HD-Auflösung könnten flüssig betrachtet werden, wie der Pressesprecher anhand aktueller Tablets vor Ort demonstrierte.

Mittlerweile nutzt der Mobilfunkstandard UMTS das schnelle Netz zwischen Beilngries und Beratzhausen mit dem Turbo HSPA+ (High Speed Packet Access). Mehr als 85 % der E-Plus-Mobilfunkstationen seien entsprechend erweitert worden, stellte Borm fest und betonte: „Diese ausgereifte Technologie hat sich weltweit in vielen Netzen etabliert. Das kommt letztlich dem Verbraucher zugute: Er erhält renommierte Technik zu einem günstigen Preis, verbunden mit den entsprechenden Tarifen." Beim Preis-Leistungs-Verhältnis sei E-Plus ohnehin seit Jahren Vorreiter: „Für wenig Geld können wir ein sehr gutes, solides Netz anbieten." Nicht zu verachten sei auch die große Auswahl an Endgeräten. Einen Eindruck davon erhalte man beispielsweise auf der Homepage der Marke BASE (www.base.de)

Nach Einschätzung von Stefan Schuhbauer, Leiter Technik in der Region Süd der E-Plus-Gruppe, spielt der auf der UMTS-Technik aufbauende, vieldiskutierte Standard LTE dagegen heute noch eine untergeordnete Rolle. Diese Technologie stelle derzeit lediglich ein Angebot für eine sehr spezielle und kleine Zielgruppe dar, die sich für Spitzendatenraten interessiere. Dagegen benötigt die Mehrzahl der Verbraucher LTE derzeit noch nicht. Sie legten vielmehr Wert auf ein schnelles und zuverlässiges Datennetz zum attraktiven Preis. Ausschlaggebend sei das Preis-/Leistungsverhältnis, so Schuhbauer.

Offener Dialog

Da aber davon auszugehen sei, dass LTE spätestens im nächsten Jahr an Relevanz gewinnt, sei das UMTS-Mobilfunknetz der E-Plus-Gruppe heute bereits in weiten Teilen „LTE ready". „Uns liegt an einem bedarfsgerechten Ausbau, orientiert an der Frage, was die Bevölkerung braucht. Und hier ist vor allem der Smartphone-Bereich vorrangig und damit die Überarbeitung der Netze für größere Datenmengen", ergänzte Borm.

Hohen Stellenwert für E-Plus besitzt der offene Dialog mit Kommunen und Verbänden wie der Jachenhausener Gruppe. Wie Schuhbauer konstatierte, sei das Gespräch mit den Standortgemeinden eine Grundvoraussetzung, um den Bürgern dort den technischen Zugang zum mobilen Internet zu ermöglichen.

Entsprechend interessiert und erfreut zeigte sich Franz Stephan, Vorsitzender des Zweckverbandes Jachenhausener Gruppe und 1. Bürgermeister von Dietfurt, „über das Zustandekommen des Informationsgesprächs". Auch er lege Wert darauf, die Zusammenarbeit zwischen Funkanbieter und kommunalen Zweckverbänden zu pflegen und den Kontakt aufrechtzuerhalten. „Für uns ist wichtig zu wissen, welche Möglichkeiten es gibt und was auf dem Turm gesendet bzw. empfangen werden kann", machte Stephan deutlich. Mit den Kollegen der Zweckverbandsgemeinden sowie den Breitbandbeauftragten der Region werde er das Thema Mobilfunk weiter erörtern. **DK**

1225 Jahre Markt Thüngen:

Aus Tradition modern

Zwei Jahre wurde in Thüngen für die große Feier zum 1225. Jubiläum der unterfränkischen Marktgemeinde geplant und organisiert. Und das mit Erfolg: An drei Tagen wurde das Jubiläum an 36 Stellen im Ort ausgiebig gefeiert. Am 19. April 788 wurde Thüngen – wie auch einige andere Ortschaften im Umkreis – in einer Schenkungsurkunde durch die Grafen Manto und Megingoz an das Kloster Fulda erstmalig erwähnt.

Der Festzug mit anschließendem Bieranstich durch Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer bildete den feierlichen Beginn. Im Anschluss wurden Aufführungen, Ausstellungen, Theater und Musik dargeboten. Es gab Führungen durch die Brauerei, den Burgschlossgarten sowie durch das Wasserwerk mit der Osmoseanlage.

Weitere Anziehungspunkte waren die historischen Übungen der Feuerwehr und die alte Schmiede im Gutshof. Am Bangerts errichtete das „Kurbayerische Dragonerregiment" ein Feldlager. Dazu gibt es Schaukämpfe und Vorführungen zum Leben im Mittelalter. Auch die Jäger hatten einen Schießstand aufgebaut und informierten über die heimische Fauna.

Im Gewölbekeller des Burgsinner Schlosses referierten Sibylla und Konrad von Thüngen über die Geschichte der Reichsfreiherren. Die Geschichte des stattlichen Herrenhauses ist sehr bewegt; im ersten Stockwerk befinden sich auch heute noch die Büroräume von Hanskarl von Thüngen, dem Chef des „Freiherrlich von Thüngenschen Domänenamtes" und Eigentümer der angrenzenden Brauerei „Herzog von Franken".

Zahlreiche Aktionen

Bei den Thüngener Reytern auf dem Reitplatz im hinteren Gutshof lockten überdies Ponyreiten, Reitvorführungen, Pferde-Holzrücken und eine Hufschmiede. Das Amt für Landwirtschaft zeigte die Ausstellung „Wald und Wir – Gut in die Zukunft". Im Altort gab es Handarbeiten und alte Berufe zu bestaunen. Eine Schnapsbrennerei, die Kress-Schauschusterei, eine Schaubäckerei, eine Kalligrafin und ein Buchbinder zeigten ihre Arbeiten. Die Landfrauen klöppelten und webten auf alten Webstühlen.

Entlang der Hauptstraße wurde ein Mittelaltermarkt durchgeführt, am Seedamm ein Kinderflohmarkt. Zudem zeigten Schulkinder ein historisches Theaterstück. Volks- und Trachtentänze wurden aufgeführt, zudem konnte man sich in der Kunst des Armbrust- und Bogenschießens üben.

Auch das kulinarische Angebot war sehr vielfältig. Aus der heimischen Brauerei kam der Jubiläumstrunk „Herzog von Franken" und an vielen Stellen wurden Spezialitäten aus Thüngener Küchen gereicht. Den zum Teil lang anhaltenden Regenschauern begegnete die Gemeinde erfolgreich mit teilweise beheizten Zelten.

Wichtige Impulse

Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer, der zunächst umfassend die Geschichte der Gemeinde beleuchtet hatte, wies bei der Jubiläumsveranstaltung nach der Begrüßung von 1. Bürgermeister Klaus Enzmann darauf hin, dass der Stolz auf den eigenen Ort sowie Heimatliebe und Identifikationsbereitschaft der Menschen im Wesentlichen auch von der Zufriedenheit mit den örtlichen Verhältnissen abhingen. Dazu bedürfe es einer zukunftsfähigen Infrastruktur, insbesondere auf sozialem und städtebaulichem Gebiet.

„Gerade hier in Thüngen konnten durch die Städtebauförderung im letzten Jahrzehnt durch die Neuordnung des Planplatzes sowie die Neugestaltung des nördlichen und südlichen Ortseingangs und einen Ausbau der Ortsdurchfahrt der B 26 wichtige Impulse und Verbesserungen für das städtebauliche Erscheinungsbild der Marktgemeinde gegeben werden", betonte Beinhofer. Besonders erwähnte er die Generalsanierung der Kindertageseinrichtung „Am Wendelsberg" mit einer Fördersumme von ca. 140.000 Euro sowie die Schaffung von 12 Krippenplätzen mit einer Förderung in Höhe von 192.000 Euro, die seit 2011 dieses wichtige Angebot in Thüngen verbessere.

Stellvertretender Landrat MdL Harald Schneider meinte, der Thüngener Leitspruch „Aus Tradition modern" zeige, dass Thüngen seine Geschichte bewahre, aber neuen und modernen Gedanken stets aufgeschlossen gewesen war und sein möchte. MdB Wolfgang Zöller brachte es schließlich kurz und humorvoll auf den Punkt: „Der kluge Mensch, so glaubt es mir, redet kurz und trinkt lieber ein Bier." **DK**

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle
Ehrenherausgeber:
Otto Ammon
Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Jakob Döring
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Lutz Roßmann (Landtag)
Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)
Theresa Flotzinger (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen- und Vertriebsleitung:
Constanze von Hassel (verantwortlich),
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 48 vom 01.01.2013
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich (mit zwei Doppelausgaben);
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag.
Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 805 14
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: http://www.gemeindezeitung.de
Bankverbindungen:
Sparkasse Dillingen
Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20
Raiffeisenbank
Füssen-Pfronten-Nesselwang
Konto 144 320, BLZ 733 698 78
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Druck und Auslieferung:
Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Tourismusverband Franken:

Wichtiger Wirtschaftsfaktor für die Region

Mitgliederversammlung in Ansbach
Wiederwahl des Vorsitzenden, Staatsminister Herrmann

Mit einer erfolgreichen Tourismusbilanz, die im Vergleich zu dem Rekordergebnis 2011 nochmals beachtliche Zuwachsraten ausweist, wartete der einstimmig in seinem Amt als Vorsitzender des Tourismusverbandes Franken bestätigte Innenminister Joachim Herrmann bei der Mitgliederversammlung in Ansbach auf. Die Ankünfte stiegen um 3,8 Prozent, die Übernachtungen um 3 Prozent.

Wie Herrmann darlegte, „hält unsere Kommunikationsstrategie mit den Säulen der landschaftsbezogenen Werbung, Kernkompetenzen, Qualität und Nachhaltigkeit anstatt dem Verfolgen kurzlebiger Trends den fränkischen Tourismus seit Jahren auf Erfolgskurs“. Die Rekord-Bilanz 2012 weist für Franken bei über 8,8 Millionen Ankünften rund 21 Millionen Übernachtungen aus. Hinzuzurechnen sind rund 1 Million Übernachtungen der Mitglieder aus dem hessischen Bereich des Naturparks Spessart, die über den Tourismusverband Franken mit vermarktet werden.

Besuchermagnet

„Auf dem für Franken so wichtigen Inlandsmarkt verzeichnen wir einen Zuwachs von 2,4 Prozent, die Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland konnten sogar um 6,3 Prozent gesteigert werden“, führte Herrmann aus. Als Besuchermagnet erwies sich einmal mehr der Städtetourismus mit besonders deutlichen Zuwächsen in Bamberg (11,5 Prozent), Würzburg (7,3 Prozent), Aschaffenburg (6,7 Prozent) und Nürnberg (5,2 Prozent). Die herausragenden Besucherzahlen der Dürer-Ausstellung (280.000) in Nürnberg oder der Landesgartenschau (1,1 Millionen) in Bamberg dokumentieren dabei nachhaltig die Bedeutung von Jubiläen und Ausstellungen für die touristische Arbeit.

Wirtschaftsfaktor

Die große Bedeutung des Tourismus in Franken spiegelt sich auch in seiner Rolle als Wirtschaftsfaktor wieder. Rund 9,1 Milliarden Euro Umsatz im Jahr 2011 bescheinigt eine Studie des Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts für Fremdenverkehr an der Universität München. „Den größten Anteil an diesem Kuchen hat mit 43,6 Prozent der Einzelhandel“, betonte Herrmann, „und das sichert in dieser typischen Querschnittsbranche Arbeitsplätze“. Insgesamt verdienen in Franken rund 182.000 Personen aus den unterschiedlichsten Branchen ihren Lebensunterhalt primär mit dem Tourismus.

„Qualitätstourismus ist die Leitlinie unserer Arbeit. Dabei geht es uns nicht um kurzfristige Erfolge, sondern um dauerhafte und nachhaltige Spitzenleistungen“, so der Verbandsvorsitzende. Für den Gast sei die Qualität auf allen Ebenen ein wesentlicher Entscheidungsfaktor – Online-Bewertungen lieferten hierzu bereits heute vielfältigste Informationen zu den unterschiedlichsten Angeboten.

„Für den Tourismus bieten diese Bewertungsportale eine große Chance, wenn sie aktiv als Mittel zum Qualitätsmanagement genutzt werden“, so Herrmann. „Deshalb haben wir ein Projekt initiiert, das es bisher bundesweit in dieser Form noch nicht gibt.“ Dabei werden angebotsbezogene Ergebnisse mehrerer Bewertungsportale auf der Website www.franken-weinland.de zusammengefasst dargestellt.

Eingebettet in die Mitgliederversammlung des Tourismusverbandes Franken war eine Fachtagung zum Thema „Bewertungen & Erfahrungsberichte: Fluch oder Segen für die Tourismusbranche?“ Die Referenten Benjamin Buhl, Geschäftsführender Gesellschafter, netzvitamine GmbH (Hamburg) und Michael Menzel, Geschäftsführer, TrustYou GmbH (München) gaben einen spannenden Einblick in Plattformen und Anwendungsmöglichkeiten rund um das Thema Online-Bewertungen.

Web 2.0

Während das Web 1.0 mehr oder weniger noch der klassischen Werbearbeit mit Hochglanzprospekten ähnelte oder bestenfalls auf der eigenen Website Werbetexte von unberührter Natur, traumhaften Ausblicken und Geheimtipps im Sinn einer Kommunikation in eine Richtung vom Anbieter zum Gast präsentierte, ermöglicht das Web 2.0 eine Kommunikation in zwei Richtungen. Mit interaktiven Diensten wie Twitter, Facebook, YouTube oder Google+ können User heute über Blogs, Videos oder Bilder kommunizieren.

Heute entscheiden Kunden gemäß dem Motto „Intelligenz der Mehrheit: Gemeinsam sind wir stark – Tausende von Usern können nicht irren!“. Das Web 2.0 beschreibt also das veränderte Userverhalten im World Wide Web. Der Nutzer erstellt bzw. kommentiert heute Inhalte zunehmend selbst. Der Dialog im Internet erfolgt nicht mehr ausschließlich zwischen Anbieter und Gast, sondern ebenfalls zwischen den Gästen. Nach aktuellen Studien vertrauen beispielsweise bereits rund 95 Prozent aller Reisenden bei der Unterkunftssuche auf Gästebewertungen. **DK**

Runde Haube, plissierter Rock

Bekleidungskultur: Neue Datenbank des Bezirks Unterfranken informiert zum Thema „Tracht“

Würzburg. Hier kann man Fragen rund um das Thema „Tracht“ stellen. Seminare weihen in die Geheimnisse des Handmodeldrucks ein. Auch wer lernen möchte, Spitzen zu klöppeln, ist bei Christiane Landgraf richtig. In den vergangenen Monaten baute die Trachtenberaterin des Bezirks Unterbanken außerdem eine Datenbank mit Trachtengrafiken auf. Seit 15. Juni können sich Trachtenfans informieren, wie einst eine Mädchentracht aus Geldersheim oder eine Hochzeitstracht aus Amorbach aussah.

Die Thematik „Tracht“ beschäftigt Christiane Landgraf seit Ende der 80er Jahre. „Damals arbeiteten wir die Bestände im Schloss Aschach des Bezirks auf“, erzählt sie. Im Aschacher Volkskundemuseum sollten ab den 90er Jahren auch Trachten zu sehen sein. Der Bezirk selbst entdeckte die Tracht bereits in den 60er Jahren. Damals fing die Sammeltätigkeit an. Wobei zunächst mehr oder weniger wahllos gesammelt wurde. Erst in den 1970er Jahren begann man damit, sich mit dem Trachtenbegriff und der Tracht kritisch auseinanderzusetzen: Was genau ist eigentlich eine Tracht? Dieses Hinterfragen dauert bis heute an.

In den vergangenen Jahren erlebten Trachten einen unaufhaltsamen Boom. Von daher wird auch die neue Trachtendatenbank auf Interesse stoßen, ist sich Landgraf sicher. 80 Datensätze mit Aquarellen, Lithografien und Gemälden sind inzwischen eingespeist. So ist dem um 1842 entstandenen Aquarell eines unbekannten Künstlers zu entnehmen, in welcher Bekleidung man vor mehr als 150 Jahren in Amorbach geheiratet hat. Der Kupferstich eines Künstlers namens Kreul zeigt eine typische Männer- und Frauentracht, wie sie von Schweinfurt bis Karlstadt üblich war. Eine Federzeichnung Catharina Geigers stellt eine Tracht aus Oberndorf bei Schweinfurt dar.

Einen waschechten Einwohner des Kirchspiels Michelrieth bei Marktheidenfeld erkannte man an seiner dunklen Tracht, wobei die Frauen runde Hauben und plissierte Schürzen trugen. Eine Grafik hierzu fehlt allerdings noch. „Wir sind ständig auf der Suche nach weiteren Grafiken und Gemälden“, sagt Landgraf. Die Datenbank soll ständig wachsen. Wobei die bezirkliche Kulturarbeiterin nach wie vor auch Objekte sammelt. Wer ihr das Mieder, den Rock oder die Haube der Großmutter anbietet, muss sich allerdings auf genaue Nachfragen gefasst machen: Wo wohnte die Großmutter? Heiratete sie in den Ort hinein? Wo stammt sie ursprünglich her? Zu welchem Anlass trug sie die Tracht?

Fund und Erfindung

„Tracht war zu jeder Zeit Fund und Erfindung“, legt Landgraf dar. „Die“ Tracht, die gab es nie. Stets wurde die Farbe ein bisschen variiert. Das Muster verändert. Der Schnitt angepasst. Oder die Schürze anders gebunden. Jede Tracht hatte immer auch eine individuelle Note.

Manchmal verschmelzen zwei Elemente zu einer neuen Einheit. „Oder es wurde zu einem älteren Trachtenstück ein modernes angezogen“, so die Bezirksmitarbeiterin. Die Länge der Ärmelstulpen einer Handwerkerfrau auf einem alten Foto kann dann beispielsweise auf eine Epoche verweisen, die mehrere Jahre nach jener Ära kam, aus der die Schürze der Frau stammt. Auch zu Trachtenfesten wurde die ortsübliche Tracht oft neu zusammengestellt, um einen möglichst guten Effekt in der Öffentlichkeit zu erreichen.

Ob Jagdhornbläser, Spielmannszüge, Musikkapellen oder Gesangsvereine: Oft wird in Unterfranken Tracht getragen. Auch Mitglieder von Volkstanzgruppen, Schützen-, Karnevals- und natürlich Trachtenvereinen treten in historischer Bekleidung auf. In den vergangenen Jahren unterstützte der Bezirk 130 Vereine und Gruppen, die sich Trachten zulegten. Geld gibt es den Richtlinien zufolge allerdings nur dann, wenn die jeweilige Tracht in Schnitt, Material und Verarbeitung von traditionellen, charakteristischen Merkmalen gekennzeichnet ist. Welche Charakteristika eine Tracht aus einem bestimmten Ort aufweist, ist unter anderem der Datenbank zu entnehmen. **Pat Christ**

Stichwort: Trachtenberatung

Der Bezirk erforscht die regionale Kleidungskultur in Unterfranken seit etwa 1800 bis heute und berät zu allen Fragen rund um das Thema „Tracht“. Um die Tracht der vergangenen 200 Jahre zu dokumentieren, werden archivalische Quellen, Grafiken, Gemälde und Fotografien ausgewertet.

Das Team der Trachtenberatung ist stets an neuen Objekten und Bildern interessiert. Wer etwas anzubieten hat, kann Christiane Landgraf unter Tel.: 0931-79592428 oder c.landgraf@bezirk-unterfranken.de kontaktieren. Zur neuen Datenbank mit Trachtengrafiken geht es unter http://www.historisches-unterfranken.uni-wuerzburg.de **pat**

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

Endspurt zum Schuljahresende

„Frau Wolters, was haben die dunklen Ringe um Ihre Augen zu bedeuten? Sie machen den Eindruck, als müssten Sie in Zwölf-Stunden-Schichten im Bergwerk schuften.“ Mein Chef, der Bürgermeister, warf einen besorgten Blick auf eine Kollegin, die wirklich mitgenommen aussieht in den letzten Tagen.

Die Gute leidet schlicht unter einem Phänomen, das alle Eltern kennen: Die Schuljahresendaktivititis. Bei ihr schlägt der Blitz geballt ein, weil sie eine Tochter in der zehnten Klasse, einen Sohn in der siebten und das Nesthäkchen in der Grundschule hat. Kaum sind die Pfingstferien zu Ende, beginnt der Notenendspurt mit einer dichten Folge von Klassenarbeiten, die von den Eltern einen erhöhten Ermahnungs- und Kontrollaufwand verlangen. Im Akkord werden Vokabeln abgehört, Übersetzungen diskutiert und Rechenwege analysiert. Nähert sich der Notenschluss, müssen die Schulen drei harte Wochen überstehen, ohne die Notenkeule schwingen zu können. Und auch hier geht es nicht ohne Eltern.

Die Grundschule legt großen Wert darauf, dass der schöne Begriff „Schulfamilie“ bei ihr mit Inhalt gefüllt ist. Da aber in einer Familie jeder etwas zum Ganzen beitragen sollte, werden vom Elternbeirat Aufträge an Schüler und Eltern liebevoll verteilt und mittels wirkungsvoller unterschwelliger Druckmittel (gell, Sie wollen doch auch, dass die Kinder ihre Grundschulzeit in bester Erinnerung behalten?) deren Erledigung angemahnt. Wuselige, hyperaktive Mütter organisieren ein Schulfest, als wäre es die Sommerparty des Bundespräsidenten. Die Grillmannschaft wird doppelt besetzt (falls jemand ausfällt), Schilder werden gemalt, Viertklässler verpflichtet, alle 30 Minuten in den Toiletten zu kontrollieren, ob noch genug Seife und Trockentücher für die Hände da ist – vor allem aber werden Kuchen bestellt. Kuchen in jeder Menge, jeder Größe jeder Form, denn, so die patente Logik: Wenn jemand sonst nichts beitragen kann, Kuchen wir er oder sie ja wohl backen können! Bei Berufstätigen heißt das, sich die Nacht um die Ohren zu schlagen.

Bei den Siebtklässlern sind es andere Herausforderungen. Aufsichtspersonen für die Bundesjugendspiele werden gesucht, die den jungen Nachwuchsathleten den Weg zur nächsten Station zeigen, die beeindruckenden Leistungen auf Klappbretter schreiben oder Sanitätsdienst leisten, wenn dieses sinnlose Kräftemessen dem Einen oder der Anderen eine vor den Ferien höchst unwillkommene Zerrung oder sonstige Blessur einbringt. Dann natürlich noch das „Fest der Nationen“, bei der die Schüler einer jeden Klasse gehalten sind, Spezialitäten aus einem anderen Land zu kochen, mizubringen und zum Verkauf für einen guten Zweck anzubieten. Schon aus Sorge um die Kücheneinrichtung ist dabei die ordnende oder helfende Hand von Mama oder Papa gefragt. Und natürlich sind auch Kuchen von den Eltern erwünscht.

Viel Einfühlungsvermögen ist bei der großen Tochter gefragt. Die ist 15 und ihre zehnte Klasse fährt, sozusagen zum Abschied aus dem Klassenverband, am Schuljahresende für drei Tage nach Mailand. Das Problem: Die 15-Jährigen dürfen abends nicht so lange alleine weg wie die 16-Jährigen, müssen öfter in der Gruppe bei den Begleitpersonen bleiben und was nicht noch alles. Für das Pubertier brechen hier natürlich mehrere Welten zusammen: Erstens ist das Wochenende weg von den Eltern doch nicht so cool wie erhofft, zweitens hat eine ältere Klassenkameradin (Deckname Zicke) jetzt freie Bahn beim Klassenschwarm, weil beide schon 16 sind und dementsprechend länger ausgehen dürfen. Oh, wie ungerecht ist die Welt! Zum Heilen des Schmerzes fällt der guten Mutter natürlich ein Rezept aus der Kindheit ein: Sie bäckt den Lieblingskuchen. Diesmal ist die Nachtschicht freiwillig.

Mein Chef, der Bürgermeister, erinnert sich noch gut an die Schulzeit seiner Kinder und die unzähligen Kuchen, die zu irgendwelchen Anlässen gebacken werden mussten. Er tröstet meine Kollegin: Sind die Kinder aus dem Haus, trauert man sogar dem nach. Ich, kinderlos, twittere unsachlich einen Spott von Kurt Tucholsky: „Wenn meine Kinder etwas geworden sind, dann nicht wegen, sondern trotz der Schule.“

Ihre Sabrina

„Das sind uns die Kinder wert!“

500 Tage Bundeskinderschutzgesetz im Landkreis München

Das Bundeskinderschutzgesetz ist am 1. Januar 2012 in Kraft getreten. Es soll den nachhaltigen und aktiven Schutz von Kindern in Deutschland stärken und verbessern. Der Jugendhilfeausschuss des Landkreises München hat hierfür schon im November 2011 die Regionale Kinderschutzkonzeption beschlossen. Dabei wurden die Empfehlungen des Bundeskinderschutzgesetzes vorab umgesetzt und Handlungsempfehlungen formuliert. Das Bundeskinderschutzgesetz hat die Arbeit des Landkreises in dieser Richtung bestärkt und gesetzlich verankert.

Eine sehr wichtige Säule im präventiven Kinderschutz sind die Frühen Hilfen geworden. Der Landkreis München hat hierfür die Fachstelle AndErl - Guter Anfang im KindErleben - mit ihren Angeboten im Bereich der Frühen Hilfen etabliert. Aktuell bietet AndErl folgende Unterstützungsmöglichkeiten für werdende Eltern und für Eltern mit Kindern bis 3 Jahre an: Begleitung und Beratung durch ein interdisziplinäres Team, Entwicklungspsychologische Beratung (EPB), Haushaltsorganisationstraining (HOT), Einschaltung einer pädagogischen Familienfachkraft, Unterstützung durch eine Familienhebamme sowie Schulungen und Informationsveranstaltungen für Fachkräfte.

Kommunale Netzwerke

Ziel ist es, die schnelle, unbürokratische und individuelle Unterstützung für Familien im Landkreis München bedarfsorientiert und alltagsnah anzubieten. Die betroffenen Familien vor Ort müssen erreicht und unterstützt werden, daher werden kommunale Netzwerke, die alle Professionen und Unterstützungsmöglichkeiten zusammen bringen, aufgebaut. Dadurch hat vielerorts ein Umdenken sowohl auf der institutionellen als auch auf der fachlichen und der methodischen Ebene eingesetzt, damit sozial benachteiligten Familien der Zugang zu Unterstützungsmöglichkeiten erleichtert wird. Ein besonderes Augenmerk gilt der Vernetzung von Jugend- und Gesundheitshilfe und den Sozialen Diensten vor Ort in den Städten und Gemeinden im Landkreis München. Die Stadt Unterschleißheim hat die regionale Kinderschutzkonzeption im Bereich der interdisziplinären Vernetzung als erste Kommune umgesetzt und hierfür einen interdisziplinären Arbeitskreis etabliert.

Die Verbesserung der Qualität und Wirksamkeit des präventiven Kinderschutzes ist eine gemeinsame Aufgabe. Eine enge Kooperation zwischen dem Landkreis und den Städten und Gemeinden trägt wesentlich zur Verbesserung des präventiven Kinderschutzes bei. Die Umsetzung benötigt eine verbindliche Vorgehensweise, damit ein Mindeststandard für den präventiven Kinderschutz im Landkreis München gewährleistet werden kann. Ein gelingender präventiver Kinderschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Chance und eine lohnende Investition für die Zukunft der Bürgerinnen und Bürger im Landkreis München. „Das sind uns die Kinder wert!“ ist auch das diesjährige Motto der Aktionswochen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter (BAG), mehr dazu unter www.bagljae.de.

Nähere Informationen finden sich auf der Homepage des Landkreises München www.landkreis-muenchen.de unter dem Stichwort: AndErl. ❒

25 Jahre Neubiberger Umweltgarten:

Einmaliges Projekt im Freistaat

Eine seit Jahrzehnten geschätzte Bürgereinrichtung ist der Neubiberger Umweltgarten, der nunmehr im Rahmen eines Jubiläumsfestes sein 25-jähriges Bestehen feierte. Er stellt ein besonderes Markenzeichen der im Landkreis München gelegenen Gemeinde dar.

Am 7. Mai 1988 war der Umweltgarten als Naherholungsgebiet und umweltpädagogische Einrichtung feierlich eröffnet worden. Sogar der bekannte Tierfilmer Professor Heinz Sielmann war damals zur Eröffnung gekommen und hatte die Schirmherrschaft für dieses bayernweit noch immer einzigartige Projekt übernommen.

Der Einweihung des damals 2,5 Millionen D-Mark teuren Projekts gingen einige Jahre intensiver Gemeinschaftsarbeit und mehrere Spendenaktionen voraus, getragen von örtlichen Vereinen, Bildungseinrichtungen, engagierten Bürgern sowie einer Reihe von Prominenten. Binnen drei Jahren wurden verschiedene Biotope und eine Heimstatt für rund 80 Haustiere auf den Weg gebracht. Neben den täglichen Besuchern kommen inzwischen jährlich mehr als 100 Schulklassen, Kindergarten- und Erwachsenengruppen zu einer Führung in den Umweltgarten oder um in über 20 naturnah gestalteten Lebensräumen das Zusammenleben verschiedener Pflanzen- und Tiergemeinschaften zu beobachten. Einmal in der Woche findet ein Biomarkt mit regionalen Erzeugnissen sowie Fair-Trade-Produkten statt.

Pünktlich zum Jubiläumsjahr konnte Neubiberg nun auch den Fortbestand der beliebten Einrichtung durch den Kauf des bislang nur gepachteten Geländes dauerhaft sichern. Der Kauferfolg wurde im Rahmen des Familienfestes ebenso gefeiert wie ein Vierteljahrhundert Pionierarbeit auf dem Gebiet der ökologischen Bildung im Landkreis München.

Unter Beteiligung vieler Vereine und Organisationen aus Neubiberg und Umgebung verwandelte sich das Zentrum des Umweltgartens in eine kunterbunte Festwiese rund um die Themen Natur und Umwelt, Nachhaltigkeit und Konsum. Die Besucher erwartete ein lebhafter Aktionstag mit Informationen, Spielen, Kunstaktionen, Mitmachangeboten, Biergartenflair, Live-Musik und vielem mehr. Auch für Kinder war einiges geboten: Mit Geschichten und Liedern aus dem Trollwald wurden die kleinen Zuhörer ins Reich der Fantasie entführt. Außerdem wurde den ganzen Nachmittag über Ponyreiten im Umweltgarten angeboten.

„Bemerkenswert an dem bayernweit einmaligen Projekt ist die Konzeption des 3,2 Hektar großen Neubiberger Umweltgartens: Hier verbinden sich Tierschutz, Naturschutz, Gartengestaltung, Umwelterziehung und Erholungsfunktion zu einer vorbildlichen Einheit. Der Umweltgarten bietet mit einer Vielzahl von Veranstaltungen wie etwa den Umwelttagen und Bienenwochen eine hervorragende Plattform, um die aktuellen Probleme von Natur- und Umweltschutz, so auch die Klimaänderung mit Kindern und damit generationenübergreifend zu erörtern und bewusst zu machen. Denn der Keim für umweltverantwortliches Denken und Handeln muss so früh wie möglich gelegt werden“, betonte Regierungsvizepräsidentin Maria Els im Rahmen des Jubiläumsfestes.

In Anwesenheit von Rathauschef Günter Heyland, Landrätin Johanna Rumschöttel sowie Ehrengästen aus der Partnerstadt Ablon-sur-Seine mit Bürgermeisterin Corinne Gorlier an der Spitze dankte Maria Els den Initiatoren für ihre Idee und den Anstoß zu dieser Pionierleistung auf dem Gebiet der ökologischen Bildung, dem großen Engagement der Vereine, Bildungseinrichtungen und Bürger sowie Sponsoren, die in jahrelanger intensiver Arbeit das Projekt entwickelt und mit Leben gefüllt haben.

Der besondere Dank der Regierungsvizepräsidentin galt der Gemeinde Neubiberg, „die mit ihrem Beschluss quasi den Startschuss gab und noch heute mit einer hauptamtlichen Fachkraft den Umweltgarten unterstützt, sowie dem Umweltgartenverein Neubiberg, der seit zehn Jahren die ‚Einrichtung von Bürgern für Bürger' unterstützt“. Auch der Freistaat Bayern habe das Projekt Umweltgarten gefördert. So habe die Regierung von Oberbayern in den Jahren 1987 bzw. 1989 aus Mitteln der staatlichen Förderprogramme „Landschaftspflege“ und „Freizeit und Erholung“ dazu beigetragen,den Umweltgarten aufzubauen ebenso wie der Bayerische Naturschutzfonds, der 1987 zur Anlage des Feuchtbiotops und des Obst-und Bauerngartens einen erheblichen Zuschuss bewilligte.

„Ich wünsche dieser grünen Oase weiterhin eine große Zahl motivierter Helfer und vor allem viele Besucher. Möge dieses Ökogelände auch Vorbild und Anregung für manch neue Initiative sein, die sich ebenso zum Ziel gesetzt hat, Kindern Einblicke in die Vielfalt der Natur zu eröffnen und sie zu einem verantwortungsvollen Umgang hinzuführen“, appellierte Els abschließend an die Festgäste. **DK**

Vorschau auf GZ 14

In unserer Ausgabe Nr. 14, die am 18. Juli 2013 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Energieversorgung · Energiesparmaßnahmen**
- **Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV**
- **Winterdienst-Planung · Kommunalfahrzeuge**
- **Fachliteratur für Kommunen**
- **Kommunale Rechtsfragen**

Erlangen:

3. Kommunaler Innovationstag in Bayern

In Erlangen fand jüngst der 3. Kommunale Innovationstag in Bayern statt. Auf der gemeinsam von der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) und den kommunalen Spitzenverbänden in Bayern veranstalteten Tagung trafen sich die Verwaltungsspitzen von rund 60 Städten, Gemeinden, Landkreisen und Verbänden.

Nachdem der Erlanger Oberbürgermeister Dr. Siegfried Balleis in seiner Doppelrolle als Gastgeber und Verwaltungsratsvorsitzender der KGSt die Teilnehmer des Innovationstages begrüßt hatte, gab im Anschluss KGSt-Vorstand Rainer Christian Beutel einen kurzen Überblick über kommunale Reformprojekte mit einem Schwerpunkt auf aktuelle Themen in Bayern.

Insbesondere beim Thema interkommunale Zusammenarbeit verwies Beutel auf die zunehmende Tendenz, Kompetenzen zu bündeln, um dem wachsenden Fach- und Führungskräftemangel, dem Kostenoptimierungsdruck und der Qualitätssicherung Rechnung zu tragen. „Den Bürgern ist es ziemlich egal, wer im Backoffice arbeitet, wenn die kommunale Leistung gut und preiswert ist.“ Beutel führte dabei eine Vielzahl von guten Beispielen auch aus der Städteachse Nürnberg, Fürth, Erlangen und Schwabach an, die hier Modellcharakter haben. Die Spitzenverbände unterstützen beispielsweise die Kommunen bei der zu lösenden Aufgabe der Mehrwertsteuerproblematik.

Der Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und Beauftragter der Staatsregierung für Informations- und Kommunikationstechnik, Franz Josef Pschierer, referierte zur IT-Sicherheit, zum Digitalen Bildungsnetz, zu Bürgerserviceportalen und zum Dokumentenmanagement. Er unterstrich die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen dem Freistaat und den Kommunen über den E-Government-Pakt, der 2009 von ihm erneuert worden war.

In Form von „Gesprächsinseln“ vertieften die Teilnehmer im Anschluss die angesprochenen Themenfelder. Immer wieder wurden dabei die Regelungen und Möglichkeiten des neuen Gesetzes zur Förderung der elektronischen Verwaltung sowie zur Änderung weiterer Vorschriften (eGovernment-Gesetz) zitiert.

Dieses Gesetz, das vom Bundestag im April diesen Jahres beschlossen wurde und dem der Bundesrat im Juni zugestimmt hat, hat das Ziel, die elektronische Kommunikation mit der Verwaltung zu erleichtern, damit einfachere, nutzerfreundlichere und effizientere Verwaltungsdienstleistungen angeboten werden können. Pschierer hat dabei ein eigenes bayerisches eGovernment-Gesetz angekündigt, das in enger Abstimmung mit den Kommunen erstellt werden soll. ❒

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen GemeindeZeitung liegen zwei Eigenbeilagen des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH bei. Bitte beachten Sie unseren Sonderdruck zur Unternehmerkonferenz des Sparkassenverbandes Bayern sowie unsere Einladung zum Bayerischen Wasserkraftforum am 17. Juli 2013 in Würzburg. ❒

Koordinierungszentrum für Bürgerschaftliches Engagement

Sozialstaatssekretär Sackmann: „Der Landkreis Pfaffenhofen ist mit dabei!“

„Koordinierungszentren für Bürgerschaftliches Engagement sind die zentralen Anlaufstellen für unsere 3,8 Millionen engagierten Bürgerinnen und Bürgern im Freistaat. Ihr Ausbau speziell im ländlichen Raum schreitet zügig voran. Nachdem bereits 38 bayerische Landkreise und kreisfreie Städte mit Hilfe unserer Förderung ein Koordinierungszentrum geschaffen haben, starten wir jetzt in die nächste Runde. Ich freue mich sehr, dass im Landkreis Pfaffenhofen ein neues Koordinierungszentrum entsteht und wir dieses Vorhaben mit bis zu 36.000 Euro unterstützen können. Damit kommen wir dem Ziel, eine effiziente Infrastruktur für das vielfältige, bunte, ideen- und facettenreiche Engagement in ganz Bayern aufzubauen, einen großen Schritt näher“, so Bayerns Sozialstaatssekretär Markus Sackmann heute in München.

Sackmann weiter: „Gerade in einem Flächenland wie dem Freistaat dürfen die Wege nicht zu weit sein, die engagementbereite Bürger zurücklegen müssen, um für ihre freiwillige Tätigkeit Rat und Hilfe zu erhalten. Genau hier setzen die Koordinierungszentren an: Sie bündeln, koordinieren und vernetzen nicht nur das bereits vorhandene vielfältige Engagement innerhalb eines Landkreises oder einer Kreisfreien Stadt, sondern initiieren auch Projekte und stellen allen Interessierten eine kompetente Beratungsstelle zur Verfügung. Zusammen mit den zahlreichen Freiwilligenagenturen spannen die Koordinierungszentren für Bürgerschaftliches Engagement damit ein Netz für Bürgerschaftliches Engagement über ganz Bayern.“

Das Bayerische Sozialministerium fördert Landkreise und kreisfreie Städte beim Aufbau von Koordinierungszentren für Bürgerschaftliches Engagement durch eine 3-jährige Modellförderung mit insgesamt 1,7 Millionen Euro. Im Jahr 2013 stehen Mittel in Höhe von 430.000 Euro zur Verfügung. Die Landkreise und kreisfreien Städte beteiligen sich jeweils zur Hälfte an den Kosten. ❒

LIEFERANTEN-GZ-NACHWEIS

Abfallbehälter

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73 · 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Bänke

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Geschenke für Neugeborene

kerler
Willkommensgeschenke für Neugeborene:
bestickte Babyhandtücher / Babylätzchen oder auch bedruckte Babyhalstücher mit dem Wappen Ihrer Stadt als Begrüßungsgeschenk des Bürgermeisters
Alles in Textil ..... bestickt – gewoben – bedruckt – individuell gefertigt!
Kerler GmbH – Accessoires & Fashion team
Schwanthaler Straße 100, 80336 München
Tel.: 089 / 543 29 890, Fax: 089 / 543 43 587
post@kerler.de www.kerler.de

Kommunale Energieberatung

KlimaKom Green City Energy
Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert
Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!
Tel. 089/89 06 68 900 • www.klima-kommune.de
peter.keller@greencity-energy.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:
www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218
Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de
Hailo

Standort- und Kommunalberatung

STANDORT KOMMUNE
Einzelhandelskonzepte | Auswirkungsanalysen | Frequenzanalysen | Nahversorgungskonzepte | Spielhallenkonzepte | Freizeit- und Tourismuskonzepte | Beteiligungsverfahren
SK Standort & Kommune Beratungs GmbH
Benno-Strauß-Straße 7 (B) | 90763 Fürth
Tel.: 0911-979079310 | Fax: 0911-979079399
kontakt@standort-kommune.de | www.standort-kommune.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Feuerungsanlagen

LRS Lüftungs-Reinigungs-Service
Franz Sedlmeier
Inhaber
Lüftungs-Reinigungs-Service
Wolfratshauser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
E-Mail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de
DFLW Deutscher Fachverband für Luft- und Wasserhygiene e.V.

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Constanze von Hassel
Telefon (0 8171) 93 07-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Weihnachtsbeleuchtung

BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK I WIRTSCHAFT I RECHT I TECHNIK I PRAXIS

Sonderdruck Geretsried, 4. Juli 2013 64. Jahrgang Nr. 13

Jubel am Abend: Mit dem Bayerischen Gründerpreis zeichnete die Sparkassen-Finanzgruppe erneut besonders erfolgreiche Unternehmen aus. ■

Unternehmerkonferenz 2013 der bayerischen Sparkassen in Nürnberg:

INNOVATIONEN – SO SICHERN SIE IHREN ERFOLG

Dialogplattform für Mittelstand und Kommune

Wer im Wettbewerb bestehen will, darf sich nicht auf den Errungenschaften oder Lorbeeren der Vergangenheit ausruhen. Die 11. Unternehmerkonferenz des Bayerischen Sparkassenverbandes im NürnbergConvention Center NCC Ost befasste sich daher mit Fragen nach innovativen und marktgerechten Finanzierungslösungen für den Mittelstand. Praxisorientierte Strategien und Zukunftsszenarien standen dabei im Mittelpunkt.

Innovationen stehen allgemein für die Chancen, durch Entwicklung und Wandel mit den Erfordernissen der Zeit und den sich immer schneller ändernden Methoden, Prozessen und Geschäftsbeziehungen Schritt zu halten. Die bayerischen Sparkassen haben in den vergangenen zehn Jahren mit der Unternehmerkonferenz eine breit aufgestellte Plattform etabliert, damit Unternehmer und Entscheider ihren Blick immer wieder neu schärfen können für ihre planerischen Herausforderungen. Das bewährte und erfolgreiche Konzept, für die Kommunen Zukunftspotenziale zu erkennen und auszuschöpfen, wird auch künftig weiter fortgeführt.

IMPULS-, KEYNOTE- UND BEST PRACTICE-VORTRÄGE

Den Rahmen der UnternehmerKonferenz bildeten Impuls-, Keynote- und Best Practice-Vorträge. In diesem Jahr gab der Chef-Volkswirt der DekaBank, Dr. Ulrich Kater, einen fundierten Überblick zur so genannten Realzinsfalle; der Neurowissenschaftler Prof. Dr. Dr. Manfred Spitzer vermittelte anschaulich, was „Mentale Stärke, Kreativität und Inno-

vation“ miteinander zu tun haben. Im Best Practice-Vortrag wusste der Führungskräfte-Trainer Dieter Lange: „Sieger erkennt man am Start - Verlierer auch“ und zeigte, wie sich daraus Motivation ableiten lässt.

Neben diesem Rahmenprogramm stellten sich über 1.250 Teilnehmer aus mehr als 30 Wissensvorträgen den für sie passenden Vortragsablauf zusammen und konnten mit Gleichgesinnten und den zahlreichen Experten aus Finanzen, Versicherung, Management, IT, Kommunikation, Marketing uvm. vor Ort ausgiebig fachsimpeln und wertvolle Ratschläge einholen.

Michael Zehnter, Projektleiter. ■

Pressekonferenz zur Verleihung des Bayerischen Gründerpreises (v. l.): Präsident Theo Zellner, Vizepräsident Roland Schmautz, Pressesprecherin Eva Mang, Preisträger. ■

Wie lassen sich (klassische) Innovationen finanzieren? Welche Neuerungen gibt es im Arbeitsrecht? Mit welchen neuen Möglichkeiten lassen sich unternehmerische – persönliche wie geschäftliche – Risiken minimieren? Wie kann ich meine Innovationen marken- und patentrechtlich schützen? Mit welchen neuen Marketingformen kommt man an seine (potenziellen) Kunden ran? Cloud Computing – ein revolutionäres Datenmanagementkonzept, aber wie sicher ist es? Diesen und vielen anderen Fragen war die Unternehmerkonferenz in diesem Jahr auf der Spur und gab die passenden Antworten darauf. Im Fokus für die Kommunen standen in diesem Jahr die Themen „Netzübernahme“ als Geschäftsmodell, der demografische Wandel und die Umsetzung von Energie- und Klimaschutzkonzepten in den Regionen. Daneben boten auch die „klassischen Unternehmer-Vorträge“ genügend Bandbreite für jeden, der in Entscheidungspositionen tätig ist und planerisch verantwortlich handelt.

Nach der Unternehmerkonferenz wurde traditionell in einer feierlichen Gala-Veranstaltung mit TV-Live-Aufzeichnung der Bayerische Gründerpreis verliehen. Die Auszeichnung würdigt Unternehmer in Bayern für den Mut zur Selbständigkeit und sendet damit ein Signal für wirtschaftliches und persönliches Engagement in Bayern. ■

Roland Schmautz:

Lebhafte Gründer- und Aufbau-Kultur

Mit dem Bayerischen Gründerpreis und der jährlichen großen Unternehmerkonferenz fördern die bayerischen Sparkassen das Unternehmertum im Freistaat. „Sie wollen Mut machen für eine Wirtschaftskultur von Innovation und Nachhaltigkeit, damit Arbeitsplätze geschaffen werden und die regionale Entwicklung gesichert bleibt“, so Roland Schmautz, Vizepräsident des Sparkassenverbands Bayern.

Nach Schmautz’ Überzeugung ist dies besonders wichtig, „weil auch im vergangenen Jahr das Gründungsinteresse in Deutschland wieder gesunken ist“. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag stelle in seiner Studie „Gründerreport 2013“ fest, dass das Jahr 2012 einen neuen Tiefstand mit sich gebracht hat. Der Hauptgrund hierfür dürfte in der guten Arbeitsmarktlage liegen, der Trend sich also auch heuer fortsetzen, prognostizierte Schmautz. Dieser Abflachung des Gründungsgeschehens wollten die Sparkassen entgegenwirken. Denn neue unternehmerische Initiativen gehörten immer mit zu den Grundlagen für die künftige ökonomische Dynamik eines Wirtschaftsraums. Etwa 15 Prozent der Gründer in Deutschland kämen auch mit einem Produkt bzw. einer Dienstleistung auf den Markt, die sich als Neuheit auf dem regionalen, deutschen oder weltweiten Markt bezeichnen lässt. Damit stärkten sie die Innovationskraft der gesamten Wirtschaft.

PARTNER DER MITTELSTÄNDISCHEN WIRTSCHAFT

„Als Partner der mittelständischen Wirtschaft sehen wir jedoch nicht nur die Neugründungen“, fuhr Schmautz fort. Auch bei der Unternehmensnachfolge seien in der Regel Umstrukturierungen notwendig. „Inge-

samt“, so der Verbandsvize, „beobachten die Sparkassen in Bayern nach wie vor eine lebhafte Gründer- und Aufbau-Kultur.“

Auch die Zahl der für den Gründerpreis eingereichten Vorschläge habe gegenüber dem Vorjahr nochmals leicht zugenommen. Schmautz: „Bemerkenswert finden wir die hohe Qualität der Konzepte und Unternehmens-Strategien. Es freut uns außerdem, dass wir offenbar in Bayern konstant ein sehr breites Spektrum haben – nicht konzentriert auf wenige Ballungsräume, sondern gut verteilt auf alle Regionen Bayerns.“ Waren vor einigen Jahren Schwerpunkte im Bereich Bio-Tech, Solar oder Pharma zu erkennen, so sind bei den Existenzgründern und Aufsteigern des Jahres 2012 alle produktions- und vertriebstechnischen Sparten vertreten.

Blicke man auf die Kreditvergabe an den gesamten Mittelstand, so sei von einer Kreditklemme oder rückläufigem Finanzierungsinteresse keine Spur – zumindest nicht bei den Sparkassen, machte Schmautz deutlich.

TERMIN FÜR 2014

Die nächste Unternehmerkonferenz der bayerischen Sparkassen findet am 22. Mai 2014 wiederum im NürnbergConvention Center NCC Ost der Messe Nürnberg statt.
Informationen:
www.unternehmerkonferenz.de
Kontakt über Andrea Bastian,
Tel.: 089/2173-1377; Fax: 089/2173-1393;
eMail: andrea.bastian@svb-muc.de

Im Jahresverlauf 2012 reichten die bayerischen Sparkassen rund 200 Millionen Euro Kredite für mehr als 1.600 Existenzgründungsvorhaben aus. Knapp die Hälfte davon wurden als öffentliche Förderkredite vergeben, die andere Hälfte aus Sparkassenmitteln. „Das hohe Eigenengagement der Sparkassen bestätigt die Stärke der Gründungskultur in Bayern, es ist die Antwort auf das hohe Vertrauen, das Existenzgründer uns entgegenbringen.“

VERLÄSSLICHE BEGLEITER

Da mit einer Errichtung eines Unternehmens jeweils mehrere Arbeitsplätze geschaffen werden, trugen die Initiativen der Gründer sowie die Kredite der Sparkassen zur Schaffung von ca. 5.000 neuen Jobs bei. Die Zahlen für das Jahr 2012 zeigten allerdings eindrucksvoll, so der Vizepräsident, dass die 72 bayerischen Sparkassen die Unternehmer über die Gründungssituation hinaus in allen Phasen bei der Finanzierung und damit der Arbeitsplatzsicherung in der Region aktiv und verlässlich begleiten.

Da viele Existenzgründungen und Finanzierungen von Unternehmensnachfolgen durch öffentliche Fördermittel begünstigt werden, arbeiten die bayerischen Sparkassen eng mit den Förderbanken des Bundes und des Freistaats Bayern zusammen. Im Jahr 2012 wurden über 24.000 Fördermittelkredite der KfW Bankengruppe, der LfA Förderbank Bayern sowie der Landwirtschaftlichen Rentenbank über die Sparkassen-Finanzgruppe Bayern neu ausgereicht. Der Gesamtbestand vergebender Förderkredite betrug 11,9 Mrd. Euro. Zum Vergleich: 2011 waren es 11,5 Mrd. Euro.

Vizepräsident Roland Schmautz. ■

AUSREICHEND LIQUIDITÄT UND FINANZIERUNGSMITTEL

„Insgesamt haben die Sparkassen mit ihrem Kreditengagement im Jahr 2012 erneut – wie in den Jahren 2008 bis 2011 – teilweise gegen den Branchentrend mit einer aktiven Kreditpolitik dafür gesorgt, dass unsere vorwiegend mittelständischen Kunden mit ausreichend Liquidität und Finanzierungsmitteln versorgt wurden“, stellte Schmautz fest. Diese Entwicklung beim Neukredit für Unternehmen und Selbständige setze sich auch 2013 fort.

So wurden allein in den ersten drei Monaten dieses Jahres im Vergleich zum Vorjahr bei den bayerischen Sparkassen die kurz-, mittel- und langfristigen Darlehensauszahlungen an Unternehmen und Selbstständige um 3,3 Prozent erhöht. Diese Steigerung sei bemerkenswert, da sie von einem bereits hohen Basiswert aus dem Vorjahr ausgeht. Schmautz’ Fazit: „Die bayerischen Sparkassen begleiten die Unternehmer in allen Phasen bei der Finanzierung aktiv und verlässlich.“ ■

Immer wieder eine formidable Location: das CongressCenter Nürnberg. ■

Engagierte Netzwerker (v. l.): Sebastian Gruber, Regionalmanager Freyung Grafenau, Dr. Olaf Heinrich, Bürgermeister Stadt Freyung, Ralph Heinrich, Wirtschaftsförderung Freyung Grafenau, Dietmar Attenbrunner, Marktdirektor Firmen und Gewerbe, Günter Klampfl, Marktbereichsleiter und Stefan Proßer, Vorstandsmitglied Sparkasse Freyung-Grafenau ■

Podiumsdiskussion:

Starkes Netzwerk – starke Region

Gemeinsam die Entwicklung einer Region vorantreiben

Eine wahrlich starke Region, der Landkreis Freyung-Grafenau, war Gegenstand einer Podiumsdiskussion mit dem Titel „Starkes Netzwerk - starke Region; gemeinsam die Entwicklung einer Region vorantreiben“. Unter der Moderation von Andrea Bastian (Sparkassenverband Bayern) informierten Stefan Proßer (Sparkasse Freyung-Grafenau), Christoph Maier (Krenn AG), Dr. Olaf Heinrich (1. Bürgermeister Stadt Freyung) und Ralph Heinrich (Wirtschafts- und Tourismusreferent Landkreis Freyung) über ihre Erfahrungen und Einschätzungen.

Fakt ist: Die Wirtschaft im Bayerischen Wald und im Besonderen im Landkreis Freyung-Grafenau hatte es in der Vergangenheit nicht leicht, sich zu dem zu entwickeln, was sie heute ist, nämlich eine Technologieregion mit Selbstbewusstsein. Wie Ralph Heinrich, seit 2006 Wirtschafts- und Tourismusreferent des Landkreises Freyung, berichtete, sei der Fokus in der Vergangenheit auf die Materialien Holz, Glas und Steine gelegt worden. Die alten Branchen seien im Laufe der Jahre langsam abgestorben, eine Art Jammerstimmung habe sich breit gemacht. Gerade in den vergangenen Jahren sei dann aber zu verfolgen gewesen, wie sich zahlreiche Industriebetriebe rasant zu Technologieführern entwickelten. Es sei enorm viel investiert worden. Verzeichnete man Ende der 80er Jahre in der Region noch eine Winterarbeitslosigkeitsquote von knapp über 30 %, so betrug 2012 die durchschnittliche Quote im Jahresverlauf nur noch 3,9 %.

„Mit den Unternehmen sind auch die Menschen gewachsen", konstatierte Heinrich. Sie strotzten vor Selbstbewusstsein, wüssten, was sie zu leisten imstande sind und transportierten dies auch nach außen. Sein Team lege den Fokus auf Vernetzung. Man wolle Kontakte zu den Unternehmen schaffen und diese untereinander zusammenführen. „Man kennt sich und trifft sich. Auch das macht eine Region stark“, so der Referent.

VERZAHNUNG VON BILDUNG UND WIRTSCHAFT

Wichtig ist Ralph Heinrich die Verzahnung von Bildung und Wirtschaft. Schul- und Studienabgänger müssten verstärkt vor Ort gehalten werden. Besonderes Augenmerk gelte den Abwanderern – jener Zielgruppe, die aus der Region stammt, momentan woanders studiert oder arbeitet und sich vorstellen kann, wieder nach Hause zurückzukehren.

Ein kreativer Vorstoß ist die grüne Woid-Card, ein USB-Stick mit entsprechendem Aufdruck als Visitenkarte der Region und informativem Daten-Innenleben wie Telefonnummern wichtiger Ansprechpartner, den seit 2012 alle Absolventen der drei Landkreisgymnasien sowie der FOS/BOS Waldkirchen erhalten. Ein weiteres unverwechselbares Erkennungsmerkmal des Regionalmanagements sind die Woid-Njus, ein Newsletter per E-Mail u. a. mit Stellen- und Immobilienangeboten, der sehr gut angenommen wird.

„In Freyung tut sich was!“ Mit großem Stolz kann Bürgermeister Dr. Olaf Heinrich auf eine rasante Entwicklung der 7.000 Einwohner zählenden Stadt verweisen. Sie ist Inkubator dieser Entwicklung, hat in fünf Jahren ihre Gewerbesteuereinnahmen um 50 % erhöht, 32 Mio. Euro investiert und dabei auch noch 3 Mio. Euro Schulden abgebaut.

ZIELGERICHTETE ARBEIT UND GLÜCKLICHE UMSTÄNDE

„Diese Entwicklung ist einer Kombination aus manch glücklichen Umständen und zielgerichteter Arbeit geschuldet“, stellte Heinrich fest. 2009 beispielsweise habe die Bayerische Staatsregierung entschieden, den Technologiecampus, eine Außenstelle der FH Deggendorf, in Freyung anzusiedeln. Dies hatte den Effekt, dass dort Arbeitsplätze für Jungakademiker entstanden. Viele Unternehmen profitierten davon, „und vor allem hat dies einen großen Schub in der Eigenwahrnehmung der Stadt bewirkt“.

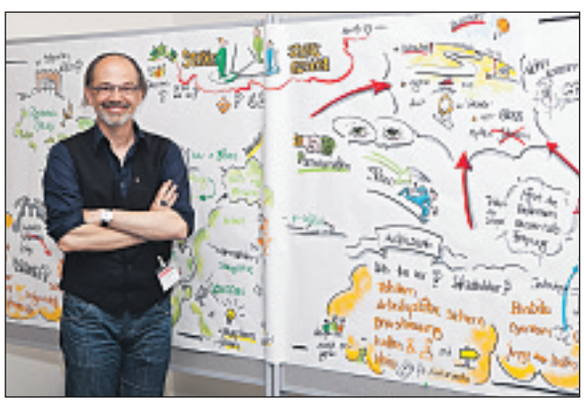
2008 sei er, Heinrich, mit einer jungen Mannschaft angetreten, die von Anfang an das große Potenzial der Stadt erkannt habe. Jedoch sei ihm auch klar gewesen, „dass eine Stadt, die damals etwa das Dreifache an Pro-Kopf-Verschuldung wie der Landesdurchschnitt aufwies, Schwerpunkte setzen muss, die zwangsläufig auch Belastungen mit sich bringen“. „Zielgerichtetes Investieren“ durch den Aufbau eines Stadtmarketings lautete die Devise.

KONSOLIDIERUNGSKURS

Heute kann das Stadtoberhaupt auf 4.800 Arbeitsplätze in Freyung verweisen – den höchsten Anteil an Arbeitsplätzen in der Stadtgeschichte. Zudem ist die Gewerbesteuer etwa eineinhalb Mal so hoch wie bei Heinrichs Amtsantritt. Somit könne der eingeschlagene Kurs in Richtung Konsolidierung bzw. Investition weiter fortgesetzt werden. Heinrich: „Nach 15 Jahren verzeichnet Freyung das zweite Jahr in Folge Zuzüge und damit einen Nettowanderungsgewinn. Freyung wächst, weil die Stadt zunehmend attraktiv wird. Und attraktiv wird sie deshalb, weil die Menschen aus Freyung in Freyung investieren.“

INNOVATIONSKRÄFTE UNTERSTÜTZEN

Innovationskräfte zu unterstützen und den Wachstumsmotor der Region zu stärken: Beides hat sich die Sparkasse Freyung-Grafenau auf ihre Fahnen geschrieben. Vor dem Hintergrund, dass die gemeindliche Steuerkraft im Vergleich zum Bund derzeit bei nur 63 % liegt und der Ingenieuranteil mit unter 1 % sehr gering ist, sind Taten gefragt. Laut Stefan Proßer, Vorstandsmitglied der örtlichen Sparkasse, „hat das Begleiten von Innovationen sehr viel damit zu tun, Ideen zu akzeptieren“.



Ein Netzwerk, das sich sehen lassen kann, präsentierte Daniel Osterwalder.
Infos: Visualisierung und Facilitating Change www.visualdynamics.ch oder unter 0041 31 371 60 27 ■

Andrea Bastian (Sparkassenverband Bayern) moderierte das Gespräch mit (v. l.): Christoph Maier (Krenn AG), Stefan Proßer (Sparkasse Freyung-Grafenau), Ralph Heinrich (Wirtschafts- und Tourismusreferent Landkreis Freyung) und Dr. Olaf Heinrich (1. Bürgermeister Stadt Freyung). ■

AUßERGEWÖHNLICHE IDEEN UNTERSTÜTZEN

Aus eigener Erfahrung weiß er, dass es sich lohnt, „auch außergewöhnliche Ideen kritisch anzuhören und diese – wenn möglich – zu unterstützen“. Als Beispiel führte er den weltweit größten Baumwipfelpfad in Neuschönau an. 2009 eröffnet, habe diese Idee inzwischen Früchte getragen: 1,3 Mio. Besucher im Nationalpark Bayerischer Wald hätten allein das Baum-Ei besucht, das mit seinen 44 Metern im wahrsten Sinne des Wortes den Höhepunkt des Pfads bildet. Erst als verrückte Idee bezeichnet, handle es sich hier mittlerweile um ein deutschlandweites Erfolgsmodell.

LEUCHTTURMPROJEKTE

„Aus Sicht des Kreditgebers sind Leuchtturmprojekte zu fördern. Am Beispiel der Stadt Freyung sieht man dies par excellence“, fuhr Proßer fort. Die Strahlkraft einiger Projekte habe inzwischen mehrere neue Investoren bewogen, ebenso Geld in die Hand zu nehmen. Für die Sparkasse sei dies die beste Werbung.

Innovativen Charakter für die Region besäßen freilich auch die Energiesanierung des eigenen Sparkassengebäudes sowie die Unterstützung spezieller Projekte, wie die Elektromobilität im Bayerischen Wald. Sponsoren seien hier die Bayerwald Sparkassen.

BÜRGERSTIFTUNG

Wie Proßer betonte, stellt die Sparkasse „eine Art Netzwerkknoten“ dar. Beispiel: Um Kapital in der Region zu halten und somit auch kommunale Aufgaben unterstützen zu können, wurde im Landkreis eine Bürgerstiftung gegründet. „Damit rannten wir bei den Kommunen offene Türen ein“, erklärte der Sparkassenvorstand: „Von 25 Landkreis-Kommunen konnten wir 16 dafür begeistern, eine eigene Stiftung ins Leben zu rufen.“ Jede Kommune wurde dabei mit 5.000 Euro Starthilfe gefördert.

KONSTRUKTIVES UMFELD

Ideen brauchen Platz und ein konstruktives Umfeld. Allein in den vergangenen zehn Jahren wurden durch das Regionalförderungsprogramm Investitionen in beträchtlicher Höhe angestoßen und mit erheblichen Zuschüssen unterstützt. Damit konnte der Boden bereitet werden für Unternehmen wie die seit zehn Jahren in Freyung ansässige Thomas-Krenn.AG.

Von Anfang an hat Geschäftsführer Christoph Maier, stets aufmerksam begleitet von der örtlichen Sparkasse als Partner auf Augenhöhe, alle Weichen gestellt, um deutlich zu wachsen. Das Augenmerk des international agierenden Unternehmens mit mehr als 100 Mitarbeitern liegt auf der Servertechnologie. Konkret werden individuell konfigurierte Server über einen Online-Shop verkauft. Dabei lautet das Motto „Speed is (y)our success“ und das Erfolgsrezept heißt Geschwindigkeit. Innerhalb von 24 Stunden werden die angeforderten Server assembliert und europaweit ausgeliefert.

AUSSCHLIESSLICH HOCHWERTIGES

Ziel ist es, nicht Vieles zugleich, sondern ausschließlich Hochwertiges anbieten zu können. „Nach vielen Jahren intensiver Zusammenarbeit mit den Kunden haben wir uns als serviceorientierter Serverspezialist am Markt etabliert und blicken mit Stolz auf eine große Anzahl von Kunden, die in ganz Europa zuhause sind“, bemerkte Maier.

Auch wenn das Unternehmen mit Erfolg groß und erwachsen geworden sei, so habe es sich doch die Tugenden der Gründerjahre bewahrt: die Flexibilität und Individualität eines Kleinunternehmens sowie die Qualität und Professionalität eines Großunternehmens. Im Mittelpunkt der Arbeit stehe nach wie vor der Kunde.

OPTIMALES ZUSAMMENSPIEL ALLER MITWIRKENDEN

„Ein optimales Produkt entsteht nur im optimalen Zusammenspiel aller Mitwirkenden“, machte Maier deutlich und ergänzte: „Unsere Mitarbeiter, die übrigens alle aus der Umgebung stammen, sind entscheidend für den Erfolg unseres Unternehmens verantwortlich. Sie sind stolz auf das Unternehmen und identifizieren sich auch damit.“ Aus diesem Grund hielten gerade Mitarbeiter in ländlichen Räumen einem Unternehmen auch oftmals jahrzehntelang die Treue – ganz im Gegensatz zu Ballungszentren, wo die Erwerbstätigen gemeinhin versuchten, möglichst schnell die Karriereleiter zu erklimmen und einem Betrieb nur wenige Jahre angehörten.

HEMDSÄRMELIGKEIT MIT STIL

„Für mich, der nach weltweiten Erfahrungen gerne wieder zu den Wurzeln zurückgekehrt ist, ist es ein extremer Vorteil zu wissen, dass ich auf den Mitarbeiter bauen kann“, führte der Geschäftsführer aus. Er sei absolut davon überzeugt, „dass unser Unternehmen deswegen so groß geworden ist, weil es gerade in dieser Region ansässig ist.“ Ein ihm bekannter Unternehmer habe diese Firmenphilosophie deshalb als „Hemdsärmeligkeit mit Stil“ bezeichnet. Auch die Unterstützung durch die Region, gerade beim Neubau des Firmensitzes im Jahr 2006, nannte Maier als wichtigen Faktor, der es der Krenn AG ermöglicht habe, in diesem Geschäft trotz internationaler Konkurrenz noch immer erfolgreich zu bestehen. ■

Viele Ideen zum Mit-nach-Hause-nehmen. ■

Carolin Frohnauer / Josef Niedermaier:

Umsetzungsorientierte Energie- und Klimaschutzkonzepte in der Region

Der Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen unterstützt das Ziel der Bürgerstiftung „Energiewende Oberland“, wonach die Energieversorgung der eigenen Region bis 2035 vollständig aus erneuerbaren Energiequellen zu decken ist. Ziel ist die nachhaltige Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen, der regionalen Wirtschaftskraft sowie der Lebensqualität der Einwohner. Die BayernFM begleitet den oberbayerischen Landkreis mit einem mehrstufigen Umsetzungskonzept, das den nachhaltigen und klimaneutralen Betrieb der landkreiseigenen Gebäude (11 Schulen und 4 Wohn-/Verwaltungsgebäude) vorsieht. Die BayernFM wurde mit der Grundlagenermittlung für das Projekt SEKE 2035 (Schulentwicklungskonzept Energiewende 2035) beauftragt.

Ihren Kunden bietet die BayernFM mit den vier Geschäftsfeldern Bewirtschaften, Bauen, Beraten und Benchmarking über den gesamten Objektlebenszyklus hinweg intelligente und hochwertige FM Dienstleistungen,

Landrat Niedermaier: Die Energiewende bedarf stetiger Aufmerksamkeit. ■

so Carolin Frohnauer. Transparenz schaffen, Maßnahmen definieren und Potenziale realisieren - diese Grundsätze seien in sämtlichen operativen und beratenden Leistungen verankert. Als zertifiziertes Unternehmen für Qualitäts- und Umweltmanagement wird die Verantwortung gegenüber den Kunden, den Mitarbeitern und der Umwelt täglich gelebt. Die BayernFM ist seit 2008 der erste klimaneutrale FM-Dienstleister in Deutschland und seit 2010 European Energy Award-Berater.

Die BayernFM verfügt über eine langjährige Erfahrung in der Bewirtschaftung von Gebäuden sowie bei Gebäudeanalysen und Sanierungen. Beim Nachhaltigen Immobilienmanagement habe sich, so Frohnauer, der schrittweise Optimierungsprozess (Benchmarking – ganzheitliche Gebäudeanalyse – Detailkonzept – Sanierung/Modernisierung) bewährt. Energieoptimierung sei eine Kombination aus unterschiedlichen Handlungsfeldern und stelle letztlich einen dauerhaften Regelkreislauf dar.

ZUKUNFTSWEISENDER GANZHEITLICHER ANSATZ

„Der ganzheitliche Ansatz des Landkreises ist zukunftsweisend und zeigt, dass das kommunale Immobilienmanagement ein wichtiger Baustein für eine nachhaltige Entwicklung ist“, betonte Landrat Niedermaier.

Nachdem der Umweltausschuss des Kreistags Anfang 2009 beschlossen hatte, das Schulentwicklungskonzept SEKE 2035 voranzutreiben, wurden in der ersten Phase im Rahmen einer energetischen Grundlagenanalyse der Gebäude die notwendigen energetischen Sanierungsmaßnahmen aufgezeigt und bewertet. Dabei erfolgte die Implementierung einer fortschreibbaren Energie- und CO_2-Bilanz für alle Gebäude.

Erarbeitet wurden von der BayernFM ein Check-Up Energie, eine thermographische Untersuchung und ein Energiebericht. Als „integriertes kommunales Klimaschutzkonzept“ wurden 80 % der Aufwendungen für die Grundlagenanalyse durch Fördermittel des Bundesumweltministeriums abgedeckt.

Bereits im Mai 2010 wurde laut Niedermaier die Grundlagenermittlung (Phase A) im Planungs- und Bauausschuss präsentiert. 2011 erfolgten die Teilbeauftragung Phase B (Entscheidungsfindung) sowie der Beschluss des Kreisausschusses, den Masterinvestitionsplan „Gebäudehülle 2020“ umzusetzen. Darin einigte man sich auf eine Festlegung des energetischen Mindeststandards für Sanierungen auf „KfW-Effizienzhaus 70“. Das Gesamtinvestitionsvolumen beläuft sich auf ca. 25 Mio. Euro. Im Sommer vergangenen Jahres wurde schließlich ein Klimaschutzmanager eingestellt.

Niedermaier zufolge befinden sich zwei große Sanierungsprojekte bereits in der Planungsphase durch beauftrage Architekturbüros. Der Kreisausschuss beschloss ein Biomasse-Nahwärmenetz für die Schulstandorte in Bad Tölz. Baubeginn wird voraussichtlich in diesem Jahr sein. Zudem starten heuer voraussichtlich sieben Einzelmaßnahmen.

„Die Energiewende des Landkreises stellt eine finanzielle und organisatorische Herausforderung dar und bedarf stetiger Aufmerksamkeit und Justierung“, hob der Landrat abschließend hervor. Das Gesamtklimaschutzkonzept sei vom Bundesumweltministerium bewilligt und gehe 2013 in die Umsetzung. Nun müssten die Teilkonzepte der Gemeinden und des Kreises harmonisiert werden. Die Einbindung aller politischen Entscheidungsträger sei essentiell, um einen kontinuierlichen Fortschritt zu gewährleisten. Und: „Die stufenweise Vorgehensweise der BayernFM ermöglicht es uns, unsere finanziellen Ressourcen wirtschaftlich und ökologisch sinnvoll einzusetzen.“ ■

Strategisch denken müssen die Verantwortlichen in den Kommunen, wenn sie die Energiewende mitgestalten wollen.

Dr. Werner Weber:

Netzübernahmen – Illusion oder kommunales Geschäftsmodell?

Das Thema „Neukonzessionierung oder Rekommunalisierung" bewegt aktuell viele Kommunen. Tatsache ist: Die Vergabe einer Konzession an den bisherigen oder einen neuen Konzessionär anstelle einer Rekommunalisierung ist nichts Ehrenrühriges. Fakt ist aber auch, dass es kein Patentrezept dafür gibt, ob eine Gemeinde den Konzessionsvertrag verlängern, neu vergeben oder die Netze in die eigene Hand nehmen soll.

Nach dem aktuell geltenden Energiewirtschaftsgesetz führt die Übernahme eines Netzes laut Dr. Werner Weber vom Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband nicht mehr – im Gegensatz zur Vergangenheit – zum Übergang der versorgten Tarifkunden auf den neuen Konzessionsinhaber. Die ursprünglichen Tarifkunden bleiben solche des bisherigen Versorgers und sind für den neuen Netzbetreiber nur Netzkunden, so dass eine Refinanzierung der Netzübernahme allein aus den künftigen Netzentgelten erfolgen muss.

Für den Netzbetreiber besteht auch „Kein Einfluss auf den Energiemix". Das Netz muss diskriminierungsfrei jedem Stromanbieter zur Verfügung gestellt werden, unabhängig von der Herkunft des Stroms aus Atomkraft, Gas, Photovoltaik, Wasserkraft, Windkraft, etc.

WIRTSCHAFTLICH ANGEMESSENE VERGÜTUNG

Wie die wirtschaftlich angemessene Vergütung nach § 46 Abs. 2 Satz 2 EnWG zu bestimmen ist, lasse das Gesetz offen, betonte Weber. Es fehle eine aktuelle höchstrichterliche Rechtsprechung zur Höhe des zu bezahlenden Netzkaufpreises. Bei der Ermittlung des Ertragswertes eines Versorgungsnetzes seien die Regelungen der Anreizregulierung, insbesondere zu den Erlösobergrenzen, zu berücksichtigen; auch hier gebe es keine eindeutigen Regeln zur Aufteilung der Erlösobergrenze zwischen dem abgebenden und übernehmenden Netzbetreiber.

HANDLUNGSOPTIONEN

Mit Blick auf Modelle für die Rekommunalisierung von Versorgungsnetzen verwies Weber auf folgende Handlungsoptionen:

1. Vergabe der Konzessionen an bisherigen Netzbetreiber
3. Neuer Netzbetreiber (Fremder Dritter)
4. Rekommunalisierung des Netzes durch Gründung einer eigenen Netzgesellschaft (eigene Stadtwerke)
5. Netzkauf durch gemeinsame Netzgesellschaft, ggf. Zusammenschluss mit anderen Kommunen zur Übernahme mehrerer Netze.

ENTSCHEIDUNGSFAKTOREN

Als Entscheidungsfaktoren führte Weber u. a. die Höhe des Netzkaufpreises, die Höhe der (anteiligen) Erlösobergrenze sowie die Höhe der Entflechtungskosten ebenso an wie prognostizierte laufende Gewinnausschüttungen für die Kommune, die Möglichkeit der Nutzung von Synergieeffekten sowie die Reduzierung der Kosten des operativen Aufwands. Als weitere, insbesondere „weiche" Faktoren bezeichnete er die Stärkung lokaler Wirtschaftskreisläufe (Kaufkraft, Beschäftigung, Steueraufkommen), den kommunalen Einfluss auf den Netzbetrieb, die Arbeitsplatzsicherung vor Ort durch lokale Verankerung und die Möglichkeit der Realisierung eines steuerlichen Querverbundes.

Grundsätzlich können Weber zufolge insbesondere bestehende Netzbetreiber durch die Übernahme weiterer Konzessionen und Teilnetze oft Vorteile generieren. Die Übernahme weiterer Konzessionen sei in der Regel eine sinnvolle strategische Option. Es bestehe die Chance, bei der Vergabe von Konzessionen neben der Konzessionsabgabe am Netzbetrieb zu partizipieren.

Prof. Dr. Dr. Manfred Spitzer:

Mentale Stärke, Kreativität und Innovation

Neben dem Intelligenzquotienten und dem angeeigneten Wissen bildet mentale Stärke die dritte Säule geistiger Leistungsfähigkeit. Ein längerfristiges Ziel gegenüber kurzfristigen Ablenkungen durchzusetzen, seine Emotionen gut im Griff zu haben und reflexartige Handlungen gerade nicht auszuführen und zudem flexibel genug zu sein, auch einmal die Richtung zu ändern – all dies sind Merkmale mentaler Stärke, wie der ärztliche Direktor der Psychiatrischen Universitätsklinik in Ulm, Prof. Dr. Dr. Manfred Spitzer, ausführte.

Von Kreativität sprechen wir, wenn jemandem etwas Neues einfällt. Das Wesentliche bei einem kreativen Einfall besteht darin, dass eine neue Verknüpfung von vorhandenem Material hergestellt wird.

Innovation wiederum braucht mentale Stärke und Kreativität. Es gelte einerseits, Neues hervorzubringen und andererseits Ziele durchzusetzen und zugleich genügend Flexibilität aufzuweisen, die immer nötig ist, um die Wechselfälle des Alltags clever zu umschiffen.

Hemmnisse für Innovation seien Angst und Geld, insbesondere dann, wenn nicht ein Einzelner, sondern eine Gruppe innovativ sein soll. Förderlich sei Vertrauen, das sich nicht einfordern lässt, aber durchaus gefördert werden kann.

Prof. Dr. Dr. Manfred Spitzer. ■

VERSCHLEUDERTE GEHIRNKAPAZITÄTEN IN UNGEHEUREN DIMENSIONEN

Spitzer zufolge muss in Schulen und Kindergärten viel verändert werden. Dies komme den Unternehmen indirekt zu Gute. „Denn wir verschleudern heute Gehirnkapazität in einer ungeheueren Dimension. Das ist den meisten Menschen gar nicht klar.“ Ein Beispiel: Viele Menschen glauben, sie könnten mehrere Dinge gleichzeitig tun, obwohl bekannt sei, dass dies nicht funktioniert. Allein durch solches „Multitasken“, einem „weniger optimierten Umgang mit geistigen Ressourcen“, werden nach amerikanischen Schätzungen 650 Milliarden Dollar jährlich verschwendet. Dieser ineffektive Denkstil stelle einen Produktivitätsverlust für die Firmen dar.

ENGE VERBUNDENHEIT VON LERN- UND GLÜCKSPROZESSEN

Spitzer wies auch auf die enge Verbundenheit von Lern- und Glücksprozessen hin: „Wir haben heute verstanden, dass unser Glückssystem eigentlich gar nicht unser Glückssystem ist, sondern unser Lernsystem.“ Glück sei, wenn man so will, ein Nebenprodukt – die Belohnung für eine neue, gute Erfahrung. Dies motiviere den Menschen, sein Wissen immer mehr zu erweitern.

Führe man sich vor Augen, wie eng Lernen und Glück zusammenhängen, werde auch deutlich, „wie weit wir von lernenden Unternehmen heute noch entfernt sind“.

Hunderte Zuhörer folgten gespannt dem Vortrag von Professor Spitzer. ■

Bayerischer Gründerpreis:

Daten in der Cloud und oscarreife Filmtechnik

Im Umfeld der Unternehmerkonferenz zeichnete der Sparkassenverband Bayern in Nürnberg die Gewinner des Bayerischen Gründerpreises 2013 aus.

In der Kategorie „Konzept“ wurde als bestes Unternehmen die Eolotec GmbH aus Nürnberg geehrt, die sich auf Wälzlagertechnik konzentriert. Ihr Kernprodukt ist eine komplett einbaufertige Hauptlagereinheit, die Main Bearing Unit (MBU), speziell für Windkraftanlagen.

Diese in sich abgeschlossene Baugruppe zeichnet sich durch ihr kompaktes und

Zwei, die am gleichen Strang in die gleiche Richtung ziehen: Der Präsident des Sparkassenverbands Bayern Theo Zellner und sein Stellvertreter Roland Schmautz. ■

besonders wirtschaftliches Design aus. Die Kunden von Eolotec können die gedichtete, gefettete und fertig eingestellte Lagerung einfach in ihren Montageprozess integrieren bzw. direkt an der Windrad-Baustelle montieren. Die MBU ist bereits erfolgreich in getriebelosen Anlagen sowie in Turbinen mit Getriebe bis zu einer Leistung von 5,5 MW im Einsatz.

GLOBALE AUSRICHTUNG

Eolotecs Kunden sind global ausgerichtet und brauchen Produkte und Lösungen, die sich jederzeit in allen Absatzmärkten günstig beziehen lassen. Ebenso wird gerade in der Phase der Entwicklung und Inbetriebnahme neuer Turbinenkonzepte eine umfassende Unterstützung erwartet. Eolotec übernimmt zudem die Integration der MBU in den vorhandenen oder in der Entwicklung befindlichen Antriebsstrang. Dabei ist Eolotec dauerhaft in enger Abstimmung mit ihren Kunden, um sämtliche Schnittstellen zur Nabe, Maschinenträger, Getriebe und Generator bestmöglich zu dimensionieren.

In der Kategorie „StartUp“ ging der Preis an zwei junge Unternehmen aus dem IT- und E-Commerce-Bereich. Es handelt sich dabei zum einen um das IT-Dienstleistungsunternehmen Netz16 GmbH aus Augsburg, zum anderen um die Tradebyte Software GmbH aus Ansbach.

PRODUKTE RUND UM DIE IT

Die Netz16 GmbH ist ein mittelständisches IT-Systemhaus mit eigenen Standorten in Augsburg und München und vertreibt seit 2009 Dienstleistungen und Produkte rund um die IT. Für den effizienten und kostengünstigen Betrieb von EDV Systemen stellt Netz16 Lösungen in den Bereichen Netzwerke, Virtualisierung, Security, Hardware, Software und Dienstleistungen sowie einen 24-Stunden-Notfallservice bereit. Netz16 ist nicht nur am bayerischen Markt tätig, sondern deckt auch ganz Deutschland und Teile Europas mit ihren Servicedienstleistungen greifbare, flexible und sichere Cloud-Lösungen für Firmenkunden ab.

DAS WACHSTUM WIRD IN DEN UNTERNEHMENSZAHLEN SICHTBAR

Für alle Anbieter, wie z. B. Produkt-Online-Shops oder sonstige Lieferanten, offeriert die Tradebyte Software GmbH mit dem Produkt TB.One ein zentrales Tool zum Management verschiedener E-Commerce Kanäle. Auf der anderen Seite nutzen immer mehr E-Tailer die Softwarelösung TB.Market, um durch Fremdsortimente Umsätze und Sichtbarkeit zu erhöhen. Das Wachstum schlägt sich auch in den Unternehmenszahlen nieder. Der Umsatz hat sich seit dem Gründungsjahr jährlich fast verdoppelt, auf rund 1,8 Mio. Euro in 2012.

Durch Softwarelösungen von Tradebyte sind derzeit über 300 Anbieter mit verschiedenen E-Commerce Marktplätzen oder dem eigenen Shop-System vernetzt. Das Unternehmen ermöglicht die reibungslose Anbindung an mehr als 30 E-Commerce Kanäle. Seit der Gründung hat Tradebyte über 800 erfolgreiche Integrationen durchgeführt.

ULTRA HIGH PRECISION AUS DEM BAYERISCHEN WEIDEN

Als „Aufsteiger“ geehrt wurde die VANTAGE Film GmbH aus Weiden, bei der sich alles um die Produktion und den weltweiten Verleih von Ultra High Precision Filmoptik und Filmtechnik dreht. 1993 gegründet, ist die internationale Verleihabteilung von Vantage in 60 Ländern tätig. 2012 wurden 856 TV-Commercials und 67 Spielfilmproduktionen mit modernster Filmtechnik ausgestattet. Gleichzeitig ist Vantage regional fest verwurzelt.

Das Unternehmen mit Sitz an der „Goldenen Straße“ hat eine Niederlassung in Berlin sowie in Prag und seit 2011 auch eine Filiale in Paris. 55 Mitarbeiter beschäftigen

Absolutes Highlight der Unternehmerkonferenz: Galaabend mit feierlicher Verleihung des Bayerischen Gründerpreises.

sich mit der Entwicklung, der Herstellung und dem weltweiten Verleih von Vantage Produkten. Im vergangenen Jahr wurde ein Gesamtumsatz von mehr als 12 Millionen Euro erwirtschaftet.

ERFOLGREICH IN DER DRITTEN GENERATION

In der Kategorie „Nachfolge“ konnte sich die Glass GmbH Bauunternehmung aus dem Unterallgäu durchsetzen. Das familiengeführte Unternehmen wurde bereits erfolgreich an die dritte Generation übergeben. Neben dem Stammsitz im bayerisch-schwäbischen Mindelheim verfügt Glass über Niederlassungen und Tochterunternehmen in München, Bad Wörishofen, Leipzig und Berlin sowie im schweizerischen Weinfelden. Die Unternehmensgruppe beschäftigt rund 800 Mitarbeiter, davon etwa 200 in den neuen Bundesländern.

Der Tätigkeitsschwerpunkt des Unternehmens ist der Industriebau in all seinen Facetten. Im gesamten Bundesgebiet wie auch im europäischen Ausland werden auf Wunsch auch schlüsselfertige Gewerbeobjekte errichtet. Die Kombination mit dem betriebseigenen Fertigteilwerk – einem der modernsten Werke in Süddeutschland – ermöglicht ein umfassendes Angebotsspektrum, das gleichzeitig verbunden ist mit hoher Fertigungstiefe und Flexibilität.

Weitere Geschäftsfelder des Unternehmens sind der Ingenieurbau mit dem Hauptbereich Brückenbau sowie der Kraftwerksbau mit Wasser-, Heiz- und Gaskraftwerken. Im Bereich der Bioenergie verfügt die Firma über umfangreiches Sonderwissen im Behälterbau aus der Errichtung von Biodiesel-, Biogas- und Bioethanolanlagen.

EXTREME PRÄZISIONSANFORDERUNGEN

Als einer von wenigen Fertigteilherstellern deutschlandweit ist die Glass GmbH Bauunternehmung in der Lage, die extremen Präzisionsanforderungen des Tunnelbaus an Fertigteilsegmente zu erfüllen. Beispielhaft sind dafür der mehr als 30 km lange Infrastrukturtunnel für die Wasserversorgung der Stadt München aus dem Mangfallgebiet oder die neue Röhre des Pfändertunnels.

Ihre Stärke für Innovation beweist die Glass GmbH Bauunternehmung auch auf dem Gebiet der Umwelttechnik. Bereits seit annähernd 20 Jahren betreibt das Unternehmen im Wege des Public Private Partnership die Kläranlage für die Stadt Bad Wörishofen – ein Vorzeigeobjekt für die erfolgreiche Kooperation von öffentlicher Hand und Privatwirtschaft.

ZWEI SONDERPREISE

Der Sonderpreis für besonders verantwortungsbewusstes unternehmerisches Handeln

Sonderpreis an die Mainfränkischen Werkstätten für verantwortungsbewusstes unternehmerisches Handeln.

BAYERISCHE GemeindeZeitung

Sonderdruck der Bayerischen GemeindeZeitung
Redaktion: Doris Kirchner
Fotos: Brigitte Aiblinger
Sparkassenverband Bayern, Doris Kirchner
Verantwortlich: Anne-Marie von Hassel
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11, -12, -13
Telefax 08171 / 805 14
www.gemeindezeitung.de • info@gemeindezeitung.de
Druck: Creo-Druck, Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Verdiente Auszeichnung für ein gelungenes Lebenswerk: Manfred Zoller senior. ■

wurde heuer zweimal vergeben: Im Bereich „Soziale Einrichtung“ erhielten die Mainfränkischen Werkstätten GmbH aus Würzburg die Auszeichnung. Der Zusammenschluss von fünf Behinderten-Organisationen in Unterfranken versteht sich als Partner der Wirtschaft und bietet als sog. Integrationsunternehmen ein sehr breites Arbeitsangebot für Mitarbeiter, die in unterschiedlichster Weise von Behinderung betroffen sind.

INNOVATIVES NETZWERK

Das Konzept der Unternehmensgruppe Mainfränkische Werkstätten basiert auf einem innovativen Netzwerk, in dem sich zukunftsweisende Projekte, teils bundesweit modellhaft, entwickeln können. Dazu gehören etwa die Bildungs-Kooperationen mit der Don-Bosco-Berufsschule, dem Theater Augenblick, der Umweltstation und dem Tierpark Sommerhausen, dem Integrations-Fachdienst, dem Inklusion-Sportverein sowie sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze für besonders betroffene Menschen mit Behinderung in Integrations-Unternehmen.

Aufgrund der positiven wirtschaftlichen Entwicklung der Integrations-Unternehmen in interessanten Schwerpunktbranchen wie Garten- und Landschaftsbau, Catering und EDV-Verwaltung konnten allein in den letzten beiden Jahren zusätzlich 60 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze für besonders betroffene Menschen mit Behinderung nachhaltig geschaffen werden.

UNTERNEHMEN FÜR DIE REGION

Mit dem zweiten Sonderpreis bedacht wurde die FENEBERG Lebensmittel GmbH aus Kempten, die sich als vorbildliches „Unternehmen für die Region“ präsentiert. Mit der Philosophie „kein Discount – hochwertige Lebensmittel – möglichst aus der Region“ vereint der Lebensmittelhändler Bio-Qualität und regionale Erzeugung.

„Frisch und freundlich“, das ist der Werbeslogan des regionalen Lebensmittelunternehmens Feneberg. Dahinter stehen eine Philosophie der kurzen Wege, kundennahe Filialen und engagierte Mitarbeiter. Mit großer Sensibilität versuchen die Firmenlenker, den Zeitgeist zu erfassen und auf die Wünsche ihrer Kunden einzugehen. An der Speerspitze steht die Marke „VonHier“: Sie vereint regionale Erzeugung und Bio-Qualität in einer Konsequenz, die deutschlandweit als einzigartig gilt. 600 Erzeuger und 23 Verarbeitungsbetriebe aus dem VonHier-Radius von maximal 100 km um den Firmensitz in Kempten liefern derzeit in die Marke.

Für sein „Lebenswerk“ wurde schließlich Manfred Zollner senior, Gründer und Aufsichtsratsvorsitzender der Zollner Elektronik AG in Zandt in der Oberpfalz, ausgezeichnet. Er gründete 1965 die erste Vorgängerfirma für die heutige Firmengruppe, damals noch ein Elektrofachgeschäft mit Installationsbetrieb für Kunden im Raum Cham. Heute ist daraus der größte Arbeitgeber im Landkreis Cham und ein weltweit agierendes High-Tech-Unternehmen mit über 8.000 Mitarbeitern geworden.

BEEINDRUCKENDES LEBENSWERK

Vom Spezialisten für Elektrotechnik hat sich das Unternehmen zu einem der international erfolgreichsten Systemdienstleister für Electronics Manufacturing Services entwickelt. Es deckt heute die komplette Auftragsfertigung von elektronischen Baugruppen, Geräten und Systemen von der Entwicklung bis hin zur Auslieferung ab.

DIE KINDER TRAGEN GEMEINSAM VERANTWORTUNG

Für Manfred Zollner war es ein großes Glück, dass seine drei Söhne die Firmennachfolge übernommen haben und heute gemeinsam die Verantwortung tragen. Heute ist die Unternehmensgruppe unter den Top 15 der EMS-Dienstleister (Electronic Manufacturing Services) weltweit. Zollner ist zugleich Mechatronikdienstleister und flexibles Familienunternehmen. An 17 internationalen Standorten in Deutschland, Ungarn, Rumänien, China, Tunesien und den USA setzt das Unternehmen auf langjährige, nachhaltige Kunden- und Lieferantenpartnerschaften, gleichbleibende Qualität und ein optimales Preis-Leistungs-Verhältnis. Neue Herausforderungen werden derzeit mit Fertigungsstätten in der Schweiz und Costa Rica angegangen.

FURTHER DRACHEN IM GUINNESS-BUCH DER REKORDE

Besonders stolz ist Manfred Zollner auf den Bau des neuen Further Drachen „Tradinno“, der dieses Jahr als weltgrößter vierbeiniger Schreitroboter ins Guinness-Buch der Rekorde aufgenommen wurde. Aktuell ist der Schreitroboter Hauptdarsteller im Further Drachenstich, dem ältesten Volksschauspiel Deutschlands. ■